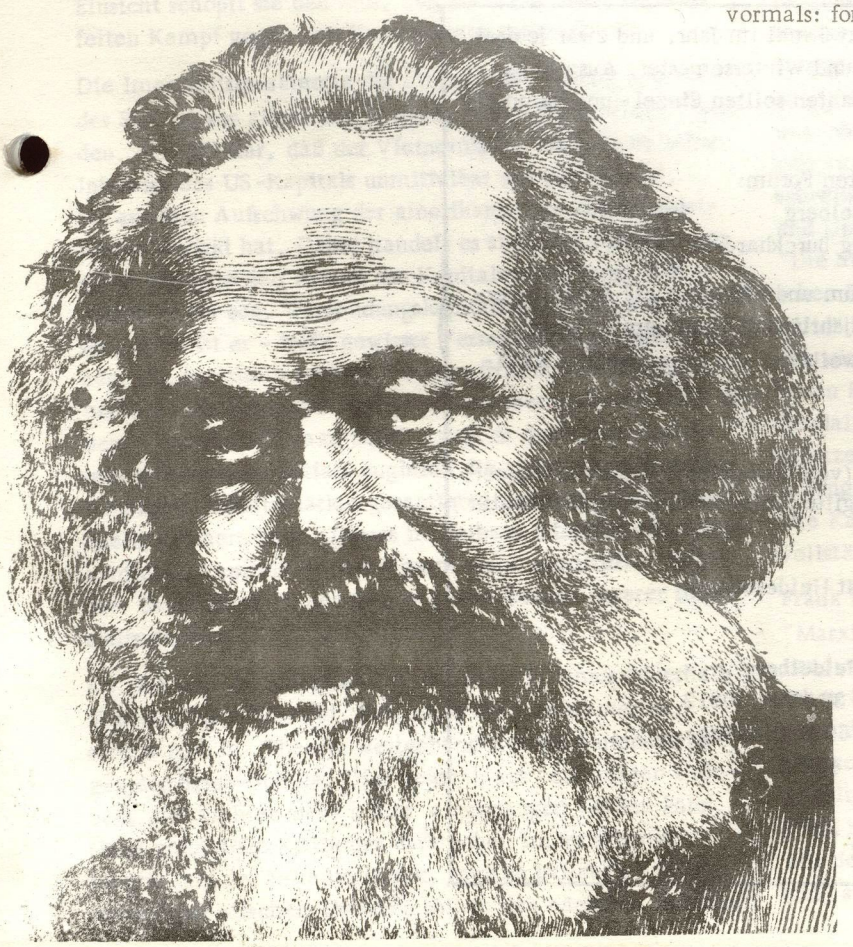
ROTES FORUM

vormals: forum academicum, Heidelberger Studentenzeitschrift

6/69

15.12.69



Fritz Kramer:
IMPERIALISMUS UND REVOLUTION IN BRASILIEN

Günther Mangold:
KOMMENTAR ZU EINIGEN INTERPRETATIONEN DER SEPTEMBERSTREIKS

Eberhard Becker:
MARX UND ENGELS ÜBER GEWERKSCHAFTEN

KLASSENKÄMPFE IN ITALIEN
Übersetzungen aus italienischen Zeitungen

DOKUMENTE ZUR KONTINUITÄT DES FASCHISMUS IM GELEHRTENSTAND
Conze und Hefermehl

-.50 DM

INHALT:

1.) Imperialismus und Revolution in Brasilien — Seite 3
Fritz Kramer

2.) Kommentar zu einigen Interpretationen der Septemberstreiks — Seite 12
Günther Mangold

3.) Marx und Engels über Gewerkschaften und ökonomischen Kampf — Seite 14
Eberhard Becker

4.) Herrschaftskonflikte und Kulturrevolution in den italienischen Betrieben — Seite 24
aus: la lotta continua, 7.11.69

5.) Fiat - Gewalt der Arbeiter als Kampfmittel — Seite 29
aus: potere opereio, 13.11.69

DOKUMENTE zur Kontinuität des Faschismus im Gelehrtenstand

6.) Über die Einheit von Historiker und Offizier bei Conze — Seite 31
Conze-Rede — Seite 35

7.) Hefermehl: Karriere eines Rechtswahrers — Seite 39

Das Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr, und zwar je drei Nummern im Sommer- und Wintersemester. Auswärtige Genossen und Sympathisanten sollten Einzel- und Sammelabonnements aufgeben.

Ständige Adresse des Roten Forum:
Rotes Forum, 69 Heidelberg
Schiffgasse 4, c/o Jörg Burckhard

Unterstützt das Rote Forum und abonniert es! Bezahlt werden muß es jeweils halbjährlich (3 Nummern + Porto); Sammelbestellungen jeweils auf Vorkasse oder per Nachnahme.

Redaktion:
Dieter Hildebrandt (verantwortlich), Joscha Schmierer, Gerd Steffens , Brigitte Steinmüller (Pressereferentin)

Herausgeber:
AStA der Universität Heidelberg

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg
Hans-Thoma-Platz 38, Tel.40812
Björn Grabendorff, 69 Heidelberg
Schiffgasse 3, Tel. 46153

Druck:
J. Noth, Heidelberg

Imperialismus und Revolution in Brasilien

In der letzten Zeit gingen vier Nachrichten, die Brasilien betreffen, durch die deutsche Presse:
daß allein die Regierungsbeamten des brasilianischen Indianerschutzdienstes mindestens 40.000 Indianer ermordet haben und die bras. Regierung in Kanada Flugzeuge bestellt, die in Toronto mi Napalmbomben für eine Kampagne gegen die Indianer ausgerüstet werden (Spiegel, 27.10.69);

daß Rockefeller die Regierung der Vereinigten Staaten auffordert, ihre Militärhilfe an die lateinamerikanischen Staaten zu verstärken, um die wirtschaftlichen Interessen des US-Kapitals zu schützen (FR 12.11.69);

daß das lateinamerikanische Betriebsvermögen der Standard Oil 20% ihres gesamten Betriebsvermögens ausmacht, aber 39% ihres Gesamtgewinns (FR, 12.11.69);
daß der Genosse Carlos Marighella von der bras. Polizei ermordet wurde (FR, 6.11.69).

Der Zusammenhang dieser vier Fakten gründet im System des Imperialismus. Es ist wichtig, den Imperialismus immer wieder "im Detail zu studieren, "sagt Marx, "um zu sehen, wozu der Bourgeois sich selbst und den Arbeiter macht, wo er die Welt ungeniert nach seinem Bilde modeln kann." (Kapital I, 79); denn die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei zeigen sich nur hier in ihrer ganzen Nacktheit" (Marx, Ausg. Schriften I, 329).

Die Studentenbewegung hat sich entwickelt aus dieser Einsicht in den imperialistischen Charakter des Kapitalismus. Diese Einsicht ist die Quelle ihrer Stärke und aus dieser Einsicht schöpft sie den Mut, den vorläufig noch verzweifelten Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

Die Imperialismustheorie der Studentenbewegung und bes. des SDS ist vor allem am Beispiel Vietnams entwickelt worden. Nun ist klar, daß der Vietnamkrieg im ökonomischen Interesse des US-Kapitals unmittelbar nur insoweit ist, als er einen Aufschwung der amerikanischen Rüstungswirtschaft bewirkt hat. Dabei handelt es sich also zunächst um einen gigantischen Prozeß der Kapitalvernichtung. Auf diesen ist der sog. Vergeudungskapitalismus zwar angewiesen, doch ist er - trotz gewisser Verselbständigungstendenzen, die innerhalb solcher Prozesse freilich auftreten, zumal der kalte Krieg sich doch immer wieder muß ausweisen können - nur deshalb dazu bereit, weil er durch den Einsatz seines Rüstungspotentials zugleich die notwendige Erweiterung seiner Absatzmärkte garantieren und seine Rohstoffquellen sichern kann. Dieses mittelbare Interesse des amerikanischen Kapitals ist in Vietnam nicht unmittelbar sichtbar. Es ist daher tendenziell bei dem Aufbau unserer Imperialismustheorie aus dem Blick geraten.

Da, wo sich das Interesse auf den Imperialismus außerhalb Vietnams gerichtet hat, besonders auf Lateinamerika, stützte sich die Theorie weitgehend auf die Untersuchungen der Baran-Schule. Dies geschah aus bestimmten Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. (Eine gründliche Kritik der Baranschen Imperialismustheorie und der antiautoritären, revisionistischen und ornamentalmaoistischen Theorien soll in den nächsten Nummern des Roten Forums noch entwickelt werden.)
Hier sei nur darauf hingewiesen, daß sowohl die Theorie des SDS wie die der Baran-Schule ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Analyse der Klassenstruktur gerichtet haben. Ging die Theorie des SDS weitgehend von der These des "autoritären Staates" aus (vgl. Gen. Schmierer in Forum 5/69), in dem die Klassenwidersprüche in Latenz getreten sein sollen und nurmehr Disparitäten auftreten, so die Imperialismustheorie der Baran-Schule von der These, daß die Produktionsverhältnisse auf der ganzen Welt - die sozialistischen Länder ausgenommen - kapitalistische seien, womit die imperialistischen Ausbeutungsverhältnisse sich vor allem in der Abhängigkeit der "unterentwickelten" Volkswirtschaften von den "entwickelten" ausdrücken und die Analyse sich infolgedessen auf eine der Produktivkräfte unter Abstraktion von den jeweiligen konkreten Produktionsverhältnissen reduziert.
Demgegenüber hatte die Imperialismustheorie etwa Rosa Luxemburgs ("Die Akkumulation des Kapitals") behauptet, daß der Kapitalismus nur innerhalb eines Milieus nicht kapitalistischer Gesellschaften existieren kann, da die Akkumulation des Gesamtkapitals auf die ständige Erweiterung des Marktes angewiesen ist und dieser sich ständig erweiternde Markt weder beim Proletariat noch bei den Kapitalisten zu finden ist.
Ein auch unter Marxisten verbreiteter besonders platter Evolutionismus kann sich unter "vorkapitalistischen Produktionsformen" nichts anderes als Feudalismus vorstellen.
Hierin stimmen diese sog. Marxisten mit der bürgerlichen Ideologie durchaus überein. Für die revisionistischen KPs besonders Lateinamerikas ist das die hauptsächliche Rationalisierung für ihr feiges Bündnis mit den nationalen Bourgeoisien. Denn der Feudalismus wurde freilich von der Bourgoisie - wenigstens in Europa - unter der Parole "Befreiung der Bauern" vernichtet, um damit erst die Voraussetzungen zu einer sozialistischen Revolution zu schaffen. So schreibt der Baran-Schüler A. Gunder Frank (in "Capitalism and Underdevelopment in Latin America, 1969, S. 221):
"Die Standardmeinung der europäischen und nordamerikanischen Bourgeoisie ist, daß die lateinamerikanische Agrikultur feudal ist, und daß es diese feudale Struktur ist, die die wirtschaftliche Entwicklung verhindert. Dem europäischen Beispiel folgend, wird deshalb vorgeschlagen, den Feudalismus zu zerstören und durch den Kapitalismus zu ersetzen.... Marxisten schlagen im wesentlichen die gleiche Lösung der Krise vor wie ihre bourgeoisen Widersacher: Die Kapitalisierung der Agrikultur beschleunigen und vervollständigen."

Frank kritisiert nun den platten Evolutionismus dieser Sorte "Marxisten" zu Recht: "Die brasilianische Wirtschaft, ihre Landwirtschaft eingeschlossen, ist Teil eines kapitalistischen Systems. Die Entwicklung und das Funktionieren eben dieses Systems erzeugen sowohl Entwicklung als auch Unterentwicklung; es ist verantwortlich für die schreckliche Wirklichkeit der Landwirtschaft in Brasilien - und anderswo." (ebd.)
Mit der These, daß die Produktionsformen in Brasilien (und anderswo) nicht feudalistisch sind, also kapitalistisch,

wird zugleich die Luxemburgsche Imperialismustheorie absurd. Die kapitalistische Produktionsform ist dadurch gekennzeichnet, daß Produktionsmittel und Produzenten vollkommen voneinander getrennt sind, die feudalistische dadurch, daß die Produzenten selbst Produktionsmittel besitzen und zugleich als Produktionsmittel besessen werden. In Brasilien gibt es heute eine Fülle von vorkapitalistischen Produktionsformen (bei den Indianern vor allem), aber die wichtigste ist die der Mehrzahl der brasilianischen Bauern, die als Subsistenzökonomie zu bezeichnen ist. Diese besteht darin, daß die unmittelbaren Produzenten ein Privateigentum an den Produktionsmitteln haben. Dies ist die Form des Privateigentums, die die Bourgeoisie nicht hat, die sie zu schützen vorgibt ("Eigenheim, Glück allein"), und die sie gezwungen ist, zu zerstören. Dies ist das nicht-kapitalistische Milieu, in dem der Kapitalismus in Brasilien sich ausbreitet.

Die Verhältnisse auf dem Land

Brasilien ist fast so groß wie die USA, hat fast 90 Mill. Einwohner und ist außerordentlich reich an natürlichen Resourcen.
Weit über die Hälfte der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig (während in den Industrieländern dies nur 7 - 15% sind). Die Hälfte des anbaufähigen Bodens ist Privateigentum von 2% der Bevölkerung, 10% der Bevölkerung besitzen 80% des Bodens, aber nur 14% des anbaufähigen, das sind 3% des gesamten Bodens, werden bewirtschaftet; 90% der Landbevölkerung besitzen nur 20% des kultivierbaren Landes. Deshalb hat es allein im Nordosten in 4 Jahren fast 2 Mill. Hungertote gegeben. Das liegt nicht etwa an Naturkatastrophen und Übervölkerung, wie man uns weismachen will, sondern an der monopolistischen Verteilung des Eigentums am Grund und Boden.
63% der Landbevölkerung sind unabhängige Bauern, kleine Landbesitzer und Pächter, die in Familienarbeit eine reine Subsistenzwirtschaft betreiben. Sie haben nichts zu verkaufen und kaufen nichts. Oft müssen sie die Hälfte oder ein Drittel der Ernte als Naturalrente an den Grundbesitzer abgeben, oder ihm zeitweise ihre Arbeitskraft als Ersatz für die Naturalrente zur Verfügung stellen.

Diese kleinen Subsistenzwirtschaften sind in einem rapiden Zerfallsprozeß begriffen. Die Böden erschöpfen sich, weil die Entwicklung einer Düngemittelindustrie systematisch verhindert wird. Düngung wäre auch gar nicht notwendig, wenn nicht die Besiedlung des umliegenden nicht-kultivierten aber kultivierbaren Landes dadurch verhindert würde, daß es de facto "unverkäufliches" Privateigentum der Großgrundbesitzer ist. Auf diese Weise werden die Bauern gezwungen, ihr Land zu verlassen. Der Großgrundbesitz vergrößert sich, die Bauern werden proletarisiert. Nachdem sie die Agrarkapitalisten ihres Grund und Bodens beraubt haben, haben sie nichts als ihre Arbeitskraft. Diese kauft der Großgrundbesitzer für 20 bis 30 Pfennig pro Tag. Der Rest der proletarisierten Bauern versucht, in die Städte zu gelangen. Vielfach verhindern die Großgrundbesitzer das aber mit Waffengewalt, denn um die Landarbeiterlöhne auf einem Niveau zu halten, das spätestens nach 30 Jahren zum Tod durch Unterernährung führt, bedarf es eines riesigen Überangebotes an Arbeitskräften. Die Großgrundbesitzer sind Agrarkapitalisten, keine Feudalherrn. Auf ihrem Grund und Boden wird nur je ein Produkt erzeugt: Zucker, Kaffee, Vieh oder Baumwolle. Nahrungsmittel werden nicht angebaut. Sie müssen von weit her, oft aus dem Ausland, unter schwierigen Transportbedingungen, herangeschafft werden, da die den Großgrundbesitz umgebenden Subsistenzwirtschaften zu klein sind, um für den Markt zu produzieren. Die kapitalistische Produktion der Latifundien ist vorwiegend für den Export bestimmt. Sie macht 33% des brasilianischen Nationaleinkommens aus, aber 70% der Exporte.
In der Landwirtschaft Brasiliens bestehen also zwei Produktionsformen regional verschränkt nebeneinander: Subsistenzwirtschaft und Agrarkapitalismus. Der Agrarkapitalismus verhindert durch die zunehmende Monopolisierung des Bodens die Entfaltung der Subsistenzwirtschaften, und verschafft sich durch ihre Zerstörung ein Reservoir von Arbeitskräften. Beide Produktionsformen kommunizieren nicht in der Warenform. Wo die Ware-Geld-Beziehung in die Subsistenzwirtschaften vordringt, löst sie sie auf. Lediglich der eine Teil der Subsistenzwirtschaften, die Pächter, zahlt eine Naturalrente. Kapitalisten sind die Pächter nicht, weil sie keine Lohnarbeiter beschäftigen. Lohnarbeiter sind sie nicht, weil sie nicht ihre Arbeitskraft freiwillig zu verkaufen gezwungen sind und Sklaven oder Leibeigene sind sie auch nicht, weil sie "frei" sind und niemandes Eigentum.
Die brasilianische Landbevölkerung gliedert sich dementsprechend in drei Klassen (in einem eingeschränkten Sinn, da es sich um zwei Produktionsformen handelt):

1. Agrarbourgeoisie (2,67%)
2. Kleine Landbesitzer und Pächter (63,20%)
3. Lohnarbeiter (33,47%)

(R. Bastide, Brasil, São Paulo, 1964)

Die Genese der "Unterentwicklung", der Subsistenzwirtschaften und der nationalen Metropole

Bis 1930 war die brasilianische Wirtschaft auf den massenhaften Export je eines Produkts ausgerichtet. Dies hat ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt begründet, hier liegen die Ursachen für die Unterentwicklung der brasilianischen Wirtschaft, die Entstehung der Subsistenzwirtschaften und schließlich für die Möglichkeiten einer bestimmten Art von Industrialisierung seit 1930.
Bald nach der Entdeckung Brasiliens (1500) erhielten die ersten Siedler von der portugiesischen Krone Landlose von 5 - 15 km Durchmesser zur Anlage von Zuckerplantagen und das Privileg zum Einfangen von Indianern, um diese Plantagen bewirtschaften zu können. Die sich im 16. Jh. in Europa verschärfenden Klassenkämpfe wirkten sich auf Portugal weniger aus als auf Spanien. Dennoch zwang die aufkommende europäische Bourgeoisie auch die brasilianischen Zuckerpflanzer zu Einschränkungen der Indianersklaverei. Hatten die katholischen Könige schon 1500 die Versklavung von Indianern, die sich unterwerfen, verboten und Karl V die Indianer 1530 auf Grund des Naturrechts für frei erklärt, was in Spanisch-Amerika 1542 zur Abschaffung der Indianersklaverei führte - Menschenfresser ausgenommen (daher die vielen "Kariben"-Menschenfresser" -

weniger wegen des Naturrechts, sondern weil es kaum noch Indianer gab, setzten sich diese Erfolge der Bourgeoisie in Brasilien nur mit erheblichen Verzögerungen durch, de facto bis heute nicht. Ohnehin bezog sich das Naturrecht nur auf die Indianer, nicht auf die Neger. Bis 1888 blieb die Sklaverei Grundlage der brasilianischen Plantagenwirtschaft.

Immerhin unternahm die Bourgeoisie seit dem 16. Jh. enorme Anstrengungen, die freie Lohnarbeit einzuführen. Dies war in Europa Voraussetzung für die sog. ursprüngliche Akkumulation, die Entstehung des Kapitalismus. Sie wäre es auch in den Kolonien gewesen, nur erwies sie sich hier als undurchführbar, weil freies Land genug vorhanden war, auf dem sich jeder Freie niederlassen konnte, was diese offenbar allemal der Freiheit der Lohnarbeit vorgezogen haben. Dies war durchaus nicht das Problem Brasiliens allein, es stellte sich in den englischen Kolonien genauso.
"Herr Peel", schreibt Marx (Kapital I, S. 793), "nahm Lebensmittel und Produktionsmittel zum Belauf von 50.000 Pfd Sterling aus England nach dem Swan River, Neuholland, mit. Herr Peel war so vorsichtig, außerdem 3000 Personen der arbeitenden Klasse, Männer, Weiber und Kinder mitzubringen. Einmal am Bestimmungsplatz angelangt, blieb Herr Peel, ohne einen Diener, sein Bett zu machen oder ihm Wasser aus dem Fluß zu schöpfen. Unglücklicher Herr Peel, der alles vorsah, nur nicht den Export der englischen Produktionsverhältnisse nach dem Swan River."
Es gibt nur zwei Möglichkeiten, diese sog. Arbeiterfrage in den Kolonien zu lösen: Entweder die Kapitalisten verschaffen sich ein Bodenmonopol, wie die brasilianischen heute, oder sie führen Sklavenhaltung ein, wie die brasilianischen früher, wie die nordamerikanischen Baumwollmonopolisten vor dem Bürgerkrieg. Diese Rückkehr zur antiken (nicht etwa feudalen!) Produktionsweise wird durch die besonderen Bedingungen in den Kolonien erzwungen. Sie ist kompatibel mit der kapitalistischen, weil beide auf der Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln beruhen. Ihr Unterschied besteht nur darin, daß es in der einen ein variables Kapital gibt, in der andern aber nicht. Die koloniale Sklavenhaltung ist eingebettet in ein kapitalistisches System. Nach außen zeigt sie die Ware-Geld-Beziehung, nach innen die unverhüllte Abhängigkeit. Die Einbettung einer feudalen Produktionsweise wäre demgegenüber nicht möglich, weil sie die Ware-Geld-Beziehung (wegen ihres notwendig naturalwirtschaftlichen Charakters) ausschließt. Deshalb ist da, wo ihre Einführung versucht wurde, im encomienda- und repartimiento-System Spanisch-Amerikas, auch kein Feudalismus entstanden, sondern entweder ein kapitalistisches System der Grundrente oder aber - wie bei der encomienda repartimiento - ein System zeitlich begrenzter Sklaverei.
In der zweiten Hälfte des 17. Jh. verliert Brasilien das Zuckermonopol, weil die Holländer den Zuckeranbau auf den Antillen aufnehmen. Der Absatz geht auf die Hälfte zurück. 1820-30 beträgt der Anteil des Zuckers am brasilianischen Export noch 30 %, 1930-40 nur noch 0,5 %, seit 1966 ist er infolge der Kubablockade wieder auf 4,6 % gestiegen. Die Zuckerpflanzungen hatten in den Nordoststaaten gelegen. Davon ist übrig geblieben: Das Bodenmonopol der Zuckerbourgeoisie, starke Erosion der Böden, 35 Mill. Menschen, zum großen Teil freigelassene Sklaven, die nur zum Teil zur Subsistenzwirtschaft übergehen konnten, infolgedessen Hungersnöte, die jährlich 500 000 Menschen wegraffen.
Die Profite flossen zum größten Teil nach Holland, das Vertrieb und Verarbeitung des Zuckers organisiert hatte. Aufgrund des großen Überangebots an Arbeitskräften konnte sich in den Nordoststaaten keine besonders "freie" Lohnarbeit entwickeln. Es besteht keine Notwendigkeit, den Schein der Freiheit zu wahren, wie da, wo Arbeitskräfte knapp sind. So heißt es auf der Warntafel auf den Ländereien eines Großgrundbesitzers in Rio Grande do Norte: "Allen Bewohnern dieses Grundbesitzes ist verboten: das Trinken von Aguardente oder irgendeinem anderen alkoholischen Getränk. Das Kartenspiel. Das Verbringen der Freizeit außerhalb des Grundbesitzes. Der Besuch bei kranken Freunden. Zu Tanzen ohne Erlaubnis des Besitzers. Das Vortäuschen von Krankheit, um die Arbeit zu umgehen. Jeder, der diese Verbote übertritt, hat 24 Stunden Zeit zu verschwinden". (E. W. : Über die Verursachung der Unterentwicklung, am Beispiel Brasiliens, Bochum 1969). Wer solche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für feudal hält, vergißt, daß der Leibeigene zwar tanzen, aber nicht verschwinden durfte, daß der Kapitalist solche Arbeitsbeziehungen einführt, wann immer er nicht die Macht der Arbeiter zu fürchten hat, wie z.B. unter dem Faschismus.
Nach dem Zusammenbruch der Monokultur des Zuckers ergänzten die "Bandeirantes" von Sao Paulo die Indianer jagd durch die Suche nach Gold und Edelsteinen. 1693 entdeckten sie im Staat Minas Gerais Gold, 1729 auch Diamanten. Aus den Nordostgebieten und aus Portugal strömen 500 000 Menschen nach Minas Gerais. Allein 1760 werden 2,5 Mill. Tonnen Gold geschöpft. Es gelangt über Portugal nach England, dafür gelangen englische Textilien über Portugal nach Brasilien.
Seit Beginn des 19. Jahrhunderts gibt es kaum noch Gold in Brasilien, dafür aber umso mehr Geld in England. Als die Goldproduktion zurückging, entstanden aber in Minas Gerais zahlreiche Subsistenzökonomien. Sie sind heute für den Imperialismus so wichtig, wie vor 200 Jahren das Gold.

Durch die Entwicklung der Autoindustrie in Europa konnte die brasilianische Kautschukproduktion ihren Export von 460 Tonnen pro Jahr (1840) auf 44 000 Tonnen pro Jahr (1911) steigern, und die Preise in der gleichen Zeit von 45 Pfd. St. auf 512 Pfd. St. pro Tonne erhöhen. Freilich wurde diese Produktion nicht von brasilianischen, sondern englischen Kapitalisten betrieben und die entsprechenden Profite nicht in der brasilianischen, sondern in der englischen Industrie investiert. Der Kautschukboom riss 500 000 Arbeitskräfte ins Amazonasbecken, nicht so sehr wegen der günstigen Arbeitsbedingungen, sondern weil in den Nordoststaaten Ende der 1870er eine Dürreperiode zur Auswanderung trieb. 1920 fiel der Preis pro Tonne Kautschuk auf 100 Pfd. St. Die Kautschuksucher verfielen sofort in äusserste Armut, sodass sie nicht einmal mehr das Amazonasbecken verlassen konnten. Hier drückte das rasche Vordringen und wieder Verschwinden des Kapitals die Menschen, die es mit sich gerissen hatte, nicht bloss auf die Stufe einer agrarisch-

handwerklichen Substitutionsökonomie zurück, sondern weithin auf die primitivste Form der Ökonomie überhaupt, eine bloss aneignende Jagd- und Sammelwirtschaft, durch die Abhängigkeit von weitverstreuten Händlern nur noch unerträglicher gemacht. Lévi-Strauss (Traurige Tropen, Seite 337) zitiert den Bericht eines dieser seringneiros: "Im Jahre 1920 fiel der Preis des Kautschuks, und der große Führer verliess die seringaes ... Meine Jünglingsseele bewahrte die unauslöschliche Erinnerung an diese erschreckenden Wälder. Und obgleich ich mich bereits an die Bertholeria Excelsa (eine Kastanienart) gewöhnt hatte, erinnerte ich mich an die Kastanienwälder von São Thomé. Eines Tages traf ich meinen ehemaligen Meister. Ich bat ihn um die Erlaubnis, in seinen Kastanienwäldern arbeiten zu dürfen. Und er, wohlwollend, stimmte zu. Er sagte: "All dies ist verlassen; es ist weit, und es sind nur die geblieben, denen es nicht gelang, sich davon zu machen. Ich weiss nicht, wie sie leben, und es ist mir auch gleichgültig. Du kannst hingehen! ... Dort fanden wir eine verlassene, trostlose Bevölkerung - verdummte Greise, halbnackte Frauen, kranke und ängstliche Kinder ... Die Arbeit beginnt, wenn wir die Umrisse unserer schwieligen Hände erkennen können und hört auf in der Nacht ..."

Schon im 18. Jahrhundert war in Brasilien eine Manufakturwirtschaft entstanden. Die Konkurrenz, die sich hier für Portugal abzeichnete, wurde aber bald erkannt. 1786 befahl die Königin in einem Erlass, dass die neuentstandenen Manufakturen in Brasilien zu beseitigen seien, da die "natürliche Quelle des Reichtums" und der "guten Beziehungen zu Portugal" für Brasilien ausschliesslich die Bodenprodukte seien. Später, nach der politischen Unabhängigkeit Brasiliens, war das europäische Kapital mächtig genug, jede selbständige Industrie in Brasilien durch Unterbietung der Preise und Absatzkontrolle der jeweiligen Monoexporte zu unterdrücken.
Die amerikanische Soziologie hat freilich eine andere einleuchtende Erklärung für die Unterentwicklung der brasilianischen Industrie gefunden: der brasilianischen Bourgeoisie "fehlen die typischen Eigenschaften des puritanischen Unternehmers: die rationale Einstellung, das langfristige Planen und Gewinnstreben, die Bereitschaft zu harter Arbeit jeglicher Art, die asketische Lebensweise und die Neigung zum Sparen... Es besteht kein inneres Verhältnis zur Tätigkeit des Arbeiters, man bevorzugt Geschäfte, die in kurzer Zeit hohe Gewinne versprechen." (Hax, Grundlagen der Unternehmungswirtschaft in Brasilien, S. 22 f). - Mithin: Es fehlt der brasilianischen Bourgeoisie die rechte Religion, wie schon das Fehlen der rechten Religion bei den Indianern die Notwendigkeit ihrer Versklavung erklärt.

Erst im Zuge der Monokultur des Kaffees vermochte die brasilianische Bourgeoisie zur "protestantischen Ethik" zu finden. Der Kaffee wurde seit Beginn des 19. Jahrhunderts in den Südoststaaten angebaut (Rio, São Paulo, Paraná). 1907 betrug der Anteil Brasiliens an der Weltkaffeeproduktion 84 %. Der Kaffeepreis wurde durch eine künstliche Verknappung des Angebots hochgehalten. Diese, seither für die brasilianische Wirtschaftspolitik typische Massnahme wurde vom Staat São Paulo eingeleitet und später von der Bundesregierung übernommen. Dazu war eine ständig wachsende Vorratsbildung notwendig, die durch Auslandsanleihen finanziert wurde. Das hatte wiederum einen wachsenden Einfluss ausländischen Kapitals zur Folge. Zudem führte der überhöhte Kaffeepreis einerseits zum ständigen Aufbau von Überkapazitäten, andererseits musste er die ausländische Konkurrenz begünstigen. In der Weltwirtschaftskrise 1929 musste dies System sofort zusammenbrechen. Durch die Vernichtung von 78 000 000 Sack Kaffee 1931 - 44 konnte immerhin errreicht werden, dass der Preis pro Pfund nur von 22 Cent auf 7 3/8 Cent sank. Durch einen organisierten Abbau der Überkapazitäten konnten danach die Preise einigermassen gehalten werden, zumal sie sich seit 1959 auf internationale "Vereinbarungen" stützen können. 1965 betrug der brasilianische Anteil an der Weltkaffeeproduktion immerhin noch 40 %. Die hohen Profite aus der Kaffeeproduktion konnten zum Aufbau der brasilianischen Industrie im Städtedreieck Rio - São Paulo - Belo Horizonte verwendet werden, um die kostspieligen Importe zu sparen. Seit 1930 benutzt die brasilianische Kaffee- und Industriebourgeoisie den Kaffeexport zur Finanzierung des Imports von Investitionsgütern. Der Kaffee spielt damit für die Industrialisierung Brasiliens eine ähnliche Rolle wie im 19. Jahrhundert die Baumwolle für die der USA, die Rohseide bis ins 20. Jahrhundert für die Japans. Selbst die Industrialisierung des sozialistischen Cuba ist auf den Zuckerexport angewiesen. Aber die Industrialisierung in der brasilianischen Metropole erfolgt unter kapitalistischen Bedingungen, und wäre - so wenig wie die Akkumulation in Europa selbst - ohne ein Milieu vorkapitalistischer Produktionsformen nicht möglich. Die nationale Metropole hat ihre Kolonie, nämlich den Rest Brasiliens. Durch das Vordringen der Ware-Geld-Beziehung in die Subsistenzwirtschaften entsteht ein beliebig erweiterbare Markt, durch die damit verbundene Proletarisierung der Bauern sieht sich die brasilianische Industrie mit einem befriedigendem Angebot auf dem Arbeitsmarkt versehen, das es ihr erlaubt, die Löhne für die Industriearbeiter vielfach auf einem Niveau von nicht mehr als 3,-- DM am Tag zu halten.

Herr Hax hat in einem Empfehlungsschreiben an die westdeutsche Industrie (Grundlagen der Unternehmungswirtschaft in Brasilien, Köln 1968), diese interessante Situation klar erkannt: "... Das zuwandernde Landproletariat ist das Arbeitskräfte-Reservoir für die wachsende industrielle Produktion. Andererseits bedeutet diese Verstädterung eine grundlegende Wandlung der Bedarfsstruktur, die wiederum neue Möglichkeiten für die industriellen Unternehmen eröffnet." (a.a.O., S.19).

Die brasilianische Metropole

25,2 % des Produktionswertes der brasilianischen Industrie entfallen auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (in der BRD 14,6 %), 14,1 % auf die Textilindustrie (in der BRD 10 %), 16,4 % auf die Chemische Industrie (in der BRD 12,5 %). (Hax, S. 92). Diese Produkte werden sämtlich auf dem brasilianischen Markt verkauft. Die Chemische Industire ist Zulieferer für die Textilindustrie, der Schwerpunkt der brasilianischen Industrieproduktion liegt also im Bereich der Subsistenzmittel.

Dementsprechend ist (seit 1945) der Binnenhandel stärker gewachsen als das Bruttosozialprodukt. Er stieg 1953 bis 1963 von 100 auf 248, das Bruttosozialprodukt in der gleichen Zeit nur von 100 auf 176. "Diese unterschiedliche Entwicklung bringt die ansteigende binnenwirtschaftliche Verflechtung zum Ausdruck als Folge des Rückganges der reinen Subsistenzwirtschaft, der durch die Industrialisierung bedingten zunehmenden Arbeitsteilung und des schnell fortschreitenden Prozesses der Urbanisation." (Hax, a.a.O. S 96). Dabei kommt noch hinzu, dass der Grosshandel "seine finanzielle Machtstellung gegenüber den kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Produzenten benutzt, um deren Erlöse zu drücken, während er selbst mit überhöhten Spannen arbeitet" (Hax, a.a.O., S97).

Das Wachstum der brasilianischen Industrieproduktion ist in den einzelnen Branchen sehr unregelmässig und variiert etwa zwischen 10 und 60 % (in der BRD schwankt es bei 6 %). Da die Löhne in manchen Gegenden nicht mehr als 1/10 der Löhne in den entwickelten Ländern betragen, ist die Profitrate in der brasilianischen Industrie ausserordentlich hoch, wahrscheinlich etwa 4 mal so hoch wie in den USA. Die Anziehungskraft, die eine derart hohe Profitrate auf das ausländische Kapital ausübt, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Nur etwa 15 % des brasilianischen Kapitals befinden sich in den Händen der brasilianischen Bourgeoisie, der größte Teil gehört US-Bürgern, der zweitgrößte westdeutschen Kapitalisten. (Die wichtigsten davon: Hoechst, BASF, Baeyer, Bosch, Siemens, VW, demnächst Jenaer Glas, u.v.a.).

Diese Überfremdung des brasilianischen Kapitals hat nur den Effekt, dass enorme Profite in die USA und die BRD geschafft werden. "Bei ausländischen Unternehmen ist es sowieso üblich, die Gewinne nur teilwiese zu transferieren, und die zurückbehaltenen Teile zum Ausbau der brasilianischen Werke zu verwenden" (!) (Hax, a.a.O., S. 110). Widersprüche zwischen den brasilianischen und ausländischen Kapitalisten ergeben sich daraus aber kaum.

Freilich unterliegt die Akkumulation des Kapitals in Brasilien erheblichen Deformationen, was allerdings - England ausgenommen - überall mehr oder weniger der Fall war. Die Vermeidung der krassesten Deformationen (wie sie sich in Ländern wie Guatemala oder Indien finden) war möglich, weil die brasilianische Bourgeoisie ihren Staatsapparat entschieden dafür einsetzen konnte.

Die brasilianische Bourgeoisie, ihr Staatsapparat, und ihr Verhältnis zu den Weltmetropolen

Bis 1822 war Brasilien eine portugiesische Kolonie, 1822 bis 1889 ein unabhängiges Kaiserreich unter der Herrschaft des englischen Kapitals. Die Bourgeoisie errichtete ihre Republik nicht um die Sklaven zu befreien, sondern weil der brasilianische Kaiser die Sklaven 1888 befreit hatte und damit 200 Millionen Dollar konstantes Kapital zu durch variables Kapital zu kaufende Arbeitskraft gemacht hatte. Sie kam nicht durch eine Revolution, sondern durch einen Militärputsch zur Macht, denn einen Adel, der hätte bekämpft werden müssen, hat es in Brasilien nie gegeben. 1930, in der Weltwirtschaftskrise, errichtete Vargas seine faschistische Diktatur auf "sozialstaatlichen und ständischen Prinzipien". 1945 wird das Autoritäre des brasilianischen Staates kaschiert, der Staat bleibt aber Organisationszentrale der Industrialisierung. Sozialdemokraten (Kubitschek) und Populisten (Goulart) lösen sich in der Regierung ab, bis 1964 die Generale ihre "Revolutionsregierung" errichten, die Wirtschaft "durch Verbesserung der Westbeziehungen stabilisieren" und "sachlich, undemagogisch und massvoll" eine "für das Auslandskapital günstigere Atmosphäre schaffen" (Hax, a.a.O., S. 34).
Die staatliche Wirtschaftspolitik zielt dabei auf Ersatz teurer Importgüter durch Eigenproduktion nach dem law of similars. Zollmassnahmen verhelfen den entsprechenden brasilianischen Firmen zum Monopol, wobei der Preis oft erheblich über den früheren Importpreis steigt. Wenn die ausländischen Firmen ihren brasilianischen Markt halten wollen, sind sie so gezwungen, vom Waren- zum Kapitalimport überzugehen. Dies wird noch begünstigt durch unterschiedliche Wechselkurse für die einzelnen Branchen. 1955 wird sogar der Import ganzer Industrieanlagen unter Umgehung des Devisenmarktes möglich. Hinzu kommt ein absoluter Lohnstopp (seit 1964) bei einer jährlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten um 92% (1964), bestenfalls 24% (1967), und ein stark regressives Steuersystem . So wird jede Rationalisierungsmaßnahme überflüssig und der Kapitalimport zu einem Import beinah atavistischer Produktionsanlagen, die in Europa nie konkurrenzfähig wären, in Brasilien aber das Vierfache der Profitrate der modernsten Anlagen in den USA bringen. Wegen des "niedrigen Lohnniveaus", wird man "die Kapazitäten zunächst nicht so auslegen, daß die Produktionskosten ein Minimum erreichen." (Hax, a.a.O., S.108).

Die rasche technische Entwicklung der USA im 19. Jahrhundert, die der US-Bourgeoisie ihre jetzigen Machtpositionen verschafft hat, war möglich, weil die Arbeitskräfte

knapp und teuer waren in einem Land, in dem viel freier Boden zur Besiedlung verfügbar war. Diese Knappheit an Arbeitskräften zwang das US-Kapital zur möglichst schnellen Steigerung der Produktivität der Arbeit. Im Gegensatz dazu vollzieht sich die Industrialisierung Brasiliens unter monopolkapitalistischen Bedingungen: die Monopolisierung des Grund und Bodens durch die Agrarkapitalisten verschafft den Industriekapitalisten ein Überangebot an Arbeitskräften. In Verbindung mit der Monopolisierung der Industriebranchen und den autoritären Eingriffen des Staatsapparates muß daher der technische Fortschritt ungeheuer verlangsamt werden. Dadurch wird die Profitrate auf lange Sicht außerordentlich hoch gehalten. In den Weltmetropolen ist sie im Vergleich dazu stark abgesunken. Hieraus erklärt sich das Interesse, das das nordamerikanische und westdeutsche Kapital an der Industrialisierung Brasiliens und ihrer besonderen Form haben, die die brasilianische Wirtschaft außerhalb Brasiliens nicht konkurrenzfähig machen kann. Zugleich löst das Kapital der Weltmetropolen auf diese Weise seine Schwierigkeiten der Realisierung des Mehrwerts. So ist allein die Hoechst AG gezwungen, in einem einzigen Jahr (1970) 380 Mill. Dollar in der Dritten Welt zu investieren, einen beträchtlichen Teil davon in Brasilien (Chemical Age 2623, 1969).

Der Imperialismus der Weltmetropolen verändert sich daher insofern, als er in den Prozeß der Ausbeutung der Kolonie Brasilien die nationale Metropole Rio - São Paulo - Belo Horizonte zwischenschaltet. Im Grunde wird nicht die brasilianische Metropole ausgebeutet, sondern die breiten Massen des brasilianischen Volkes, die der Imperialismus des nordamerikanischen, westdeutschen und brasilianischen Kapitals in Hunger- "katastrophen" und Krankheitsepidemien, in unvorstellbares Leid und Elend stürzt. "Wenn das Geld", sagt Marx, "mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend."

Imperialismus und Genozid

Der Imperialismus in Brasilien bringt auch Pionierleistungen hervor und ein Werk der Zivilisation. Ein großer Teil der Bauern, denen die Großgrundbesitzer das Land geraubt haben, und sogar des Subproletariats der Städte, versucht, sich dem Hungertod zu entziehen und wandert, ständig auf der Suche nach kultivierbarem noch nicht von den Großgrundbesitzern beschlagnahmten Land, unablässig nach Westen. So hat sich die Größe des bebauten Bodens in Brasilien in den 5oer Jahren um 58% vergrößert (Hax, S. 79). Freilich können diese Kolonisten nie lange auf ihrem urbar gemachten Land bleiben, denn die Großgrundbesitzer, der Straßenbau und die Rohstoffmonopole folgen ihnen auf dem Fuß, vertreiben sie oder finden in ihnen immer schon die notwendigen Arbeitskräfte. So werden sie gezwungen, immer weiter nach Westen vorzustoßen, wo der Bodenbau immer schwieriger wird, so daß sie immer mehr verarmen. Wo diese Kolonisten auf Indianer treffen, berauben und verjagen sie sie. Wenn sie Widerstand leisten, werden sie - oft auch schon vorbeugend - umgebracht.

Wie die Kapitalisten nach und nach alle Geschäfte an sich reißen, so auch dies. "Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20%, es wird lebhaft; 5o%, positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 3oo%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens." (Marx, Kapital I, S. 788). - Ein Artikel der brasilianischen Verfassung von 1934 sichert den Indianern "den dauerhaften Besitz der Gebiete, die sie bewohnen." Wenn sie diese verlassen, können sie vom Staat verkauft werden. Großgrundbesitzer und meist als Kautschukfirmen getarnte Unternehmen organisieren nun auf der Basis von Akkordlohn Expeditionen von Pistolenschützen, die die Indianer nicht mit der Zufälligkeit der Kolonisten ermorden, sondern mit den rationellen Arbeitsmethoden der kapitalistischen Produktionsweise. So hat man die Cintas Largas am Aripuanã vom Flugzeug aus mit Dynamitstangen bombardiert und in kurzer Zeit fast 1o.ooo von ihnen umgebracht. Zwei Stämme der Pataxó wurden mit Pocken geimpft. (Prof. Zerries, München, meinte dazu, es habe sich um ein Versehen gehandelt). An die Tapaniuna wurde versehentlich arsenvergifteter Zucker verteilt (was allerdings am Mißtrauen der Indianer gescheitert ist). Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Die brasilianische Regierung hat einen 5.000-seitigen Bericht über diesen Massenmord anfertigen lassen, der aber nicht veröffentlicht wurde und kürzlich bei einem Zimmerbrand verschwunden sein soll. Er enthielt die Beweisstücke für den Mord an 40.000 Indianern, die allein der Indianerschutzdienst verübt hat. Es kam auch zu Gerichtsverfahren, wegen Bestechung nämlich, die ein moderner Sozialstaat freilich nicht dulden kann. Inzwischen hat sich die Untersuchungskommission aufgelöst, weil ihr "die Spesen fehlen"

Sind die Indianer in einem Gebiet vernichtet, so kaufen die Großgrundbesitzer oder die entsprechenden Mordagenturen es dem Staat ab und weiter an ausländische (auch westdeutsche) Kapitalisten. Nachweislich haben sie auf diese Weise 248 Mio DM verdient, bei den niedrigen Löhnen und sonstigen Produktionskosten fast Reingewinn. Der Stücklohn pro erledigtem Indianer beträgt nämlich nur 15 Dollar (Spiegel, 10.11.69).

In diesem niedrigen Lohn liegt der ganze Unterschied zwischen Brasilien und den USA. Denn auch in den USA "verleugnete sich der christliche Charakter der Akkumulation des Kapitals nicht. Jene nüchternen Virtuosen des Protestantismus," sagt Marx (Kapital I, S. 781), "die Puritaner Neuenglands, setzten 1703 durch Beschlüsse ihrer Assembly eine Prämie von 4o Pfd. St. auf jedes indianische Skalp, 1744, nachdem Massachusetts-Bay einen gewissen Stamm zum Rebelllen erklärt hatte, folgende Preise: für männliche Skalps, 12 Jahre und darüber, 100 Pfd. St. neuer Währung, für männliche Gefangene 105 Pfd. St., für gefangene Weiber und Kinder 5o Pfd. St., für Skalps von Weibern und Kindern 50 Pfd. St.! Das britische Parlament erklärte Bluthunde und Skalpieren für "Mittel, welche Gott und die Natur in seine Hand gegeben."

Zum brasilianischen Fall meint die "Weltwoche", Zürich: "Sie töten nicht nur Indios, sondern auch

eine Idee - die Idee des unblutigen Fortschritts."
Der Fortschritt der Amerikaner zeigt sich in der Methode, wie sie selbst unmittelbar den Indianern das Land abnehmen. Die großen Missionsgesellschaften durchforschen das Land, lassen sich mit Vorliebe in Gegenden mit wertvollen Bodenschätzen, Uran, Mangan usw., nieder, "missionieren" die Indianer - meist mit Gewalt - und reichen sie, wenn sie es geschafft haben, sie in Kleider zu stecken, an die Großgrundbesitzer weiter - gegen eine angemessene Spende, wie im 19. Jh. die Londoner Pfarreien die Insassen ihrer Armen- und Waisenhäuser an die englischen Fabrikbesitzer. Die Großgrundbesitzer halten die Indianer dann als Sklaven auf ihren Plantagen und in ihren Bordellen, um das christliche Werk der Missionare zu vollenden. Die Missionare lassen sich ihr Bekehrungswerk nicht nur durch die bekannten Geld- und Kleidersammlungen in den USA und Europa bezahlen, sondern geben den amerikanischen Rohstoffkonzernen noch gleich den richtigen Tip, welches für sie interessante Land sie nun billig kaufen können. Der brasilianische Konsul in Frankfurt a.M., Senhor Marina de Rego Freitas Toledo, erklärt dazu, "daß das brasilianische Volk seinen indianischen Brüdern stets eine besondere Zuneigung entgegengebracht hat." (FR, 12.11.69).
Die Objekte dieser Geschäfte sind die letzten klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaften, die es auch schon als Zeugen wirklicher Freiheit zu beseitigen gilt; daher der besondere Sadismus der Vernichtungsaktionen.
Es wird oft behauptet, daß die Indianer nicht bereit seien, mehr zu produzieren, als sie selber zum Leben brauchen. Freiwillig ist dazu sicher ohnehin niemand bereit. Für die indianischen Gesellschaften tritt aber hinzu, daß sie in sich nicht autoritär sind und deshalb zu starker freiwilliger Kooperativität tendieren. Diese freie Assoziation wird aber im kapitalistischen Produktionsprozeß gewaltsam zerstört und ersetzt durch den Zwang zu kollektiver Arbeit unter der Herrschaft des Kapitals. Deshalb fliehen die Indianer aus der Lohnarbeit, solange sie zu ihrer Subsistenzwirtschaft zurückkehren können. Für den Kapitalismus gibt es deshalb nur zwei Möglichkeiten, das Indianerproblem zu lösen: Sie können zur Arbeit gezwungen, d.h. versklavt werden. Dies muß freilich auf den aktiven und passiven Widerstand der Indianer stoßen, so daß Versklavung nur eine Form des verzögerten Tötens ist. So hat z.B. die englische Peruvian Amazon Company zu Beginn dieses Jahrhunderts über 40.000 Indianer zur Kautschukgewinnung versklavt, und damit 30.000 durch furchtbare Foltern umgebracht. (Rosa Luxemburg, S.329 f).
Wenn gerade keine Arbeitskräfte gebraucht werden, bleibt nur die Liquidation. Erst wenn die Indianer so dezimiert sind, daß sie keine "Gefahr" mehr darstellen, können sie, wie in den USA, zur Förderung des Tourismus in Reservaten konserviert werden.
Durch die Berichte liberaler Journalisten (vor allem im Spiegel 1969, Nr. 44-46) aufgescheucht, hat sich die europäische Öffentlichkeit zu lauten Protestschreien über die Indianermassaker gedrängt gefühlt, um ihr Gewissen, das das Gewissen der Herrschenden ist, zu beruhigen. Tatsächlich hatte schon 1955 der Starstrukturalist Lévi-Strauss über die "Landnahme" und die damit verbundenen Massaker unter dem bedeutungsvollen Titel "Traurige Tropen" (dt. Köln 1960) berichtet. Er hatte, im Unterschied zum Spiegel, auch gleich eine Erklärung für die Pionierleistungen des Imperialismus geliefert, die jene geheimnisvolle Traurigkeit unter den brasilianischen Indianern bewirkt: "Zwar haben wir längst aufgehört, die Sonne anzubeten, aber so sehr sich auch unser euklidischer Geist gegen die qualitative Auffassung des Raumes zur Wehr setzt, üben doch die großen astronomischen Phänomene einen zwar uneingestandenen aber unauslöschlichen Einfluß aus; so ist die Richtung Ost-West für alle Menschen jene der Erfüllung ...
Ich möchte in jener Vorliebe den Ausdruck einer Weisheit sehen, im Vergleich zu der die moderne Rebellion als töricht erscheint ... Auch der Soziologe ist dazu berufen, am Aufbau eines derartigen Humanismus (nämlich der "Weisheiten") mitzuhelfen." (a.a.O., S.81 f). So leistet der Strukturalismus seinen Beitrag zum Imperialismus in der melancholischen Apothese der Gewalt. So löst er keinen Protest aus, sondern Wellen der Traurigkeit und Begeisterung für den Strukturalismus. Das Gewissen der Bourgeoisie kann sich bei der imperialistischen Liquidierung ganzer Völker beruhigen, wie in der Abendsonne. Sozialwissenschaft im Dienste des Imperialismus ist nicht nur counterinsurgency.
"Für die primitiven Gesellschaften selbst aber gibt es", sagt Rosa Luxemburg (Akkumulation, S.342), "da es sich in jedem solchen Fall um Sein oder Nichtsein handelt, kein anderes Verhalten als Widerstand und Kampf auf Tod und Leben, bis zur völligen Erschöpfung oder bis zur Ausrottung."
Wo es den Indianern gelingt, sich der Unterwerfung zu widersetzen, ist die Situation ganz anders. So gelang es den brasilianischen Macuxi z.B. sich der Angriffe der Kolonisten zu widersetzen und sie nach schweren Kämpfen zurückzudrängen. Sie gingen dann auf der Basis des Gemeineigentums und der freien Assoziation der Produzenten zur Viehzucht und zur Produktion für den Markt über. Vor kurzer Zeit haben sie ihren ersten Traktor angeschafft, was in Brasilien sonst ein Privileg der Großgrundbesitzer ist. Zwar haben sie damit die imperialistische Agression nur fürs erste abgewendet, aber sie haben damit gezeigt, was sie in einem befreiten sozialistischen Brasilien zu leisten vermöchten: Den nahezu bruchlosen Übergang von einer urkommunistischen Produktionsweise in eine kommunistische.

Der Anfang der Revolution in Brasilien

Das Elend unter den Massen des brasilianischen Volkes hat immer wieder zu großen Aufständen und Befreiungsbewegungen geführt. Die eine Form des Widerstandes sind die sogenannten Sozialbanditen, die als cangaceiros bekannt geworden sind. Die cangaceiros sind eine bewaffnete Guerilla auf dem Land, der nichts fehlt als die Waffe der Theorie. Die andere Form sind die christlich-chiliastischen Bewegungen der Bauern. Die vorläufig letzte von ihnen, die Ligas dos Camponeses, ist erst vor 5 Jahren vom brasilianischen Militär zerschlagen worden. Sie hatte zunächst nur das Ziel, durch das Sammeln von Beiträgen Geld für die Särge ihrer Mitglieder bereit zu halten. Unter der Führung eines liberalen Rechtsanwaltes ging sie bald zur systematischen Politisierung der Bauern über. Ziel war eine Landreform, die auf parlamentarischem Wege erkämpft werden sollte. Dabei bedienten sich ihre Führer einer christlich-chiliastischen Agitation von der Art "Das Land wird Meer und das Meer wird Land."

Die Ligas verdoppelten sich von Jahr zu Jahr. 1958 zählten sie 50.000 Mitglieder, 1960 100.000, 1961 200.000. Die Bauern begannen, das Land der Großgrundbesitzer zu besetzen und die Pacht zu verweigern. Diese Aktionen fanden aber nur auf lokaler Ebene statt, und waren schlecht organisiert. Sie hatten den für spontane Bauernbewegungen typischen agrar-anarchistischen Charakter. Die Großgrundbesitzer konnten mit dieser Art von Aktionen relativ leicht "fertig werden". Sie organisierten Banden von Pistolenschützen, die die Aufständischen überfielen, folterten und ermordeten, und die noch Zögernden terrorisierten. Aber die Bauern begannen zu begreifen, daß ihr Elend keine göttliche und natürliche Fügung ist, sondern eine Folge der Besitzverhältnisse und der einzige Weg zu ihrer Veränderung die Gewalt. Ihre bourgeoisen pazifistischen Führer verhinderten aber ihre Bewaffnung, die Organisationen des Proletariats versagten schmählich. Sie setzten sich nicht an die Spitze der Bewegung. Die Kommunistische Partei bezeichnete die Ligas als utopisch, war aber selber nicht in der Lage, die Bauern zu organisieren. Da auf Grund der Religiosität ihrer Kampfideologie die Loyalität der Bauern zur Kirche groß war, konnten unmittelbar nach dem Militärputsch 1964 Kirche und Militär vereint die Ligas blutig zerschlagen.
Welche Lehren ergeben sich daraus für die Zukunft der brasilianischen Revolution? Die revisionistische KP Brasiliens zieht aus ihrer falschen Analyse, daß die brasilianischen Bauern in feudaler Abhängigkeit gehalten werden, die falsche Konsequenz, daß nur eine bürgerliche Revolution die Bauern befreien kann. (Dies zeigt, daß die Kommunistische Partei Brasiliens eine Partei der progressiven Fraktion der brasilianischen Kleinbourgeoisie ist). Sicher ist die Auflösung der Subsistenzwirtschaften eine Voraussetzung für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. Der Imperialismus forciert diese Auflösung, aber sein einziges Mittel dazu ist die Gewalt, die Verelendung und Entwürdigung der Massen. "Die Hoffnung, den Kapitalismus ausschließlich auf den "friedlichen Wettbewerb" als die einzige Grundlage seiner Akkumulation verweisen zu können, beruht auf der doktrinären Täuschung, als ob die Kapitalakkumulation ohne die Produktivkräfte und die Nachfrage primitiverer Gebilde auskommen, sich auf den langsamen inneren Zersetzungsprozess der Naturalwirtschaft verlassen könnte." (Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 342).

Man mag also zwar sagen, daß der Kampf der Ligas ein Kampf zur Erhaltung der Subsistenzwirtschaften sei und damit reaktionär. Aber dies ist notwendig zugleich ein Kampf gegen die imperialistische Gewalt, und zwar ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Er dient auch nicht der Stabilisierung eines Herrschafts- und Ausbeutungssystems, sondern richtet sich dagegen, daß ein solches überhaupt errichtet wird. Die Bourgeoisie hat ihre fortschrittliche Rolle längst ausgespielt. In der Phase ihrer imperialistischen Weltherrschaft sind deshalb alle Klassen und Gruppen, auch die primitivsten, die den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen, zumindest potentiell fortschrittlich. Zudem hat sich die Beziehung des Klassenbewußtseins zur Geschichte nach der Entstehung des Proletariats - und damit der Theorie des Marxismus-Leninismus - allgemein radikal verändert. Nicht dem Proletariat allein ist die bewußte Gestaltung der Geschichte möglich geworden, sondern - unter seiner Führung - allen unterdrückten Klassen und Völkern. "Das ökonomische Klasseninteresse als Beweger der Geschichte," schreibt Lukács (Gesch. und Klassenbewußtsein, S. 70 f.), "ist erst im Kapitalismus in seiner nackten Reinheit hervorgetreten. Die wahren treibenden Mächte, die hinter den Beweggründen der geschichtlich handelnden Menschen stehen, konnten deshalb in vorkapitalistischen Zeiten niemals rein ins Bewußtsein treten ... Die ideologischen Momente (bei den Ligas die Sorge um die Behausung nach dem Tod, die Hoffnung, daß das Meer zu Land und das Land zu Meer wird) 'verdecken' nicht bloß die wirtschaftlichen Interessen, sind nicht bloß Fahnen und Kampfeslosungen, sondern Teile und Elemente des wirklichen Kampfes selbst. Freilich, wenn der soziologische Sinn dieser Kämpfe vermittels des historischen Materialismus gesucht wird, dann sind diese Interessen ... zweifellos auffindbar." - Die Ligas haben im Bündnis mit der Kleinbourgeoisie und der liberalen Intelligenz gestanden. Deshalb mußten sie scheitern. Nur im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse hätten sie ihre selbstmörderische Religiosität und ihren utopischen Anarchismus überwinden und den Widerstand erfolgreich organisieren können. Die chinesische und die vietnamesische Revolution haben das bewiesen.
So wie die Industrialisierung Brasiliens unter monopolkapitalistischen Bedingungen begonnen hat, kann auch die Auflösung der Subsistenzwirtschaften und der Aufbau des Sozialismus auf dem Land unter sozialistischen Bedingungen beginnen. Die Millionenmassen der Bauern haben gezeigt, daß sie bereit sind, die Revolution zu machen. Dem jungen brasilianischen Proletariat stehen potentiell die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zur Verfügung. Ist es bereit, sich an die Spitze der Revolution zu stellen?
Der Bauer oder Landarbeiter, der sich aus seinen elenden Verhältnissen löst, und in die Stadt zieht, steigt auf aus einer primitiven agrarkapitalistischen Gesellschaft, oder aus einer der Subsistenzökonomie, in eine des modernen Monopolkapitalismus. Er tut es als Einzelner, es ist seine private Revolution. Und das selbst dann, wenn er, wie in den meisten Fällen, in den Favelas landet und sich durch das Sammeln von Abfällen, die er an kleine Händler verkauft, nicht vor dem Hunger retten kann. Die Industriearbeiter selbst tragen demgegenüber sicher Züge einer Arbeiteraristokratie. Das brasilianische Industrieproletariat ist unter monopolkapitalistischen Bedingungen entstanden. Es ist in ständischen Gewerkschaften organisiert, die vom Staat aus Steuergeldern finanziert und vollkommen kontrolliert werden. Sie sind ein Instrument der Kapitalisten zur Überwachung der Arbeiter. Streiks sind verboten, die Löhne werden von staatlichen Arbeitsgerichten festgesetzt. Vollwertiger Industriearbeiter ist nur, wer ein Gewerkschaftbuch besitzt. Es soll Fälle geben, wo Arbeiter ihr Buch gegen große Anteile am Lohn an Arbeitslose verleihen. Der Lohn ist zwar zehn-

mal so hoch wie der eines Landarbeiters, beträgt aber nur ein Zehntel (höchstens ein Drittel) von dem eines westdeutschen Arbeiters.

Die Bewohnerin einer Favela von Rio erklärt: " Der Hunger ist in der Favela und vor den Türen der Arbeiter. Pater Luis sagt uns, wir müßten demütig sein. Gott schätze nur diejenigen, die resigniert leiden. Wenn Pater Luis sähe, daß seine Kinder verdorbene Lebensmittel äßen, die sonst nur Raben und Mäuse fressen, würde er sich auch auflehnen, denn die Auflehnung wird aus der Bitternis geboren. Brasilien muß von jemandem regiert werden, der schon Hunger gelitten hat. Der Hunger ist auch ein Lehrer." (C.M. de Jesus, Tagebuch der Armut, S. 28, 75).

Die brasilianische Industrie ist monopolkapitalistisch. Die objektiven Bedingungen zu ihrer Sozialisierung sind gegeben. Die Arbeiterklassen ist verelendet und verelendet immer mehr. Auf dem Land bilden die Millionenmassen der Bauern nicht nur eine Reservearmee"für die aufstrebende Industrie", sondern zugleich der Möglichkeit nach eine gewaltige Rebellenarmee. Das brasilianische Proletariat hat sich erst in den letzten 40 Jahren gebildet. Es verfügt kaum über eigene Kampferfahrungen, und ist deshalb immer wieder auf die demagogischen Reden der Populisten à la Vargas und Goulart hereingefallen. Es hat keine Kritik an der feigen und revisionistischen Politik der Kommunistischen Partei entwickeln können. Bis jetzt ist der Hunger sein einziger Lehrer geblieben.

Die KP beharrt auch nach dem faschistischen Putsch von 1964 auf ihrem Kampf gegen"Imperialismus und Latifundien", der ihr Bündnis mit der Nationalbourgeoisie als revoultionäre Taktik ausweist, wiewohl die Nationalbourgesoisie mit den "Latifundisten" identisch und mit dem amerikanischen Kapital im festen Bündnis ist. Sie sammelt "alle demokratischen Kräfte" zur friedlichen "Redemokratisierung" des Landes. Aus ihrem Führungskader spaltete sich auf dem Parteitag 1967 eine linke Fraktion ab, an deren Spitze Carlos Marighella stand. Diese nahm Anfang 1968 den bewaffneten Kampf auf. Nachdem schon 1965 auf dem Land, in Minas Gerais, eine Guerilla entstanden war, die gestützt auf die sozialpsychologisch-anarchistische Theorie Debrays freilich schnell scheitern mußte, organisierte Marighella eine Stadtguerilla. Er versuchte durch sein Beispiel andere Gruppen auf den gleichen Weg zu bringen, und so den Kampf schrittweise auf alle brasilianischen Städte auszudehnen. Marighella geht davon aus, daß eine Guerilla auf dem Land nur erfolgreich sein kann, wenn sie von einer schlagkräftigen Organisation in der Stadt unterstützt wird. Zur Koordinierung der ländlichen und städtischen Guerilla ist der Zusammenschluß der verschiedenen, schon vorhandenen Bewegungen notwendig. Die Entführung des amerikanischen Botschafters basierte bereits auf der Zusammenarbeit der VPR (Vanguarda Popular Revolucionária) und der MR 8 (Movimento Revolucionário 8. Oktober). Eine der Bedingungen für die Freilassung des Botschafters war die Freilassung von 15 politischen Gefangenen. Diese gehörten den verschiedensten linken Gruppen an: der Studentenbewegung, der KP, der MR 8, der VPR, der MLP und der ALN (Ação do Libertação Nacional). Damit bereitet sich der Zusammenschluß dieser Gruppen vor.
Zu den Aktionen der Stadtguerilla gehören auch Banküberfälle (täglich einer in Rio und São Paulo), die Eroberung von Sprengstoffen und Waffen aus den Kasernen, die Beschaffung von Arzneien, die Verteilung von Flugblättern (allein der Besitz eines Flugblatts wird mit mehrjähriger Gefängnishaft bestraft) und die Besetzung von Radiostationen. Sie kann diese Aktionen vor allem deshalb durchführen, weil sie sich dabei auf desertierte, untere und mittlere Kader des brasilianischen Militärs stützen kann, wie etwa Carlos Lamarca, der zuvor ein berühmter Spezialist für die Bekämpfung der Guerilla war. Er erbeutete bei einer einzigen Aktion im Januar dieses Jahres 6 Lastwagen Munition.
Diese Aktionen dürfen jedoch nicht als "Revolution" mißverstanden werden. Sie stellen keinen Angriff auf die Staatsmacht dar; sie sind ein Mittel zur Rekrutierung, Schulung und Bewaffnung von Kadern, die notwendig sind zur Organisation des proletarischen Kampfes und der großen Rebellenarmee der Bauern. Diese Strategie basiert auf der Theorie des Marxismus-Leninismus; der Kampf wird lange dauern und er wird schließlich zu einem befreiten, sozialistischen Brasilien führen.
Wir verstehen, daß Rockefeller die Regierung der Vereinigten Staaten auffordert, ihre Militärhilfe für Brasilien zu verstärken. Wir werden die brasilianischen Genossen unterstützen, indem wir den Kampf gegen unsere einheimischen Rockefellers organisieren.

Die brasilianische Revolution braucht die Bourgeoisie nicht. In ihrer entscheidenden Phase wird sie sich auf die Millionenmasse der Bauern stützen, und diese werden im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Intelligenz die brasilianische Bourgeoisie ebenso wie das amerikanische und westdeutsche Kapital hinwegfegen. Die BASF investiert vergeblich in Brasilien. Die brasilianischen Arbeiter werden sich die von ihnen geschaffenen Produktionsmittel selber aneignen, denn die historische Aufgabe des Kapitalismus geht zu Ende.

Auch die Ermordung des Genossen Carlos Marighella, die die Bourgeoisie heute feiert, wird den Niedergang des Imperialismus nicht aufhalten.

Fritz Kramer

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Kommentar zu einigen Interpretationen der Septemberstreiks

Mit dem folgenden Artikel über Marx's und Engels' Auffassung der Gewerkschaften und des ökonomischen Kampfes von Eberhard Becker leiten wir eine Untersuchung ein, die durch die Septemberstreiks und die Reaktion der Linken darauf dringend geworden ist.

Die Linke, einschließlich der DKP, die wohl die einzige Gruppierung ist, die organisiert in den Betrieben vertreten ist, wurde durch die Streiks "überrascht". Diese "Überraschung" ist nicht als solche schon Gegenstand von vernichtender Kritik oder Anlaß zu Resignation; sie spiegelt lediglich die Schwäche der Linken in der nachfaschistischen BRD wider. Im Gegensatz zu dem ehemaligen Vorsitzenden der IG-Bergbau, Arendt, der die Agitation von DKP und SDS für die Streiks verantwortlich machte und sich dadurch, daß er schon, bevor er Minister des kapitalistischen Staats war, wie ein solcher dachte, für eben dieses Amt qualifizierte, bilden wir uns nicht ein, daß wir eine weitertreibende Rolle in den Streiks hätten übernehmen können. Daran ändern auch nichts die konträren Beispiele Saarbrücken und Kiel. (In Kiel benutzte der Streikrat der Howaldt-Arbeiter die AStA-Apparaturen.)[1] Gegenstand von Kritik und Selbstkritik muß aber der weitgehend bornierte und darin sektiererische Charakter von Interpretationen der Streiks werden. Einerseits wurden die Streiks auf ihre Nutzanwendung für die linke Intellektuellenbewegung reduziert, und andererseits wurden sie zum Aufhänger einer marktschreierischen "Entlarvung" aller „Revisionisten", „Opportunisten", „kleinbürgerlichen Intellektuellen" usw.

Wolfgang Lefèvre setzt mit seiner Untersuchung an den Organisations- und Aktionsformen der Streiks an und unterscheidet eine Hierarchie von Streiktypen, die von "lediglich ... traditionellen Kampfformen der Arbeitsniederlegung" über Hösch bis zu Klöckner-Bremen reichen.[2] Von den Streiks, die bloß "einfaches gewerkschaftliches Bewußtsein" zeigen, sollen diejenigen mit "revolutionär zu nennenden Ansätzen" streng unterschieden werden - offensichtlich ein Zugeständnis ans revolutionäre Publikum; zumal bei L. aus der getroffenen Unterscheidung nichts weiter folgt als die Prämierung der revolutionären Ansätze: hier liege "Einsicht in die Notwendigkeit der Selbstorganisation" vor. Aber andererseits steckt im Gestrüpp der von L. selbst so genannten Binsenwahrheit, daß die Streiks in der geschilderten Form zur Selbstorganisation geführt hätten und offenbar die Aufgabe der Sozialisten in der Verbreitung eben dieser Binsenwahrheit zu bestehen habe (selbstverständlich verbunden mit "Zubringerarbeiten" wie "Struktur-, Branchen-, Konzern-, Arbeitsbewertungsanalysen") mehr als eine Offerte ans Publikum. L. behauptet nämlich nicht nur, daß auf Grund der historischen Zerstörung des sozialistischen Bewußtseins in der BRD die Streiks notwendig spontan hervorbrechen mußten, sondern zieht die "Notwendigkeit" aus einem - wie er meint - objektiven Grund: "... die für den Kampf im Zusammenhang mit den traditionellen Tarifverhandlungen strukturierte Gewerkschaftsorganisation ist ungeeignet, die tatsächlich wichtige Auseinandersetzung mit den Kapitalisten auf dem Lohnsektor zu führen." Die Konzentration der Produktion bei gleichzeitiger Erschöpfung der Arbeitskraftreserven in der BRD habe zu einer "kapitalistischen Strukturänderung" geführt, "die dem betriebsspezifischen Lohnkampf in den Großbetrieben einen Vorrang über die gewerkschaftliche Tarifpolitik verschafft." Daraus wiederum leitet L. die "Notwendigkeit" der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Belegschaften und damit den per se potentiell revolutionären Charakter der Selbstorganisationen ab. Das ist aber, ausgenommen die Tatsache der "Strukturänderung" selbst, kompletter Unsinn. Denn eben solche Strukturänderung, d.h. Widersprüche der Kapitalsentwicklung, sind der Existenzgrund von Gewerkschaften, und an Stelle der "Notwendigkeit" der Selbstorganisation hat L. das Versagen, die Untätigkeit der Gewerkschaften, wie auch immer historisch erklärbar, nachgewiesen.

Selbst Schauer, der von dem aparten Erkenntnisinteresse, über die Integration der Gewerkschaften in den "autoritären Staat" zu weissagen (die "Abhängigen" "ahnen, daß es in diesem System bald nichts mehr Vernünftiges zu tun geben könnte") beflügelt wird, hält dies so weit fest? "... das Spezifische der Streikbewegung liegt ja gerade darin, daß sie sich als eine Lohnbewegung versteht, also den Gegenstand hat, der einst der Grund zur Bildung der Gewerkschaften selbst war. Insofern ist die Streikbewegung die praktische Kritik, die auf den Grund der Gewerkschaften trifft."[3] Alles was Schauer zu Recht an renegatenhafter Politik und Greueltaten der Gewerkschaften aufzählt, beweist jedoch lediglich, daß die streikenden Arbeiter die Gewerkschaften mit gutem Grund kritisieren, aber keinesfalls, daß sie deren Grund kritisieren; denn der Grund der Gewerkschaften sind offensichtlich die Lohnbewegungen als Vereinigung der Lohnarbeiter, die Schauer erwähnt und die den Grund seiner Rede am 12. 9. 69 auf dem Frankfurter Opernplatz darstellt. Weil das so ist, haben die streikenden Arbeiter auch nicht über irgendwelche Ahnungen, "daß es in diesem System bald nichts Vernünftiges zu tun geben könnte", geschwätzt, sondern forderten "gleichen Lohn für gleiche Arbeit", "5o Pfennig mehr" und diskutierten in bestimmten Phasen des Streiks als die "Tätigkeit" der Gewerkschaften offen zu Tage trat über die Gründung von Gegengewerkschaften.[4] Wenn Schauer schon selbst die genannte Ahnung mit Horkheimer teilt, dann soll er aufhören, sie den Arbeitern zu unterschieben, die ja seiner eigenen Auffassung zufolge noch Lohnarbeiter sind, denn sie bringen evidemment Lohnbewegungen zustande, wenn auch vielleicht ahnungslos darüber, was Schauer dazu einfällt.

Während H. Schauer mit einem Ausblick auf die Jungarbeiter, die, was sonst niemand behauptet hat, "der treibende Kern in diesen Streiks" gewesen sein sollen,

schließlich, zieht Lefèvre die Nutzanwendung aus der Untersuchung der westdeutschen Streikbewegung in Gestalt einer Aufforderung zur "Strategieverständigung aller an der Basis arbeitenden Gruppen", ohne das Verhältnis dieser Strategiediskussion zu den "Selbstorganisationen" der Arbeiterklasse angeben zu können. Darin zeigt sich die Widersprüchlichkeit seiner Argumentation: Entweder man kann die Strategiediskussion führen, dann kann es mit der Autonomie der Selbstorganisationen nicht so weit her sein, oder man beharrt auf der Autonomie der Selbstorganisationen und es kann mit der Strategiediskussion nicht so viel auf sich haben.

Bleiben die angeführten Interpretationen der Septemberstreiks doppeldeutig, weil sie eine historisch richtige Kritik der Gewerkschaften als eine objektive vorspiegeln, ohne die dafür notwendige "kritische Theorie" zu explizieren, so bleibt die Linie der ML-Gruppen von vornherein unhistorisch.[5] Der immer wieder betonte leninistische Standpunkt und die Berufung auf Lenins Einschätzung des Verhältnisses von ökonomisch-gewerkschaftlichem und politischen Kampf gerät im "Rebell" zur Gebetsmühle, der Lenin zweifellos einen Tritt versetzt hätte, und die Analyse des Lohnstreiks der Arbeiterklasse im September, also der Wirklichkeit des Widerspruches zwischen Lohnarbeit und Kapital, verkommt zu Informationen über die "ökonomischen Hintergründe". Diese "ökonomischen Hintergründe," in Gestalt einiger Zahlen und Fakten über die Differenz zwischen Löhnen und Preisen, die Erhöhung der Arbeitsintensität und der Unfallziffer usw. hätte die Arbeitermassen kaum "zum Angriff" übergehen lassen. (Titelüberschrift von "Rebell" 14: "Die Arbeitermassen gehen zum Angriff über") Einer zum Hintergrundwissen heruntergekommenen objektiven Analyse (wir nehmen uns selbst in diesem Punkt gar nicht aus) entspricht exakt ein plakativ dargestelltes Arbeiterbewußtsein.

Die ML-Analyse geht aus von Lenins Organisationstheorie des Klassenkampfes, wonach die Arbeiter als Produktivkräfte nur ein Bewußtsein der Notwendigkeit des ökonomischen Kampfes erlangen können; dieses "spontane" Bewußtsein bleibt doppeldeutig, d.h., auch bürgerlicher Ideologisierung offen, wenn es nicht mit der sozialistischen Theorie der Befreiung der Arbeiterklasse vermittelt wird. Aus dieser, von Lenin vor allem in "Was tun?" (1902) niedergelegten Auffassung, wonach politisches Bewußtsein "von außen" in das Proletariat hineingetragen werden müsse, ziehen die MLs die Rechtfertigung dafür, daß sie die Septemberstreiks fast ausschließlich unter dem Blickwinkel der Entlarvung der Gewerkschaftshierarchie, der DKP und der Studentenbewegung betrachten; denn wenn der Streik selbst als spontan-defensiver definiert ist, dann ist es entscheidend, den Kampf um das Bewußtsein des Proletariats zu führen und gegen die "sozialdemokratische Gewerkschaftsclique," die "revisionistische DKP" und die "kleinbürgerliche Studentenbewegung" als Agenturen der bürgerlichen Ideologie zu Felde zu ziehen.

Nun kann man aber im "Rebell" selbst nachlesen, daß etwa die Klöcknerarbeiter auf die Gewerkschaftshierarchie, deren Machenschaften man in der Tat nur noch als verräterisch bezeichnen kann, gerade nicht hereinfielen, daß "der verräterische Nachtrab der Revisionisten", die DKP eine "rein ökonomische Politik" durch Abdruck von Zahlen über die Lohn-Preis-Entwicklung etc. in den DKP-Betriebszeitungen verfolgte und, als die Streiks überraschend begannen, sogar darauf verzichtete, Wahlwerbung für die ADF zu machen; schließlich ist es offenkundig, daß die "kleinbürgerliche Studentenbewegung" am wenigsten in der Lage war, ihr Bewußtsein auf die Streikenden zu übertragen. (Da, wo Studenten dazu in der Lage gewesen wären, in Kiel, haben sie sich ganz "unideologisch" verhalten, indem sie das zur Verfügung stellten, was der Streikrat von Howaldt brauchte: den AStA-Apparat.)

Beides, die Tatsache, daß das ML-Organ einen "antirevisionistischen" Windmühlenkampf als Streikanalyse gegen Organisationen führt, die kaum etwas mit dem Streik zu tun hatten, bzw. von den streikenden Arbeitern bekämpft wurden, und die Tatsache, daß es gegen die Spontaneität des Streiks eine Dolchstoßlegende entfesselt, obwohl diese Spontaneität als historisch notwendige den ersten Hinweis seit langem für die Möglichkeit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in der BRD darstellt, zeigt, daß es hier mit Leninismus nicht viel auf sich hat. Der Kampf der zwei Strömungen in der russischen Sozialdemokratie, der in " Was tun?" und " Ein Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück" (1904) von Lenin analysiert wird, wird konstituiert durch die spontanen Streiks der " vorrevolutionären Periode",[6] die bis 1905 reicht. Der Sinn dieses Richtungskampfes bestand darin, dass sein Ausgang etwas mit den realen Klassenkämpfen zu tun hatte, und dass diese umgekehrt die Fraktionen innerhalb der Sozialdemokratie hervorbrachten.

Weshalb genau bekämpfen also die MLs etwa die "kleinbürgerliche Studentenbewegung"? Man höre und staune: " Der Konkurrenzdruck trennt das Kleinbürgertum in voneinander isolierte und einander bekämpfende Individuen. Die Kämpfe seiner Klasse erfährt deshalb der Kleinbürger als individueller Kämpfer und nicht als Kämpfer seiner Klasse." [7] Das sind einerseits Bestimmungen, die auch auf die Arbeiterklasse zutreffen (Konkurrenzdruck) und andererseits solche, die erstaunlich diffus sind (Student als kleinbürgerlicher individueller Kämpfer), als seien die Studenten schon in den Berufsrollen drin, und als werde nicht längst die Mehrheit für unselbständige Massenberufe (Lehrer) und für produktive Berufsrollen (Naturwissenschaftler) ausgebildet.[8]

Die Rebell-Gruppen sind weder in der Lage, die historische Bedeutung der Spontaneität der Septemberstreiks zu begreifen, noch eine wenigstens Ansatzweise aus Klassenanalyse gegründete Revisonismuskritik zu formulieren. Aber nur dadurch können sie mit dem Anspruch, avangardistische leninistische Kaderorganisation zu sein, beziehungsweise sie aufzubauen, hausieren gehen. Der abstrakte Anspruch erklärt sich aus der Zusammensetzung dieser Gruppierung: einerseits stellt sie das organische Umschlagprodukt der antiautoritären Studentenrevolte dar. Die klassenmäßige Berufung zu Herrschaftsfunktionen schlägt ins schlechte Gewissen des " dem Volke dienen" um. So wurde die Weisung Mao Tse Tungs an die Parteiorganisation;" vom Volke lernen, dem Volke dienen" auf der Vietnam-Demonstration der "ML"-Gruppen am 15.11. in Mannheim als Büßerparole reproduziert, statt in klassenkämpferische, massenwirksame

Parolen umgesetzt zu werden. Die "ML"- Gruppen bestehen längst mehrheitlich aus antiautoritären Schülern und Studenten, denen jede "avangardistische" Phrase als Mittel recht ist, um ihre Vergangenheit loszuwerden. Andererseits besteht sie aus einer "Arbeiteraristokratie" die das Spaltprodukt der KPD ist, die ihrerseits längst Klassenkampf und Agitation durch die Erläuterung des Produktivitätsfortschritts der DDR ersetzt hat. Die Folgerung, dass diese "Spaltung" nichts mit dem Stand der Klassenkämpfe in Westdeutschland zu tun hat, ergibt sich aus der Tatsache, dass sie als Nachtrab der Auseinandersetzung zwischen der KPdSU und der KPCh erfolgte. Wie wäre sonst die Neigung, die Spontaneität der Arbeiter der Septemberstreiks zu verachten, zu erklären. Dem Bündnis der Büßer und der " Arbeiteraristokratie" muß ein Riegel vorgeschoben werden

Günther Mangold

Anmerkungen:

1. Vgl. dazu: Rotes Forum 5/69, SDS Info 22 und den Bericht der Kieler in RPK 34.
2. Vgl. Wolfgang Lefèvre, Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 69 für unsere Arbeit, Neue Kritik 54.
3. H. Schauer, Die Gewerkschaften in der Streikbewegung im September 69, SDS Info 21.
4. Vgl. SDS Info 21 und RPK 34.
5. Vgl. Rebell 14 und 15. Nach Mitteilung in Rebell 15 hat der Rote Morgen der KPD(ML) seinen "Standpunkt auf der Grundlage der Rebell-Streikanalyse selbstkritisch revidiert". Rebell ist das Organ des Kommunistischen Arbeiterbundes Mannheim (KAB) und der sich in Süddeutschland organisierenden ML-Gruppen, die mit der KPD (ML) in der Frage des Zeitpunktes der Parteigründung uneins sind.
6. W.I. Lenin, Vorwort zum Sammelband "12 Jahre", in: ders., Gegen den Revisionismus, Berlin 1959.
7. Rebell 15, S. 16.
8. Zur Funktion dieser Berufe: Joscha Schmierer, Analyse der Studentenbewegung, Rotes Forum 5/69, S. 8 f.

Marx und Engels über Gewerkschaften und ökonomischen Kampf

I. Beispiele aus Darstellungen der Geschichte der Gewerkschaften bei Marx und Engels

Marx und Engels gingen bei ihrer Einschätzung der politischen Funktion und der ökonomischen Funktion von Gewerkschaften und gewerkschaftlichem Kampf aus von ihren politischen Erfahrungen im letzten Jahrhundert und von ihrer Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere deren ökonomischen Bewegungsgesetzen. Einen historischen Rückblick gibt Engels auf die Entstehung von Gewerkschaften in der "Lage der arbeitenden Klasse in England": "Der Arbeiter merkt es aber ..., daß die Bourgeoisie ihn wie eine Sache, wie ihr Eigentum behandelt, und schon deshalb tritt er als Feind der Bourgeoisie auf ... Die Empörung der Arbeiter gegen die Bourgeoisie hat bald nach der industriellen Entwicklung angefangen und verschiedene Phasen durchgemacht ... Die erste, roheste und unfruchtbarste Form dieser Empörung war das Verbrechen. Der Arbeiter lebte in Not und Elend und sah, daß andere Leute es besser hatten als er. Seinem Verstande leuchtete nicht ein, weshalb er gerade, der doch mehr für die Gesellschaft tat, als der reiche Faulenzer, unter diesen Umständen leiden sollte. Die Not besiegte noch dazu den angestammten Respekt vor dem Eigentum - er stahl. Wir sahen, wie mit der Ausdehnung der Industrie das Verbrechen zunahm, wie die jährliche Zahl von Verhaftungen im steten Verhältnis zu der der konsumierten Baumwollballen steht." (1)
Es folgen Zerstörungsaktionen gegen den "Konkurrenten" der Arbeitskraft, die Maschinerie und deren Produzenten, die Erfinder. "Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst; sie vernichten die fremden konkurrierenden Waren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen sich die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiter wieder zu erringen. Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenhalten der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung, sondern die Folge der Vereinigung der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muß und es einstweilen noch kann."(2)
Für das Jahr 1812 und 1822 registriert Engels die ersten, von geheimen Arbeiterverbindungen organisierten Streiks der Weber in Glasgow; für 1818 die erste Arbeitsniederlegung der schottischen Grubenarbeiter. Die Illegalität, die diese Assoziationen behinderte, wurde erst 1824 in England durch Gesetz beseitigt. Hierauf entstanden in allen Arbeitszweigen Trade Unions mit dem Zweck, den Lohn kollektiv mit dem Kapitalisten auszuhandeln, Arbeitslose zu unterstützen und gegen Streikbrecher (Knobsticks) vorzugehen. "Die wachsende Konkurrenz der Bougeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionenzweier Klassen an. Die Arbeiter

---

1. Friedrich Engels: Lage der arbeitenden Klasse in England; MEW Bd. 2, 43o/431
2. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei; MEW Bd. 4, 47o

beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren."(3)

II. Objektive Wirkung von Streiks und die Auseinandersetzungen um Lohnstreiks in der damaligen sozialistischen Bewegung.

Wie wurden von Marx und Engels die Erfolgsaussichten einer solchen, auf Lohnerhöhung gerichteten Aktivität eingeschätzt? Lohnerhöhung heißt die Heraufsetzung des Preises der Ware Arbeitskraft. Der Preis der Waren paßt sich auf die Dauer ihrem Wert an, der sich bei der Ware Arbeitskraft durch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, d.h. durch die Kosten dessen bestimmt, was der Arbeiter zur Aufrechterhaltung seines Lebens und zur Fortpflanzung usw. benötigt. In diese Bestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft geht neben der physischen Komponente der Aufrechterhaltung der Körperkraft auch ein historisch-kulturelles Element ein: Der traditionelle Lebensstandard. "Dies historische oder gesellschaftliche Element, das in den Wert der Arbeit eingeht, kann gestärkt oder geschwächt, ja ganz ausgelöscht werden, so daß nichts übrig bleibt als die physische Grenze."(4) Die Festlegung des Existenzminimums, das die Lohnhöhe bestimmt, geschieht also in einem sehr elastischen Rahmen. "Was aber die Profite angeht, so gibt es kein Gesetz, das ihr Minimum bestimmt. Wir können nicht sagen, was die äußerste Grenze ihrer Abnahme sei. Und warum können wir diese Grenze nicht feststellen? Weil wir, obgleich wir das Minimum der Arbeitslöhne feststellen könne, nicht ihr Maximum feststellen können. Wir können nur sagen, daß mit gegebenen Grenzen des Arbeitstages das Maximum des Profits dem physischen Minimum des Arbeitslohns entspricht; und daß mit gegebenem Arbeitslohn das Maximum des Profits einer solchen Verlängerung des Arbeitstags entspricht, wie sie mit den Körperkräften des Arbeiters verträglich sind. Das Maximum des Profits ist daher begrenzt durch das physische Minimum des Arbeitslohns. Es ist klar, daß zwischen den beiden Grenzen dieser Maximalprofitrate eine unendliche Stufenleiter von Variationen möglich ist. Die Fixierung ihres faktischen Grads erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit, in dem der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszudehnen, während der Arbeiter ständig in der entgegengesetzten Richtung drückt. Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden." (5) Dies Kräftsverhältnis wird so eingeschätzt: "Wenn der einzelnen Arbeiter mit den Kapitalisten handelseins zu werden versucht, wird er leicht geschlagen und muß sich ihm auf Gnade und Ungnade ergeben." (6) "Hätte der Fabrikant von den Arbeitern keine konzentrierte Opposition zu erwarten, so würde er um seines Nutzes willen allmählich den Lohn immer mehr und mehr drücken; der Kampf der Konkurrenz, den er gegen die anderen Fabrikanten zu bestehen hat, würde ihn sogar dazu zwingen, und der Lohn bald auf sein Minimum sinken." (7) Als einzelner ist demnach der Arbeiter dem Kapital unterlegen. "Das Kapital ist konzentrierte gesellschaftliche Macht, während der Arbeiter nur über seine Arbeitskraft verfügt. Der Kontrakt zwischen Kapital und Arbeit kann deshalb niemals auf gerechten Bedingungen beruhen, gerecht nicht einmal im Sinne einer Gesellschaft, die das Eigentum an den materiellen Mitteln des Lebens und der Arbeit der lebendigen Produktivkraft gegenüberstellt. Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter ist ihre Zahl." (8) "Die Kapitalisten sind immer organisiert. In den meisten Fällen brauchen sie keinen formellen Verband, keine Statuten, keine Funktionäre etc. Ihre im Vergleich zu den Arbeitern geringe Zahl, der Umstand, daß sie eine besondere Klasse bilden, ihr ständiger gesellschaftlicher und geschäftlicher Verkehr untereinander, machen das alles überflüssig; erst später, wenn ein Industriezweig in einem Gebiet vorherrschend geworden ist, wie z.B. die Baumwollindustrie in Lancashire, wird eine formelle Trade-Union der Kapitalisten notwendig." (9) Diese gesellschaftliche Macht des Kapitals vergrößert sich nach Marx zunehmend. Mit der Entwicklung der Akkumulation des Kapitals verändert sich dessen organische Zusammensetzung. "Der Teil des Gesamtkapitals der aus fixem Kapital - Maschinerie, Rohstoffen, Produktionsmitteln in allen erdenklichen Formen - besteht, nimmt stärker zu im Vergleich mit dem anderen Teil des Kapitals, der in Arbeitslohn oder im Ankauf von Arbeit ausgewählt wird... Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, daß die ganze Entwicklung immer mehr zugunsten der modernen Industrie, die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß und daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken, oder den Wert der Arbeit mehr oder weniger bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken."(10)

---

3. ebenda S.47o/471
4. Karl Marx: Lohn, Preis, Profit; MEW Bd. 16, 148
5. ebenda S.149
6. Friedrich Engels: Das Lohnsystem; MEW Bd. 19, 252/253
7. Friedrich Engels: Lage der arbeitenden Klasse in England; a.a.O. S.434/435
8. Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, MEW Bd. 16,196
9. Friedrich Engels: Die Trade-Unions I; MEW Bd. 19, 256
1o. Karl Marx: Lohn, Preis, Profit; a.a.O. S. 151

Bei Marx und Engels erscheint demnach der Marktpreis der Ware Arbeitskraft beeinflußt durch die historische Komponente des traditionellen Lebensstandards, in dem Qualität und Quantität der Subsistenzmittel über dem vom physischen Existenzminimum erheischten Level stehen können; andererseits durch Machtverhältnisse selbst, die mit dem Grad der Entwicklung der Produktionsmittel zu Ungunsten des Proletariats tendieren, mit dem Grad der Organisiertheit des Proletariats aber mehr zu dessen Gunsten. Zwar wäre auf der Ebene der höchsten Abstraktion auch der Austausch der Arbeitskraft gegen das physische Existenzminimum "gerecht", da Äquivalente ausgetauscht werden. Im Blickwinkel der historischen Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums, aber auch des einmal erreichten, zur Gewohnheit gewordenen Lebensstandards stellt nach Marx die Senkung der Löhne ein Übergriff des Kapitals dar, gegen den sich das Proletariat verteidigen muß. "Gewerksgenossenschaften entstanden ursprünglich durch die spontanen Versuche der Arbeiter diese Konkurrenz" (gemeint ist die unter den Arbeitern) "zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, um Kontraktbedingungen zu erzwingen, die sie wenigstens über die Stellung bloßer Sklaven erheben würden. Das unmittelbare Ziel der Gewerksgenossenschaften beschränkt sich daher auf die Erfordernisse des Tages, auf Mittel zur Abwehr der ständigen Übergriffe des Kapitals..."(11) Ein Mittel des Kapitals zur Durchsetzung seiner Macht stellt das einseitige Eingehen auf Preisschwankungen im Krisenzyklus dar. Beim Krisenzyklus sollen sich aber die Preisschwankungen in einem durchschnittlichen Marktpreis wieder ausgleichen. "Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phase der Krise, ist der Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns gewärtig. Um nicht der Geprellte zu sein, muß er, selbst während eines solchen Sinkens der Marktpreise, mit dem Kapitalisten darüber markten, in welchem proportionellen Ausmaß eine Lohnsenkung notwendig geworden sei. Wenn er nicht bereits während der Prosperitätsphase, solange Extraprofite gemacht werden, für eine Lohnsteigerung kämpfte, so könne er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem Durchschnittslohn oder dem Wert seiner Arbeit. Es ist der Gipfel des Widersinns, zu verlangen, er solle, während sein Arbeitslohn notwendigerweise durch die ungünstigen Phasen des Zyklus beeinträchtigt wird, darauf verzichten, sich während der Prosperitätsphase schadlos zu halten. Allgemein ausgedrückt: die Werte aller Waren werden nur realisiert durch Angleichung der ständig wechselnden Marktpreise, die aus den ständigen Fluktuationen von Nachfrage und Zufuhr entspringen. Auf Basis des gegenwärtigen Systems ist die Arbeit bloß eine Ware wie die anderen. Sie muß daher dieselben Fluktuationen durchmachen, um einen ihrem Wert entsprechenden Durchschnittspreis zu erzielen. Es wäre absurd, sie einerseits als Ware zu behandeln und andererseits zu verlangen, sie solle von den die Warenpreise regelnden Gesetzen ausgenommen werden. Der Sklave erhält eine ständige und fixe Menge zum Lebensunterhalt; der Lohnarbeiter erhält sie nicht. Er muß versuchen, sich in dem einen Fall eine Lohnsteigerung zu sichern, schon um in dem anderen wenigstens für die Lohnsenkung entschädigt zu sein. Wollte er sich damit bescheiden, den Willen, die Machtansprüche des Kapitalisten als ein dauerndes ökonomisches Gesetz über sich ergehen zu lassen, so würde ihm alles Elend des Sklaven ohne die gesicherte Existenz des Sklaven zuteil."(12)

Der gewerkschaftliche Kampf mit dem Ziel der Abwehr von Übergriffendes Kapitals in die Existenzbedingungen des Proletariats ist defensiv. "Ich glaube nachgewiesen zu haben" schreibt Marx über den gewerkschaftlichen Kampf der Proletarier, "daß ihre Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, daß in 99 Fällen von 100 ihre Anstrengungen, den Arbeitslohn zu heben, bloß Anstrengungen zur Behauptung des gegebenen Werts der Arbeit sind und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen." (13) "Diese Tätigkeit der Gewerksgenossenschaften ist nicht nur rechtmäßig, sie ist notwendig. Man kann ihrer nicht entraten, solange die heutige Produktionsweise besteht. Im Gegenteil sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung von Gewerksgenossenschaften in allen Ländern." (14) Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die die Lohnhöhe nach Marx mitbestimmen, machen die Taktik des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu einer Notwenigkeit für das Proletariat: "Wenn aber die Arbeiter eines ganzen Gewerbes eine mächtige Organisation bilden ... und sich dadurch in die Lage versetzen, als eine Macht mit den Unternehmern zu verhandeln, dann und nur dann haben die Arbeiter Aussicht wenigstens das bißchen zu erhalten, das bei der ökonomischen Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft als ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk bezeichnet werden kann. Das Lohngesetz wird durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht verletzt; im Gegenteil, er bringt es zur vollen Geltung. Ohne den Widerstand durch die Tradeunions erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den Tradeunions kann den Kapitalisten zwingen, dem Arbeiter den vollen Marktwert seiner Arbeitskraft zu zahlen." (15)

Marx' Unterstützung der Gewerkschaften, die die Funktion wahrnehmen, das traditionelle und historisch bedingte Existenzminimum gegen den allgemeinen Lohndruck und den besonderen während des Krisenzyklus zu verteidigen, konnte mit sozio-ökonomischen Argumenten nicht angegriffen werden.

Die Angriffe gegen Marx' und Engels' Unterstützung gewerkschaftlicher Tätigkeit wenden sich daher in ihrer Argumentation nicht gegen die Möglichkeit der Erhaltung der Löhne, sondern gegen die Möglichkeit ihrer Erhöhung.

11. Karl Marx: Instruktionen; a.a.O. S.196
12. Karl Marx: Lohn, Preis, Profit; a.a.O. S. 146
13. ebenda S.151
14. Karl Marx: Instruktionen; a.a.O. S.197
15. Friedrich Engels: Das Lohnsystem; a.a.O. S. 253

In der Tat ist aber häufig die gleichbleibende Entschädigung der Arbeiter für die Vergabe der Arbeitskraft nur über Aktionen, die auf Erhöhung des Preises der Arbeitskraft abzielen möglich; weder geht nach Marx der Preis der Ware Arbeitskraft in der Prosperität von allein in einem Maße hoch, der die Lohneinbuße in der Krise ausgleicht und das Durchschnittsexistenminimum selbstregulierend wieder herstellt, noch zahlen die Kapitalisten freiwillig das Äquivalent einer Intensivierung der Arbeit. In beiden Fällen geschieht dier Erhaltung der Löhne über deren Hebung. Die Einwendungen gegen die Erhöhung der Löhne stellte aber bei den Marx-Gegnern die prinzipielle Ablehnung gewerkschaftlicher Aktionen der Arbeiterklasse dar.

Marx hat die Auseinandersetzung mit Gegnern der gewerkschaftlichen Aktion in zwei Richtungen austragen müssen: einmal mit den Nachfahren des kritisch-utopischen Sozialismus, dem Franzosen Proudhon und dem Owenisten Weston; zum andern mit dem lasalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Ihnen gegenüber hat Marx nicht nur den Sinn gewerkschaftlicher Verteidigung eines traditionellen Lebensstandards begründet sondern mehr. Er begründet an Hand der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus die Möglichkeit, den relativen Lohn zu erhöhen, d.h. seine relative gesellschaftliche Stellung verglichen mit dem Kapitalisten und damit seinem Lebensstandard zu erhöhen. Diese ökonomisch-politische Auseinandersetzung setzt an an der bekannten bürgerlichen Theorie der Abhängigkeit der Preishöhe von den Löhnen. Die Kritik dieses Theorems stellt so keine bloße Rechtfertigung des gewerkschaftlichen Verteidigungskampfes ums Existenzminimum dar.

Proudhon hatte in "La Philosophie de la Misère" dem Steigen der Löhne eine Preissteigerung von Lebensmittel als Folge zugeordnet, da der Lohn der Kaufpreis dieser Lebensmittel sei. "Der Lohn ist die Proportionalität der Elemente, die den Reichtum bilden und die täglich von der Masse der Arbeiter reproduktiv verzehrt werden. Nun, den Lohn verdoppeln ... heißt also, jedem Produzenten einen größeren Anteil als sein Produkt zukommen lassen, was ein Widerspruch ist; und wenn die Steigerung nur auf eine kleine Zahl von Industrien beschränkt ist, so heißt es, eine allgemeine Störung im Austausch ... eine Teuerung hervorrufen ... Es ist möglich, ... daß Arbeitseinstellungen, die Lohnerhöhungen zur Folge haben, nicht auf eine allgemeine Preissteigerung hinauslaufen: das ist so sicher, wie dass zwei mal zwei vier ist. " (16) Marx hat hierauf erwidert: "Wir bestreiten alle diese Behauptungen, ausgenommen, daß zwei mal zwei vier ist. Erstens gibt es keine allgemeine Verteuerung. Wenn der Preis aller Dinge gleichzeitig um das Doppelte steigt, so ist das keine Veränderung in den Preisen, sondern eine Veränderung in den Ausdrücken. Ferner kann eine allgemeine Steigerung der Löhne niemals eine mehr oder minder allgemeine Verteuerung der Waren herbeiführen. In der Tat, wenn alle Industrien die gleiche Anzahl Arbeiter im Verhältnis zum fixen Kapital (zu den Werkzeugen, die sie verwenden) beschäftigten, so würde eine allgemeine Steigerung der Löhne ein allgemeines Sinken der Profite bewirken und der Marktpreis der Waren keine Veränderung erleiden." (17) Zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt hat Marx das gleiche Problem in ähnlicher Weise behandelt und zwar im Zusammenhang mit der Analyse der Geldzirkulation im zweiten Band des Kapitals.

"Nimmt man ferner sonst gleich bleibende Umstände an - auch unveränderte Größe, Intensität und Produktivität des Arbeitstages -, aber veränderte Teilung des Wertprodukts zwischen Arbeitslohn und Mehrwert, sodaß entweder der erstere steigt oder der letztere fällt, oder umgekehrt, so wird dadurch die Masse des umlaufenden Geldes nicht berührt. Dieser Wechsel kann vorgehen ohne irgendwelche Expansion oder Kontraktion der im Umlauf befindlichen Geldmasse. Betrachten wir namentlich den Fall, wo der Arbeitslohn allgemein stiege und daher - unter den vorausgesetzten Bedingungen die Rate des Mehrwerts allgemein fiele, außerdem, ebenfalls nach Unterstellung, kein Wechsel im Wert der zirkulierenden Warenmasse stattfindet. In diesem Fall wächst allerdings das Geldkapital, das als variables Kapital vorgeschossen werden muß, also die Geldmasse, die in dieser Funktion dient. Aber um gerade soviel, wie die zur Funktion von variablem Kapital erforderliche Geldmasse wächst, um gerade soviel nimmt der Mehrwert ab, also auch die zu seiner Realisierung nötige Geldmasse. Die Summe der zur Realisierung des Warenwerts nötigen Geldmasse wird davon ebensowenig berührt, wie dieser Warenwert selbst. Der Kostpreis der Waren steigt für den einzelnen Kapitalisten, aber ihr gesellschaftlicher Produktionspreis bleibt unverändert. Was verändert wird, ist das Verhältnis, worin, abgesehen vom konstanten Wertteil, der Produktionspreis der Waren sich in Arbeitslohn und Profit teilt." (18)

Proudhon gegenüber fährt Marx fort: "Da indes das Verhältnis von Handarbeit zum fixen Kapital in den verschiedenen Industrien ungleich ist, werden alle Industriezweige, welche ein verhältnismäßig größeres fixes Kapital und weniger Arbeiter verwenden, früher oder später gezwungen sein, den Preis ihrer Ware herabzusetzen. Im entgegengesetzten Fall, wenn der Preis ihrer Ware nicht fällt, wird sich ihr Profit über den durchschnittlichen Profitsatz erheben. Die Maschinen sind keine Lohnempfänger. Das allgemeine Steigen der Löhne wird somit die Industrien weniger treffen, welche im Verhältnis zu den anderen mehr Maschinen als Arbeiter verwenden. Da indes die Konkurrenz stets die Tendenz hat, die Profite auszugleichen, können Profite, die sich über den Durchschnittssatz erheben, nur vorübergehend sein. So wird, von einigen Schwankungen abgesehen, ein allgemeines Steigen der Löhne, anstatt

16. P.-J, Proudhon: La Philosophie de la Misère; Bd.I, S.11o,111; zitiert nach Karl Marx: Das Elend der Philosophie; MEW Bd. 4, 175
17. Karl Marx: Das Elend der Philosophie; a.a.O. S. 175
18. Karl Marx: Das Kapital II, MEW Bd. 24, 34o

nach Herrn Proudhon einer allgemeinen Verteuerung, vielmehr ein teilweises Sinken der Preise zur Folge haben, d.h. ein Sinken des Marktpreises der Waren, die vorzugsweise mit Hilfe von Maschinen hergestellt werden. Das Steigen und Fallen des Profits und der Löhne drükken nur das Verhältnis aus, in welchem Kapitalisten und Arbeiter an dem Produkt eines Arbeitstages teilnehmen, ohne in den meisten Fällen den Preis des Produkts zu beeinflussen." (19)

Im Kapital greift Marx noch zwei weitere Argumente auf, die die These der Nutzlosigkeit von Lohnstreiks darlegen sollen, da diese zu Preissteigerungen führen:

1. "Aber, sagt man, größere Auslagen von variablem Kapital... heißt soviel als größere Masse von Geldmitteln in der Hand der Arbeiter. Hieraus folgt größere Nachfrage nach Waren von Seiten der Arbeiter. Weitere Folge ist Steigen im Preis der Waren ... Antwort auf diese Fassung: infolge steigenden Arbeitslohns wird namentlich die Nachfrage der Arbeiter nach notwendigen Lebensmitteln wachsen. In einem geringeren Grad wird ihre Nachfrage nach Luxus artikeln zunehmen oder sich Nachfrage einstellen für Artikel, die früher nicht in den Bereich ihrer Konsumtion fielen. Die plötzliche und auf größerer Stufenleiter gesteigerte Nachfrage nach notwendigen Lebensmitteln wird unbedingt momentan ihren Preis steigern. Folge davon: ein größerer Teil des gesellschaftlichen Kapitals wird in Produktion von notwendigen Lebensmitteln, ein geringerer in der Produktion von Luxusmitteln verwandt, da letztre im Preis fallen, wegen des veränderten Mehrwerts und daher der verminderten Nachfrage der Kapitalisten für dieselben. Soweit die Arbeiter dagegen selbst Luxusmittel kaufen, wirkt die ERhöhung ihres Lohns - innerhalb dieses Umfangs - nicht auf Steigerung des Preises von notwendigen Lebensmitteln, sondern deplaciert nur die Käufer von Luxuswaren. Mehr Luxuswaren als bisher gehen ein in den Konsum der Arbeiter und verhältnismäßig weniger in den Konsum des Kapitalisten. Voilà tout. Nach einigen Oszillationen zirkuliert eine Warenmasse vom selben Wert wie vorher." (20)

2. "Oder man sagt: Steigt der Arbeitslohn, so erhöhen die Kapitalisten die Preise ihrer Waren ... Antwort auf die zweite Fassung: Wenn es in der Hand der kapitalistischen Produzenten stände, beliebig die Preise ihrer Waren zu erhöhn, so könnten und würden sie das tun auch ohne Steigen des Arbeitslohns. Der Arbeitslohn würde nie steigen bei sinkenden Warenpreisen. Die Kapitalistenklasse würde sich nie den Trade-Unions widersetzen, da sie stets und unter allen Umständen tun könnte, was sie jetzt ausnahmsweis unter bestimmten, besonderen sozusagen lokalen Umständen wirklich tut - nämlich jede Erhöhung des Arbeitslohns benutzen, um die Warenpreise in viel höherem Grade zu erhöhn also größeren Profit einzustecken." (21)

Zur Kritik an Proudhons These "die Höhe des Arbeitslohns bestimmt den Preis der Waren" (22) sagt Marx: "Sogar diejenigen, die keine Ahnung von der politischen Ökonomie haben und nicht wissen, daß der große bürgerliche Ökonom Ricardo in seinem 1817 erschienenen Buch "Prinzipien der politischen Ökonomie" diesen traditionellen Irrtum ein für alle Mal widerlegt hat, kennen die bemerkenswerte Tatsache, daß die englische Industrie ihre Waren zu einem niedrigeren Preis als irgend ein anderes Land verkaufen kann, während die Arbeitslöhne in England relativ höher sind als in irgend einem anderen Land Europas." (23)

Die differenzierteste Darstellung des Verhältnisses von Lohn und Preis findet sich bei Marx in drei Thesen im Kapital:

1. "Es ist ein allgemeines Gesetz der Geldzirkulation, daß, wenn die Preissumme der zirkulierenden Ware steigt - ob diese Vermehrung der Preissumme nun für dieselbe Warenmasse oder für eine vergrößerte stattfindet - bei sonst gleichbleibenden Umständen die Masse des zirkulierenden Geldes wächst. Es wird nun die Wirkung mit der Ursache verwechselt. Der Arbeitslohn steigt (wenn auch selten und ausnahmsweise verhältnismäßig) mit dem steigenden Preis der notwendigen Lebensmittel. Sein Steigen ist Folge, nicht Ursache des Steigens der Warenpreise.

2. Bei einem partiellen oder lokalen Steigen des Arbeitslohns - d.h. in nur einzelnen Produktionszweigen - kann dadurch eine lokale Preissteigerung der Produkte dieser Zweige erfolgen. Aber selbst dies hängt von vielen Umständen ab. Zum Beispiel, daß der Arbeitslohn hier nicht abnorm gedrückt und daher die Profitrate nicht abnorm hoch war, daß der Marktpreis für diese Waren sich nicht verengt durch die Preissteigerung etc.

3. Bei allgemeiner Erhöhung des Arbeitslohns steigt der Preis der produzierten Waren in Industriezweigen, wo das variable Kapital vorherrscht, fällt dafür aber in solchen, wo das konstante resp. fixe Kapital vorherrscht." (24)

Auf die antigewerkschaftliche Schrift Proudhons hat Marx mit der Schrift "Das Elend der Philosophie" reagiert, auf die Politik John Westons mit dem Vortrag "Lohn, Preis und Profit" auf der Sitzung des Zentralrats der Internationelen Arbeiterassoziation (IAA) im Juni 1865. Bei Proudhons Schrift handelte es sich um eine späte Frucht des utopischen Sozialismus, den Marx und Engels im Kommunistischen Manifest wie folgt charakterisieren: "Die Bedeutung des kritisch utopischen Sozialismus und Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In dem selben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berech-

19. Karl Marx: Das Elend der Philosophie; a.a.O. S. 175/176
20. Karl Marx: Das Kapital II; a.a.O. S. 340/341
21. vergl. Anmerkung 20
22. P.-J. Proudhon: De la capacité politique des classes ouvrières, S.333, zitiert nach Karl Marx: Der politische Indifferentismus; MEW Bd. 18, 303
23. Karl Marx: Der politische Indifferentismus; MEW Bd. 18, 302
24. Karl Marx: Das Kapital II; a.a.O. S. 342

tigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten. Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln. Sie träumen noch immer die versuchsweise Entwicklung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstere, Gründung von Home-Kolonien, Errichtung eines kleinen Ikariens - Duodezausgabe des neuen Jerusalems -, und zum Aufbau aller dieser spanischer Schlösser müssen sie an die Philantropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren. Allmählich fallen sie in die Kategorie der ...reaktionären oder konservativen Sozialisten ... Sie treten daher mit Erbitterung aller politischen Bewegung der Arbeiter entgegen, die nur aus blindem Unglauben an das neue Evangelium hervorgehen konnte." (25)

Dass Proudhon mit seiner Theorie des Zusammenhanges von Lohn - mit Preiserhöhungen sich nicht bloss als Ökonom dem Kampf der Arbeiter um die Verbesserung des relativen Lohns (der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter gegenüber dem Kapitalisten) mit Argumenten der politischen Ökonomie wendet, sondern auch gegen den Kampf um Erhaltung des Existenzminimums, also gegen den Klassenkampf überhaupt, geht hervor aus seiner Berufung auf das Strafgesetzbuch: "Der Streik der Arbeiter ist illegal , und es ist nicht nur das Strafgesetzbuch, welches das verkündet, sondern auch das ökonomische System, die Notwendigkeit der bestehenden Ordnung ... Dass jeder einzelne Arbeiter freie Verfügung über seine Person und seinen Arm hat, kann geduldet werden; aber dass die Arbeiter mittelst Koalitionen dem Monopol Gewalt anzutun sich erfrechen, kann die Gesellschaft nicht zugeben." [26]

Marx geht auf die Charakterisierung dieser Fraktion der sozialistischen Bewegung in der Schrift "Der politische Indifferentismus" ein, die sich gegen den damals sich entwickelnden italienischen Anarchismus wandte und ihn kritisierte, indem er Proudhon zerpflückte. Marx scheint im Anarchismus eine unter veränderten historischen Bedingungen existierende Neuauflage des Proudhonismus gesehen zu haben. Ironisch führt er den Standpunkt der Anarchisten und Proudhonisten aus: "Die Arbeiter dürfen keine Streiks führen, denn Kräfte vergeuden, um die Erhöhung des Arbeitslohnes zu erreichen oder seine Kürzung zu verhindern, heißt das System der Lohnarbeit anerkennen und das steht im Widerspruch zu den ewigen Prinzipien der Befreiung der Arbeiterklasse. Wenn sich die Arbeiter in ihrem politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat vereinigen, nur um Konzessionen zu erreichen, dann schliessen sie Kompromisse, und das steht im Widerspruch zu den ewigen Prinzipien. Die Arbeiter sollen nicht ihre Kräfte vergeuden, um eine legale Grenze des Arbeitstages zu erreichen, denn das heißt, Kompromisse mit den Unternehmern schliessen, die dann die Arbeiter nur noch 10 oder 12 Stunden statt 14 oder 16 ausbeuten können. Desgleichen sollen sie sich nicht bemühen, das gesetzliche Verbot der Fabrikarbeit von Mädchen unter 10 Jahren zu erreichen, denn durch dieses Mittel wird noch nicht die Ausbeutung der Knaben unter 10 Jahren aufgehoben; sie gehen dadurch einen neuen Kompromiss ein, und das verstösst gegen die Reinheit der ewigen Prinzipien!... Mit einem Wort, die Arbeiter sollen ihre Hände verschrenken und ihre Zeit nicht für ökonomische Bewegungen verschwenden. Alle diese Bewegungen können ihnen nichts als unmittelbare Resultate bringen..." [27]

Gerade die Begründung der Untätigkeit der Proudhonisten und Anarchisten mit der revolutionären Phrase der Kompromissfeindlichkeit lässt den Charakter dieser Gruppen als linksopportunistischen erkennen.

Gleichzeitig setzte sich Marx mit der führenden politischen lasalleanischen Linie im Deutschen Allgemeinen Arbeiterverein (DAA) auseinander, die von Schweitzer geführt wurde. In einem Brief vom 26.9.1868 schreibt er an Engels: "Eine der lächerlichsten Operationen von Schweitzer - wozu er aber unbedingt durch die Vorurteile seiner Armee und als Präsident des DAA gezwungen war - ist, beständig in verba magistri zu schwören und bei jeder neuen Konzession an die Bedürfnisse der wirklichen Arbeiterbewegung ängstlich zu argumentieren, dass sie nicht den Dogmen des alleinseligmachenden lasalleanischen Glaubensbekenntnisses widerspricht. Der Hamburger Kongress fühlte ganz richtig, instinktiv, heraus, dass der DAA als spezifische Organisation der lassalleanischen Sekte durch die wirkliche Arbeiterbewegung vermittelst Trade-Unions gefährdet und durch offizielle Teilnahme an denselben die Besonderheit einbüßen würde, die sein point d'honneur und raison d'être ausmacht." (28). Im Brief vom 13. Feb. 1865 setzt Marx Schweitzer die Notwendigkeit von Gewerkschaften in Preussen auseinander: "Koalitionen mit den aus ihnen erwachsenden Trade-Unions sind nicht nur als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampf mit der Bourgeoisie von äußerster Wichtigkeit ... sondern in Preussen und Deutschland überhaupt ist das Koalitionsrecht ausserdem ein Durchbrechen der Polizeiherrschaft, zerreißt die Gesindeordnung und die Adelswirtschaft auf dem Lande, kurz, es ist eine Massregel zur Mündigmachung "der Untertanen" ... Wie die bürgerliche Partei in Preussen sich namentlich dadurch blamiert und ihr jetziges Misère herbeigeführt hat, dass sie ernsthaft daran glaubte, mit der "Neuen Ära" sei ihr durch des Prinzregenten Gnade die Regierung in den Schoß gefallen, so wird sich die Arbeiterpartei noch viel mehr blamieren, wenn sie sich einbildet durch die Bismarck-Ära oder durch irendeine andere preussische Ära werde ihr von Königs Gnaden der goldene Apfel in den Mund

---

25. Karl Marx, Friedrich Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei; a.a.O. S. 491
26. P.-J. Proudhon: Philosophie de la Misère; Bd. I, S. 334 zitiert nach Karl Marx; a.a.O.
27. Karl Marx: Der politische Indifferentismus; a.a.O. S. 302
28. Karl Marx: Brief an Engels v. 26.9.1868; Marx/ Engels, Briefwechsel IV, S. 123, Dietz-Verlag

fallen. Dass die Enttäuschung über Lasalles unselige Illusionen eines sozialistischen Eingreifens einer preussischen Regierung kommen wird, ist über allen Zweifel erhaben. Die Logik der Dinge wird sprechen. Aber die Ehre der Arbeiterpartei erheischt, dass sie solche Trugbilder zurückweist, selbst bevor deren Hohlheit an der Erfahrung geplatz ist. Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts." (29)

Die ökonomisch theoretische Grundlage der Lasalleaner für ihre Zurückhaltung den Gewerkschaften gegenüber war die Theorie vom ehernen Lohngesetz; die praktische Grundlage ihr Bündnis mit Bismarck.

Die Theorie des "ehernen Lohngesetzes" hat Marx in der Kritik des Gothaer Programms ausgeführt; im Gothaer Programm selbst hatte es geheißen: "... erstrebt die deutsche Arbeiterpartei ... die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz ..." (30). Dies "Gesetz", das die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter als unmöglich darstellt, da bessere Ernährung zu größerer Vermehrung der Arbeiter und somit wieder zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse des Proletariats führen soll, hatte innerhalb des theoretischen Apparats der Lassalleaner seinen festen Platz: "Von dem "ehernen Lohngesetz" gehört Lasalle bekanntlich nichts als dass den Goetheschen "ewigen ehernen großen Gesetzen" entlehnte Wort "ehern". Das Wort e h e r n ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lasalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie? Wie Lange schon kurz nach Lasalles Tod zeigte: die. Malthussche Bevölkerungstheorie ... Gerade hierauf fußend haben seit 50 Jahren und länger die Ökonomisten bewiesen, dass der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!" (31)

Die Anerkennung des "ehernen Lohngesetzes" führt natürlich zur Geringschätzung der Gewerkschaften. Diese Anerkennung stellt bei den Lasalleanern nichts dar, als den ideologischen Ausdruck ihrer zurückhaltenden Gewerkschaftspolitik, die aus ihrem Bündnis mit Bismarck gegen die Bourgeoisie resultierte. Die Lasalleaner als Gegner der marxschen Gewerkschaftspolitik stellen sich so heraus als Rechtsopportunisten.

Neben der Verteidigung des ökonomisch gewerkschaftlichen Kampfes gegen Lohndruck und für Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse (relative Lohnerhöhung), die Marx und Engels gegen die Nachfahren der utopischen Sozialisten und Anarchisten einerseits und die Lasalleaner andererseits durchführen mußten, schätzten sie bei Erfolgsaussichten insbesondere der Möglichkeit der Erhöhung des relativen Lohns, d.h. der Verschiebung des historisch-kulturell und durch Machtfaktoren bestimmten Existenzminimums des Proletariats nach oben sehr skeptisch ein: "In England sind die Streiks regelmäßig Veranlassung zur Erfindung und Anwendung neuer Maschinen gewesen. Die Maschinen waren, man darf es behaupten, die Waffe, welche die Kapitalisten anwendeten, um die Revolte der Geschick erfordernden Arbeit niederzuschlagen. Die self-acting mule, die größte Erfindung der modernen Industrie, schlug die rebellischen Spinner aus dem Felde." (32) Die bürgerlichen Ökonomen hatten diese Erscheinung aufgegriffen. "Die Ökonomen sagen zu den Arbeitern: koaliert euch nicht. Indem ihr euch koaliert ... stört ihr den Handel und beschleunigt das Eindringen der Maschinen, die eure Arbeit zum Teil überflüssig machen und dadurch euch zwingen, einen noch niedrigeren Lohn zu akzeptieren." (33) "Was die Ökonomen gegen die Assoziationen bemerken, ist richtig: ... Diese Koalitionen rufen hervor neue Maschinen, neue Arbeitsteilung, Deplacement von einem Produktionsort an den anderen. Infolge von allem diesem Verminderung des Arbeitslohns." (34) Mit der Tendenz der Vergrößerung der Macht der Bourgeoisie durch die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals geht einher die Tendenz zur Vergrößerung der industriellen Reservearmee, die die Marktsituation der Arbeiterklasse verschlechtert.

III Die politische Funktion der Gewerkschaften

Marx und Engels sind bei der Analyse der objektiven Tendenz der ökonomischen Entwicklung nicht stehengeblieben. "Da nun die Tendenz der Dinge in diesem System solcher Natur ist, besagt das etwa, dass die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen? Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft ... Würde sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige zurückweichen, so würde sie selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen." (35) "Alle diese Einwände der bürgerlichen Ökonomisten sind wiegesagt richtig, aber nur richtig von ihrem Gesichtspunkt aus. Handelte es sich in den Assoziationen wirklich nur um das, worum es sich zu handeln scheint, nämlich um die Bestimmung des Arbeitslohns, wäre das Verhältnis von Arbeit und Kapital

---

29. Karl Marx: Brief an J.B. von Schweitzer vom 13.2.1865, zitiert im Brief von Marx an Engels vom 18.2.65 Marx/Engels, Briefe III, S.285/286
30. Gothaer Programm der deutschen Arbeiterpartei, zitiert nach Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, 24
31. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms; MEW Bd. 19, 25
32. Karl Marx: Das Elend der Philosophie; a.a.O. S. 176
33. ebenda S. 179
34. Karl Marx: Arbeitslohn; MEW Bd. 6, 554
35. Karl Marx: Lohn, Preis, Profit; a.a.O. S. 151/152

ein ewiges, so würden diese Koalitionen an der Notwendigkeit der Dinge erfolglos scheitern." (36) "Auf der anderen Seite sind die Gewerksgenossenschaften, ohne dass sie sich dessen bewusst werden, zu Organisationszentren der Arbeiterklasse geworden, wie es die mittelalterlichen Municipalien und Gemeinden für das Bürgertum waren. Wenn die Gewerksgenossenschaften notwendig sind für den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst." (37) Ähnlich heißt es über die Gewerkschaften in der Schrift "Arbeitslohn": "Aber sie sind das Mittel der Vereinigung der Arbeiterklasse zum Sturz der ganzen alten Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen. Und von diesem Standpunkt aus lachen die Arbeiter mit Recht über die klugen bürgerlichen Schulmeister, die ihnen vorrechnen, was ihnen dieser Bürgerkrieg an Gefallenen, Verwundeten und Geldopfern kostet. Wer den Gegner schlagen will, wird nicht die Kosten des Kriegs mit ihm diskutieren. Und wie wenig die Arbeiter so engherzig sind, beweist den Ökonomen selbst der Faktor,dass die bestbezahlten Fabrikarbeiter die meisten Koalitionen machen und dass die Arbeiter alles, was sie abknapsen können von ihrem Lohn, auf Bildung politischer und industrieller Assoziationen und Bestreitung der Kosten dieser Bewegung verwenden. Und wenn die Herren Bourgeois und ihre Ökonomen in philantropischen Augenblicken so gnädig sind, in das Minimum des Arbeitslohns, d.h. des Lebens, etwas Tee oder Rum oder Zucker und Fleisch eingehen zu lassen, so muß es ihnen dagegen ebenso schändlich als unbegreiflich erscheinen, dass die Arbeiter in dies Minimum ein wenig der Kriegskosten gegen die Bourgeoisie einrechnen und dass sie aus ihrer revolutionären Tätigkeit sogar das Maximum ihres Lebensgenusses machen." (38)

Ähnlich stellte für Engels die Assoziation der Arbeiter ein Teil des Kampfes gegen das System selbst dar in sofern sie die Konkurrenz unter den Arbeitern aufhebt und so in dem Kampf des "Menschen " gegen ein System, in dem er nur Sache ist, sich das Proletariat als historisches Subjekt bildet: "Beschliessen die Arbeiter, sich nicht mehr kaufen und verkaufen zu lassen, treten sie bei der Bestimmung, was denn eigentlich der Wert der Arbeit sei, als Menschen auf, die neben der Arbeitskraft auch einen Willen haben, so ist es aus mit der ganzen heutigen Nationalökonomie und den Gesetzen des Lohns ... Die Notwendigkeit zwingt sie, nicht nur einen Teil der Konkurrenz, sondern die Konkurrenz überhaupt aufzuheben - und das werden sie auch tun." (39) "Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigten zu Gruppen und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger als die des Lohns... In diesem Kampf - ein veritabler Bürgerkrieg - vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommenden Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an. Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für die Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf,... findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf." (40) Im Kommunistischen Manifest heißt es : "Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe "(zur Verteidigung ihrer Lebensverhältnisse) "ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichen Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren." (41)

IV. Marx' Politik gegenüber den Gewerkschaften

In den von Marx und Engels verfassten Beschlüssen der Londoner Delegiertenkonferenz, in die die jahrzehntelangen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung eingehen wird der Zusammenhang zwischen ökonomischem Kampf und politischem endgültig bestimmt:

"In Erwägung,
daß es im Eingang der Statuten heißt: "Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist der große Endzweck dem jede politische Bewegung unterzuordnen ist als Mittel", ...
daß der Kongress von Lausanne (1867) erklärt hat: "die soziale Emanziptation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emanzipation;"
daß die Erklärung des Generalrats über das angebliche Komplott der französischen Internationalen am Vorabend des Plebiszits (1870) folgende Stelle enthält: "Nach dem Wortlaut unserer Statuten haben alle unsere Zweige in England, auf dem Kontinent, und in Amerika unzweifelhaft die ausdrückliche Aufgabe, nicht nur Mittelpunkt für die streitbare Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, sondern in ihren bezüglichen Ländern ebenfalls jede politische Bewegung zu unterstützen, die zur Erreichung unseres Endziels dient, - der ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse; ..."

---

36. Karl Marx: Arbeitslohn; a.a.O. S. 554/555
37. Karl Marx: Instruktionen; a.a.O. S. 197
38. Karl Marx: Arbeitslohn; a.a.O. S. 555
39. Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England; a.a.O. S. 436/437
40. Karl Marx: Das Elend der Philosophie; a.a.O. S. 180/181
41. Karl Marx, Friedrich Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei; a.a.O. S. 471

daß die Arbeiterklasse gegen diese Gesamtheit der besitzenden Klassen nur als Klasse handeln kann, indem sie sich selbst als besondere politsche Partei konstituiert, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klassen;
daß diese Konstituierung der Arbeiterklasse als politische Partei unerläßlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihrer Endziels - Abschaffung der Klassen;
daß die Vereinigung der Einzelkräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch ihre ökonomischen Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat, -
aus diesen Gründen erinnert die Konferenz alle Mitglieder der Internationalen:
daß in dem streikenden Stand der Arbeiterklasse ihre ökonomische Bewegung und ihre politische Betätigung untrennbar verbunden sind." (42)

Diese Darstellung zeigt nicht mehr die unmittelbare Identität von ökonomischem Kampf und politischem, wie dies im Kommunistischen Manifest noch fast der Fall ist: Sie zeigt deren Einheit. Dort hatte es nur geheißen: Die Kommunisten "kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung." (43) In den Beschlüssen der Londoner DK dagegen kommt zum Ausdruck, daß der ökonomische Kampf "bis zu einem gewissen Punkt" als Hebel für den Kampf gegen die politische Gewalt dienen kann. Dies im Verein mit dem Gedanken, daß die ökonomische Emanzipation der Zweck der politischen Bewegung ist, läßt klar erkennen, daß Marx einerseits dem ökonomischen Kampf eine begrenzte politische Funktion zusprach im Hinblick auf die politische Machtergreifung des Proletariats - daß er andererseits letztere als bloßes Mittel zur ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse ansah. Die Hauptbedeutung im revolutionären Kampf erhält die Partei.

Gerade die Einsicht, daß der ökonomische Kampf nicht schon selbst revolutionären Kampf darstellt und daß daher Gewerkschaften nicht per se politisch - revolutionäre Organisationen sind, steht im Einklang damit, daß auch und gerade Trade-Uninonsch der IAA anschließen konnten. In einem Artikel, der sich gegen die Behauptung Max Hirschs wendet, die IAA sei von den englischen Trade-Unions isoliert, zählt Marx zahlreiche Gewerkschaften auf, die mit ihr zusammenarbeiten. (44)
Zwar hatte auch der junge Engels schon festgestellt: "In einzelnen Fällen ist es versucht worden, die Genossen eines Gewerks über ganz England zu einer großen Verbindung zu vereinigen und mehrere Male - zuerst 1830 - eine allgemeine Arbeiterassoziation des ganzen Reichs mit besonderer Organisation jedes Gewerks in sich, zu vereinigen. Diese Assoziationen hielten sich indes nie lange und kamen selten auch nur für den Augenblick zustande, da nur eine außerordentliche allgemeine Aufregung im Stande ist, eine solche Verbindung möglich und wirksam zu machen."(45)
Hier schlägt sich der nur kurzfristig bestehende politische Elan, der aus dem ökonomischen Kampf entstehen kann, direkt in der nur kurzfristig bestehenden Organisationsform der großen Trade - Unions nieder. Später, als sie sich als um so festere Organisationen konstituiert hatten, schlug sich die gleiche Tendenz als mangelde politische Aktivität nieder.
Marx hat die internationale Organisation der Arbeiterbewegung, in der auch Gewerkschaften vertreten waren, selbst zum Mittel der Einflußnahme auf die Trade - Unions gemacht. In seinen Vorträgen vor den Mitgliedern des Zentralrats hat er ausgeführt: "Gleichzeitig und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen ... Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: "Ein gerechter Lohn für eine gerechtes Tagewerk!" sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: "Nieder mit dem Lohnsystem!" (46).
Als Beschluß legt er den Mitgliedern u.a. folgende Formulierungen vor: "Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems." (47) (Ähnliche Ausführungen enthalten Engels Artikel: Ein gerechten Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk MEW 19, 247 ff., Das Lohnsystem MEW 19, 251ff. und Die Trade - Unions I und II MEW 19, 254 ff.)

---

42. Karl Marx, Friedrich Engels: Beschlüsse der Delegiertenkonferenz der IAA, abgehalten zu London vom 17.-23.9.1871; MEW Bd. 17, 421/422
43. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei; a.a.O. S. 492
44. Karl Marx: Die Verbindungen der IAA mit den englischen Arbeiterorganisationen; MEW Bd. 16, 331/332
45. Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England; a.a.O. S. 433
46. Karl Marx: Lohn, Preis, Profit; a.a.O. S. 152
47. ebenda

Ein weiteres Beispiel der Einflußnahme auf den ambivalenten Charakter der Gewerkschaften über das Mittel der internationalen proletarischen Partei, der IAA, stellt der Passus in den Instruktionen für die Delegierten des Zentralrats dar: "Die Gewerksgenossenschaften haben sich bisher ausschließlich mit dem lokalen und unmittelbaren Kampf gegen das Kapital beschäftigt und haben noch nicht völlig begriffen, welche Kräfte sie im Kampf gegen das System der Lohnsklaverei selbst darstellen. Sie haben sich deshalb zu fern von allgemeinen sozialen und politischen Bewegungen gehalten... Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken müssen sie jetzt lernen, bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die diese Richtung einschlägt. Wenn sie sich selbst als Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Arbeiterklasse betrachten, muß es ihnen gelingen, die Aussenstehenden in ihre Reihen zu ziehen." (48)

Obwohl in der IAA Partei und Gewerkschaft nicht organisatorisch getrennt waren, läßt sich die Funktion der IAA als Gesamtverband als proletarische Organisation mit Parteicharakter unter der Führung Marxens ansehen, die die in ihr organisierten Trade-Unions ständig vorwärts zu treiben suchte und ihnen konkrete Richtlinien gab.

Die Tatsache, daß in der IAA auch Gewerkschaften gleichberechtigt organisiert waren, hinderte Marx u. Engels nicht, allgemein Trade - Unions als beschränkte Organisationsformen anzusehen. In einem Brief an Marx vom 23. November 1882 charakterisiert Engels ein politisches Programm als "auf dem Niveau der allerordinärsten Trade - Unions." (49) Über einen Beschluß auf dem Baseler Kongress, die Trade - Unions selbständig, international föderativ zu organisieren, heißt es im Protokoll der Londoner Konferenz der IAA: "Marx glaubt nicht, daß dieser Beschluß auf dem Baseler Kongreß angenommen worden ist; nach Überprüfung erkennt er an, daß ein Beschluß in diesem Sinne angenommen worden ist. Das sei ein frommer Wunsch gewesen, er habe damals selbst die Sache für möglich gehalten; jetzt sei er überzeugt, daß die Trade - Unions in eine solche Föderation nicht einwilligen werden. Die Trade - Unions, so sagte er, seien eine aristokratische Minderheit. Die armen Arbeiter könnten ihnen nicht angehören: die große Masse der Arbeiter, die durch die ökonomische Entwicklung täglich aus den Dörfern in die Städte getreiben wird, bleibe lange außerhalb der Trade - Unions und die Allerärmsten würden ihnen niemals angehören. Dasselbe gelte für die im Londoner East-End geborenen Arbeiter, wo den Trade - Unions einer von zehn angehört. Die Bauern, die Tagelöhner gehören niemals diesen Gewerksgenossenschaften an. Die Trade - Unions auf sich gestellt sind machtlos - sie werden eine Minderheit bleiben. Sie haben die Masse der Proletarier nicht hinter sich, während die Internationale direkt auf diese Menschen einwirkt; die Internationale braucht die Organisation der Trade - Unions nicht, um die Arbeiter zu gewinnen - die Ideen der Internationale begeistern sie sofort. Sie ist die einzige Vereinigung, die den Arbeitern volles Vertrauen einflößt." Die Trade - Unions "hätten niemals etwas zuwege bringen können, ohne sich an uns zu wenden... die Trade - Unions haben außerhalb der größten revolutionären Bewegung Englands gestanden. Seitdem die Internationale existiert ist es anders geworden. Wenn die Trade - Unions von ihren Kräften Gebrauch machen wollen, können sie mit unserer Hilfe alles erreichen. Sie hatten in ihren Statuten einen Pragraphen, der ihnen verbot, sich in Politik zu mischen; politische Aktionen unternahmen sie nur unter dem Einfluß der Internationale. Der Generalrat hat eine Reihe von Jahren mit den Trade - Unions in Verbindung gestanden; es existierte ein Komitee; gegenwärtig unterhält er noch Beziehungen zu den Trade - Unions dreier großer Städte - Manchester, Birmingham und Sheffield." (50)

Hintergrund für diese Ausführungen stellt der Versuch des Generalrats dar, die 1865 gegründete Reformliga in England zu einer unabhängigen, die Arbeiterklasse vertretenden Politik zu bringen. Die Liga, der vor allem Gewerkschaften angehörten, forderte auch vorerst im Gegensatz zu den Liberalen das allgemeine Wahlrecht auf Marxens Drängen, ließ sich dann aber durch die englische Bourgeoisie spalten.

Die IAA unter Marx organisierte die Unterstützung von Streiks, indem sie über öffentliche Aufrufe an die englischen Arbeiter die Gewerkschaften zu Geldspenden bewegte, und diese den Streikenden zuleitete. So erfolgte die Unterstützung der Streiks der Bronze - Arbeiter in Paris (Februar bis März 1867), der Opfer des Massakers unter den belgischen Arbeitern in Marchiennes (Februar 1867) und des Streiks der Genfer Bauarbeiter (März/April 1868). In einem Interview Marxens mit "The World" führt Marx auf die Frage, nach der Unterstützung von Arbeiterbewegungen durch die IAA, aus: "Ich will es an einem Beispiel erläutern. Eine der Formen, welche die Bewegung für die Emanzipation am meisten verwendet, ist der Streik. Brach früher in irgend einem Lande ein Streik aus, so wurde er durch die Importation von Arbeitern aus andern Ländern abgewürgt. Die Internationale hat mit all dem fast Schluß gemacht. Sie erhält über den beabsichtigten Streik Informationen, gibt diese an ihre Mitglieder weiter, die sofort zur Kenntnis nehmen, daß der Ort, wo dieser Kampf ausgetragen wird für sie tabu ist. So sind die Fabrikanten nur auf ihre eigenen Arbeiter angewiesen. In den meisten Fällen brauchen die Streikenden keine andere Hilfe. Ihre eigenen Beiträge oder Sammlungen in anderen Gewerkschaften, denen sie unmittelbar angeschlossen sind, versorgen sie mit

---

48. Karl Marx: Instruktionen; a.a.O. S. 197/198
49. Friedrich Engels an Karl Marx vom 23.11.1882; Marx/Engels, Briefwechsel; a.a.O. S. 684
50. Aufzeichnung der Reden von Karl Marx über die Trade Unions; aus dem Protokoll der Sitzung der Londoner Konferenz der IAA vom 20.9.1871; MEW Bd. 17, 649/650

Mitteln. Wenn ihre Lage jedoch schwierig wird und der Streik die Billigung der Assoziation gefunden hat, dann werden die erforderlichen Mittel aus einer gemeinsamen Kasse zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde vor einigen Tagen der Streik der Zigarrenarbeiter in Barcelona siegreich zu Ende geführt. Doch die Assoziation ist nicht an Streiks interessiert, wenn sie solche auch unter gewissen Umständen unterstützt. Vom finanziellen Gesichtspunkt aus kann sie durch Streiks keineswegs gewinnen aber leicht verlieren„" (51)

Der Generalrat der IAA hatte also auch gegen die besonderen Finanzinteressen der Assoziationen die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Eberhard Becker

51. Aufzeichnung eines Interviews, das Karl Marx einem Korrespondenten der Zeitung "The World" gewährte, MEW Bd. 17, 641/642

Herrschaftskonflikte und Kulturrevolution in den italienischen Betrieben

aus: La Lotta Continua, 7. Nov. 69

Die folgenden Analysen und Berichte italienischer Genossen aus "potere operaio" und "la lotta continua" veröffentlichen wir als Dokumente. Während die Herrschaft des Kapitals immer schon international ist, ist das Bewusstsein der Sozialisten meist noch lokalpatriotisch oder bloss abstrakt-global.

Wir wären nicht in der Lage gewesen, die italienische Streikbewegung selbst zu analysieren. Um Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir aus den internationalen Klassenkämpfen lernen, werden wir auch in Zukunft ähnliche Dokumente veröffentlichen.

Fünf Millionen Arbeiter führen zur Zeit in Italien den Kampf und in den meisten Fabriken verschärft sich der Klassenkampf immer mehr. Das Bewußtsein der Arbeiter entwickelt sich, ihr Selbstverständnis und ihre Weltanschauung ändern sich.

Die Arbeiter fangen an, sich zu emanzipieren. Sie zerstören die Autorität, die sich in der Fabrik etabliert hat; sie zerstören die Mittel, mit denen die Unternehmer sie untereinander trennen und kontrollieren; sie befreien sich von den Tabus, unter deren Joch sie bisher standen. Die Arbeiter entdecken, daß die Macht der Herrschenden sich auf ihr Einverständnis stützt, darauf, daß die Arbeiter aus Angst, Unwissenheit oder Desinteresse einen Zustand, den sie bisher noch nicht abschaffen konnten, als etwas Unumgängliches akzeptiert haben.

Dies ist eine sehr wichtige und bleibende Errungenschaft, die die Fähigkeit der Arbeiter zu kämpfen bekräftigt und festigt.

Der Kampf gegen die Hierarchie in der Fabrik

Die kapitalistische Produktionsweise basiert unter anderem auf dem Respekt und der Angst der Arbeiter ihren Vorgesetzten gegenüber.
Wenn aber die Herrschenden und die Vorgesetzten Angst vor den Arbeitern und ihrer Macht bekommen, ist die Fabrik lahmgelegt, die Produktion steht still und dem Ausbeutungsmechanismus wird ein harter Schlag versetzt.
Die erste Errungenschaft des Kampfes innerhalb der Fabrik besteht darin, daß die Arbeiter sich von der Angst vor den Vorgesetzten befreien. Bis jetzt war jeder Arbeiter seinen Vorgesetzten gegenüber vereinzelt. Nun sind es die Kapitalisten und ihre Handlanger, die der Arbeiterklasse gegenüber vereinzelt sind; diese ist jetzt stark aufgrund ihrer großen Anzahl und aufgrund der jahrelang unterdrückten Wut.

Der Kampf gegen die Abteilungsleiter

Tausende von Ereignissen sind ein Beweis für diese Tatsache. Die Arbeiter fangen endlich an, den Chefs ins Gesicht zu sagen, was sie von ihnen halten; sie weigern sich, die Befehle auszuführen, ja, sie fordern sogar die drohenden Chefs auf , ihre Drohungen auch in die Tat umzusetzen. Sie gehen noch weiter: in Mirafiori (Fiat Abteilung) wurden einige Abteilungsleiter gezwungen, an der Spitze von Arbeiterdemonstrationen zu marschieren und die rote Fahne zu tragen. In vielen Abteilungen wagen die Abteilungsleiter nicht mehr zu erscheinen, wenn es Spannungen gibt; sie verschwinden unter irgeneinem Vorwand. Es kommt sogar vor, daß sie den Arbeitern revolutionäre Reden halten müssen. In dieser Situation sind Strafen wie Versetzung zu schwereren Arbeiten, Geldstrafe und Verschärfung des Arbeitstempos unmöglich geworden.

Der Kampf gegen die Fabrikdirektoren

Mit ganzer Gewalt bricht die Wut der Arbeiter gegen die Fabrikdirektoren los. Während vieler Streiks bei Pirelli in Mailand wurden die Direktoren aufgefordert, ihre Büros zu verlassen. Diese Aufforderung wurde immer schleunigst befolgt, denn andernfalls gab es Prügel.
Der Arbeitsminister,Donat-Cattin, sieht dem tatenlos zu, obwohl auch er diese Kampfform nicht billigt.
die nicht gehorchen wollten, gezwungen, zwischen zwei Reihen von wütenden Arbeitern hindurch zu laufen.
Bei der Autofabrik Innocenti in Mailand sind die Arbeiter raffinierter vorgegangen. Sie fällten eine Birke in der Allee der Fabrik und verwendeten sie als Brecheisen, um die Tür des Raums einzuschlagen, in dem sich die Direktoren verbarrikadiert hatten. Nachdem sie Leute von der C.I. (Kommission für innerbetriebliche Angelegenheiten (Gewerkschaft)) hereingelassen hatten, um eine rechtliche Deckung zu haben, verwendeten sie den Stamm, um einen wichtigen Direktor aus dem Betrieb hinaus zu jagen.
Bei der Breda in Mailand sind die Direktoren immer mit gespitzten Ohren auf der Hut. Die Arbeiter kündigen nämlich den Anfang ihres Streiks dadurch an, daß sie in jeder Abteilung eine Glocke läuten, die sie sich in die Fabrik gebracht haben. Dieses Läuten ist für die Direktoren das Signal, die Flucht zu ergreifen; die Glocken können jederzeit läuten.
In dem Kampf der Arbeiter gegen die Direktoren wird die Art entlarvt, wie der kapitalistische Betrieb funktionniert. Die Direktoren sind ein integrierender Bestandteil des Betriebs. Sie zu verjagen, bedeutet die Produktion lahmlegen. Sie einzuschüchtern, bedeutet die Effizienz der Produktion vermindern. In dem Maß, in dem sich der Kampf ausbreitet, ist das System, nach dem die Fabrik funktioniert, für die Arbeiter keine fremde und geheimnisvolle Macht mehr. Die ganzen Mechanismen werden durchschaut, angegriffen und funktionsunfähig gemacht.
Die Arbeiter entdecken, daß es gerade ihre Beziehung zu den Maschinen ist, die sie an die Direktoren bindet.

Der Kampf gegen die Lohnunterschiede und gegen die Prämie

Im Kampf gegen Unterschiede und Trennung unter den Arbeitern, gegen die Arbeitsteilung, gegen die Trennung zwischen intellektueller und körperlicher Arbeit, äußert sich konkret die Grundforderung der Arbeiter nach Abschaffung der Lohnarbeit, weil dabei mit Hilfe von Zwang, Vorschrift und Disziplinierung eine scharfe Trennungslinie gezogen wird zwischen denen, die Entscheidungen treffen und denen, die sie durchführen müssen. Die Selbständigkeit der Arbeiter äußert sich zunächst darin, daß sie die Mittel erkennen und angreifen, mit denen die Herrschenden die Arbeiter gegeneinander ausspielen, mit denen sie versuchen, Interessengegensätze unter den Arbeitern zu schaffen, um alle unter Kontrolle zu halten. Wenn die Arbeiter sich von der Kontrolle der Gewerkschaft befreien, lehnen sie die verschiedenen Lohnkategorien ab: sie lehnen Lohnunterschiede, Prämien und jeden Versuch, sie an die Interessen der Produktion zu binden, ab.

Das Verhältnis Arbeiter-Angestellte

Die Arbeiter verlangen die Gleichstellung nicht, weil sie Christen sind und denken, sie seien alle Kinder Gottes, sondern weil sie wissen, daß die Unterschiede, die sie untereinander trennen, nur dem Unternehmer nützen.
Deshalb haben sie angefangen, die Angestellten für sich zu gewinnen. Sie haben eine feste Grundlage, auf der sie die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Angestellten vorschlagen. Das ist nicht die der bloßen allgemeinen Solidarität, sondern die des gemeinsamen Kampfes gegen die ungleiche Behandlung und gegen die Einbildung, die ihnen von den Unternehmern eingeimpft wird, die Angestellten seien "etwas besseres" als die Arbeiter. Die Diskussionen zwischen Arbeitern und Angestellten sind nicht immer friedlich, wenn aber eine klare Perspektive geschaffen ist, kann man die anfänglichen Missverständnisse leicht überwinden.

Die Verwüstungen, die die Arbeiter bei Pirelli in der Mensa der Angestellten an dem Tag anrichteten, an dem die Autoreifen aus Griechenland eintrafen, zeigte nichts anderes, als den Willen, ein Prestigesymbol zu zerstören, durch das der Unternehmer den Eindruck erwecken will, dass die Angestellten etwas anderes und etwas bes-

seres als die Arbeiter seien. Bei Fiat Miafiori gab es anfangs Prügel. Die Angestellten, die sich weigerten zu streiken, mußten wie die Abteilungsleiter zwischen 2 Reihen von wütenden Arbeitern hindurchlaufen. Als die Angestellten in Miafiori hörten, dass ein Zug von 5 ooo Arbeitern in Richtung ihrer Büros marschierte, rannten sie wie die Hasen davon, man sah sie überstürzt die Treppe hinunter, durch das Tor hinaus und in Panik die Allee entlangrennen; man hat noch niemanden so schnell rennen sehen, nicht einmal bei einem harten Polizeieinsatz. Es ergab sich jedoch später, dass die Angestellten spontan an den Arbeiterversammlungen und Diskussionsgruppen teilnahmen.

Die Gewerkschaft versucht, die Angestellten als unpolitische Masse gegen die Arbeiter in den Versammlungen auszuspielen. Das geschieht überall, bei Fiat, bei Pirelli, bei den petrochemischen Werken Porto Marghero und in fast allen anderen Fabriken. Aber dieses Manöver wird umso leichter vereitelt, je klarer bei den Arbeitern das Bewusstsein über die eigene Lage und über die wichtige Rolle der Lohnunterschiede ist. Als ein Angestellter in einer Arbeiterversammlung bei Fiat die Lohnunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten mit dem Argument zu rechtfertigen versuchte, dass seine Eltern 500 000 Lire (ca. 3 000, --DM) pro Jahr in sein Studium investiert hätten, und es deshalb richtig sei, dass diese Summe sich bezahlt mache, antworteten die Arbeiter: NEIN. Sie argumentierten, wenn er schon so privilegiert gewesen sei, daß er studieren konnte, während die Arbeiter das nicht konnten, so sei es nicht richtig, dass er auch weiterhin privilegiert sei und höheren Lohn bekomme. Denn die Arbeiter haben die gleichen, wenn nicht größere Bedürfnisse als die Angestellten. So wird die Frage der Lohngleichheit zwischen Arbeitern und Angestellten, der Abschaffung der verschiedenen Lohnstufen, zu einer politischen Frage. Die ganze Hierarchie innerhalb der Fabrik mit ihren Vorstellungen von Karriere, Prämien und Beförderungen, wird in Frage gestellt, denn mit allen diesen Mitteln versucht der Unternehmer, die von ihm Abhängigen vor den Karren der Ausbeutung zu spannen.

Das Verhältnis Arbeiter - Studenten

Bei diesen festen Grundlagen, die sich durch die Erfahrung im Klassenkampf konsolidierten, gingen die Arbeiter zum Angriff auf die Schulen und Universitäten über. Auch die Kommunistische Partei Italiens (PCI) und die Gewerkschaften, von der Entwicklung des Kampfes ausgeschlossen, schlugen Massenversammlungen von Arbeitern und Studenten bzw. die Entsendung von Arbeitern oder Delegierten in die Schulen und Universitäten vor. Aber aus diesen Versammlungen können nicht sofort feste Organisationsformen entstehen, und sie drohen zu scheitern, wenn die Arbeiter kein festes Diskussionskonzept haben, mit dem sie in der Versammlung auftreten. So geschieht es, dass auf diesen Versammlungen oft nur ein Informationsaustausch stattfindet: die Arbeiter erläutern die Gewerkschaftspolitik, die Studenten die Probleme innerhalb der Hochschulen.

Ganz anders ist es, wenn die Arbeiter selbständig handeln, wie in Turin, Venedig, Trient usw. In diesem Fall greifen die Arbeiter die Schulen an, weil die Schulen der Ursprung der Unterschiede und Trennungen sind, die die Arbeiterklasse schwächen und die Arbeiter von den Angestellten separieren. Auf diese Weise schliesst sich der Kampf der Arbeiter an den Kampf der Studentenbewegung gegen die Selektion und gegen die Schule der Privilegierten an und der Standpunkt der Arbeiter trägt dazu bei, demKampf der Studenten eine Richtung zu weisen. In jeder Versammlung, sei es eine Versammlung von Arbeitern und Studenten, ein Koordinationskomitee, eine Institutsvollversammlung oder eine Diskussionsgruppe, führen und beherrschen die Arbeiter die Diskussion; die Studenten hören meistens erstaunt zu.

Tatsache ist, dass die Art und die Sprache, in der die Arbeiter sich ausdrücken bei allen den Wunsch und das Bedürfnis, zu rebellieren hervorruft und zum Ausdruck bringt. Es handelt sich um jene Arbeiterklasse, die jahrzehntelang von der Bourgeoisie in solchem Ausmass zum Schweigen gezwungen wurde, dass viele dachten, die Arbeiter seien völlig begriffslos.

Die Vorherrschaft der Arbeiterklasse

Man kann präzise angeben, warum auf Versammlungen von Arbeitern und Angestellten, von Arbeitern und Studenten, also von Arbeitern und anderen Werktätigen der Standpunkt der Arbeiter immer vorherrscht und die Arbeiter die Führung von allen Werktätigen im Klassenkampf übernehmen. Von allen Proletariern sind es keines falls immer die Arbeiter, die am meisten ausgebeutet werden, sicher sind sie nicht die Ärmsten, sie sind aber bei ihrer Arbeit am stärksten der Entfremdung ausgesetzt. Sie haben überhaupt kein Interesse für ihre Arbeit sondern verspüren nur Widerwillen.

Für sie gibt es keine Privilegien (wie für die Angestellten) oder Vorteile (wie für die Studenten), die sie an die Arbeit binden und sie für die Arbeit, die sie machen müssen, entschädigen. Deshalb leisten sie den umfassendsten und radikalsten Widerstand gegen das kapitalistische System; sie wissen, dass sie mit den Herrschenden nichts gemein haben. Ein Arbeiter bei Fiat hat dies ausgedrückt: "Jetzt weiß ich endlich, dass wir nicht nur gegen den einzelnen Kapitalisten, sondern gegen die ganze Klasse der Kapitalisten kämpfen müssen."

Kampf gegen die Produktion

Die beste Voraussetzung für das System der Kapitalisten ist die Aufsplitterung und die Isolierung der Arbeiter untereinander, da die Entfremdung der Arbeiter gegenüber ihrer Arbeit zur Voraussetzung hat, daß jeder Arbeiter seinen Kollegen gegenüber fremd ist: jeder Arbeiter ist in Wirklichkeit ein Anhängsel der Maschine oder des Fließbandes, und das Verhältnis der Arbeiter zueinander wird durch den Produktionsfluß bestimmt. Daher ist das Maß, in dem die Arbeiter ihre Solidarität untereinander wiederhergestellt haben, ein wichtiges Indiz für die Macht der Arbeiter und die Schwäche der Kapitalisten.

Solidarität unter den Arbeitern

Im Verlaufe der letzten Kämpfe wird in der Fabrik als dem Ort, an dem die Isoliertheit und die Schwäche eines jeden Arbeiters gegenüber dem Kapitalisten am größten

ist, die Arbeitermacht wieder hergestellt, zu einem Zeitpunkt in dem die entstandenen Kontakte direkt für die Organisation und den Kampf eingesetzt werden können.
Die große Bedeutung des Kampfes innerhalb der Fabrik liegt darin, daß sich die Arbeiter, gestützt auf ihre große Anzahl, stark machen, um die Vorgesetzten zu isolieren und die Angst vor den Herrschenden zu überwinden.
Die kapitalistische Produktionsweise basiert auf dem Stillhalten der Arbeiter, auf der systematischen Unterdrückung ihrer Kreativität und ihres Bedürfnisses, sich zu artikulieren, zu diskutieren und zu verstehen. Wenn dieses Schweigen gebrochen wird, beginnen die Arbeiter, sich von ihren Fesseln zu befreien, sie merken, daß sie, ihre Interessen und Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und nicht die Maschinen, die Produktion und die Interessen des Unternehmers. Aufgrund dieser Entdeckung sind die Kampfformen entstanden, die auf die selbständige Einschränkung der Produktion ausgerichtet sind, wodurch der Produktionsfluß oft auf ein Minimum reduziert wurde; so haben z.B. die Arbeiter von Pirelli in einigen Abteilungen die Ertragsziffern bis fast auf den Nullpunkt gesenkt. Diese Kampfform, die häufig auch die Arbeiter teuer zu stehen kommt, stellt in vielen Fällen eine grundlegende Errungenschaft dar, weil durch sie die Arbeiter ihre bewußten Entscheidungen geltend machen gegenüber den anonym und unpersönlich getroffenen Entscheidungen, durch die sie an den Produktionsfluß gebunden werden sollen.

Kampf gegen die Produktionsmittel und die Produktion

Die unendlich vielen Gewaltanwendungen gegen Maschinen und die Produktion sind eine andere Art, auf die dieses Bedürfnis zum Ausdruck kommt; sie reichen von der Reifen-Aktion bei Pirelli (die Arbeiter weigerten sich, die aus Griechenland eingetroffenen Autoreifen zu entladen und zerstörten sie zum Teil) bis zur systematischen Beschädigung der in der Produktion befindlichen Maschinen durch die Fiat-Arbeiter - und dies nicht nur am 29. Juli. Die Arbeiter haben die still erduldete, tägliche Sabotage zu einem kollektiven und von allen Arbeitern bewußt durchgeführten Befreiungsakt gewendet, gegen jene Produktion, welche sie Tag für Tag an die Befehle des Arbeitgebers fesselt. Dasselbe gilt für die Wandzeitungen, Schriften und Inschriften, die in den italienischen Fabriken immer häufiger zu sehen sind; sie tauchten erst in den Toiletten, Umkleideräumen und Speisesälen auf, jetzt auch in den Werkhallen und Büros, wo sie vor den Augen der Chefs angebracht werden. So ist es den Arbeitern gelungen, die Instrumente der eigenen Unterdrückung schöpferisch einzusetzen; die Pirelli-Arbeiter vergessen nicht, daß sie selbst die Knüppel herstellen, mit denen die Polizei in ganz Italien Arbeiter, Landarbeiter und Studenten angreift, und daß sie sie jederzeit für sich selbst herstellen können; in vielen Fabriken benutzen die Arbeiter jetzt die Telefone, mit denen die Vorgesetzten gewöhnlich die Befehle weitergeben, um ihren Kampf zu organisieren und bekannt zu geben.

Kampf gegen die Gewerkschaft

Die Gewerkschaft, die vor 1oo Jahren als freie Organisation zur Verteidigung der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten gegründet wurde, hat sich heute in allen Ländern in das Hauptinstrument der Kapitalisten verwandelt, das dazu dient, die Arbeiterklasse unter Kontrolle, in einem Zustand der Isoliertheit und der Desorganisation und dazu in einem Abhängigkeitsverhältnis zu halten, welches in dem Prinzip der Delegierung um Ausdruck kommt, die ein wesentliches Hindernis für die Emanzipation und die Autonomie der Arbeiterklasse darstellt. Deshalb kann man in jeder x-beliebigen Fabrik feststellen, daß die Gewerkschaft dort stark ist, wo die Arbeiter schwach sind, und umgekehrt. Je isolierter, aufgesplitterterter und machtloser die Arbeiter sind, desto eher greifen sie auf eine Organisation zurück, die sich ihnen als ihr kollektiver Repräsentant darstellt und die vorgibt, Hüter ihrer Interessen zu sein. In dem Maße, wie sich die Arbeiter emanzipieren, ihre Isolierung durchbrechen und sich zusammentun, zeigt sich jeder Versuch ihre Interessen außerhalb der Entwicklung ihres Kampfes zu definieren, als das, was er in Wirklichkeit ist, nämlich ein Hindernis für eine autonome Organisation der Arbeiter und ein Mittel der Unterdrückung in den Händen der Bourgeoisie.

Antiautoritärer Kampf

Sehr häufig wird in den italienischen Fabriken gegen die Gewerkschaft gekämpft; z.B. kam es zu Handgemengen während der Versammlungen in der Fabrik, oder an den Fabriktoren of zu richtigen Schlägereien um das Megaphon (die Arbeiter haben kein Megaphon, aber die Gewerkschaften; diese halten das Megaphon von den Arbeitern, die etwas sagen möchten, fern, mit der Begründung, das Megaphon gehöre ihnen - dies geschah in der Fiat-Abteilung Rivalta, wo die Arbeiter die Gewerkschaftler fragten, mit wessen Geld sie es gekauft hätten). Außerdem kam es zu Auseinendersetzungen bei den Massenversammlungen in einigen Fabriken, wo die Gewerkschaftler dadurch vertrieben wurden, daß man sie auspfiff und ihnen das Wort entzog.
Bei Fiat wurde das gesamte Zentralkomitee der FIM (Gewerkschaft der Metallindustrie innerhalb der christlichen Gewerkschaft CISL), welches sich vor die Fiat-Abteilung Mirafiori begeben hatte, von der Masse der aus der Fabrik strömenden Arbeiter angegriffen und in allen seinen Behauptungen widerlegt.
Die Taktik dieser Herren besteht gewöhnlich darin, immer allen Recht zu geben, ohne sich auf eine bestimmte Position festzulegen. Aber Macario, der durch die Argumente der Arbeiter herausgefordert war, leistete sich folgenden Ausrutscher: "Wenn Du keine Mitgliedskarte der Gewerkschaft hat, dann nenne mich Doktor!" Aber man bekommt nichts dafür, daß man ihn Doktor nennt!! (Dies ereignete sich in der Fiat-Abteilung Mirafiori-Süd).
In anderen Fabriken stellte die Kontroverse der Arbeiter über den Grundsatz: "Die Gewerkschaft, das sind wir" ein Haupthindernis dar. Damit wird oft der berechtigte Wille der Arbeiter ausgedrückt, jede Entscheidung über ihren Kampf selbst in die Hand zu nehmen, aber dieser Grundsatz macht es häufig unmöglich, sich über die Rolle der Gewerkschaft in der Gesellschaft klar zu werden und so folglich ein präzises antikapitalistisches Bewußtsein zu entwickeln.
"Wir haben immer gesagt: Wir sind die Gewerkschaften," meinte ein Arbeiter bei Pirelli, aber in Wirklichkeit haben immer die Gewerkschaften alles befohlen, denn letzten Endes wurde alles in Rom entschieden. Dies machte ihm ein anderer Arbeiter in der Versammlung klar.

Kampf gegen das Prizip der Delegierung

Dieser Kampf gegen den Versuch, die Arbeiter durch die Gewerkschaft zu bevormunden und die Interessen der Arbeiter einzuengen, wurde an bestimmten Stellen aufgenommen, dennoch war man noch in vielen Fabriken unsicher, vor allem in der Frage der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Delegierung und der Abteilungskomitees. "Wir sind alle Delegierte", war die Antwort der Fiat-Arbeiter auf den Vorschlag, Delegierte zu wählen, und damit wollten sie zweierlei zeigen: 1) Ablehnung der gewerkschaftlichen Positionen über den Akkord, die Arbeitszeit, Versetzungen etc. und des Instuments, das ihrer Durchführung dient, aufgrund der Tatsache, daß die Arbeiter einen ganz anderen Standpunkt einnehmen, und zwar den, daß man über diese Dinge nicht verhandelt. 2) Die Einsicht, daß die Arbeiter bei einer Konfrontation mit dem Unternehmer oder mit der Gewerkschaft nur deshalb stark sind, weil sie keine Vertreter haben, weil sie ausschließlich mit den eigenen Kräften, mit ihrer Zahl und mit ihrer Einheit rechnen. Die Arbeiter haben immer den Inhalten, den Zielen und der Form des Kampfes den Vorrang gegeben gegenüber der formalen und abstrakten Notwendigkeit der Organisation. Wozu ein Delegierter? Zu welchem Zweck eine Organisation? Eine fomale Diskussion über den Delegierten bedeutet - und das war immer so-, daß ein Blankoscheck für die Gewerkschaft ausgestellt wird.

So richtet sich der Kampf der Arbeitermassen bei Fiat voll und ganz gegen die Versammlung der Abteilungsdelegierten, welche die Gewerkschaft für ihre Zwecke einsetzen wollte, und die Arbeiter machten dieses Gremiumnicht zu einem Organisationsmoment des harten Kampfes, wie einige glaubten (die Entscheidungen werden immer noch in der Fabrik und in den wichtigen Abteilungen getroffen), sondern sie machten sie praktisch funktionsunfähig und übertrugen die Entscheidung der Basisorganisation des Kampfes.

"Ich möchte alle Arbeiter Italiens vor dem Abteilungskomitee warnen", sagte ein Arbeiter einer militanten Abteilung von Pirelli auf einem überregionalen Kongreß.

"Falls man einmal nicht versucht, die Avantgarde zu Gewerkschaftsaktivisten zu machen, so verwandelt man doch durch diese Komitees ein Instrument der Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen in ein kleines Parlament, in dem die Arbeiter, anstatt die Meinung ihrer Kollegen vorzutragen, nur zuhörten und später berichteten,was die Gewerkschaften gesagt haben. Dort gehen die Vertreter der militantesten Abteilungen zwischen den unentschiedensten oder zumindest passiven Delegierten unter, welche im Kampf etwas ausrichten könnten, mit Worten aber schließlich immer nachgeben."

Die neue Organisation

All dies darf nicht mit der Ablehnung von Organisation verwechselt werden, was die Gewerkschaftsbürokraten oder die Spontaneisten glaubhaft machen wollen. Es handelt sich um die Ablehnung der Gewerkschaften; den isolierten und desorganisierten Arbeitern stellt sich die Gewerkschaft als eine fremde Macht entgegen, deren Stärke auf der Schwäche der Arbeiter beruht, als Teil jener komplexen Organisation der Arbeit - des Kapitals. Die Gewerkschaft ist per Definition die Organisation, welche die Einzelinteressen der Arbeiter vertritt, ihre Interessen in der Fabrik, in ihrer Lohnstufe und in ihrem Sektor. D.h. sie ist der Organisator jener Interessen, durch die die Arbeiter aufgesplittert, isoliert und unterjocht werden. Was jedoch heute die Arbeiter fordern - und weshalb ihre Kämpfe ständig dem Zugriff der Gewerkschaften entgleiten (und auch der KPI, die die Kämpfe in den einzelnen Sektoren übernehmen will) - ist eine politische, allumfassende Organisation, die alle Aspekte des sozialen Lebens einbezieht und miteinander verbindet und die sofort das Problem der Verbindung mit den anderen Kategorien in Angriff nimmt, von denen die Arbeiter getrennt worden sind. Aus diesem Grunde sind auch die gemischten Organisationen von Arbeitern und Studenten sinnvoll und erfolgreich.

Rechtshilfefonds: Volksbank Heidelberg 9980

BOUTIQUE de la MUSIQUE
International Modern Music · Underground · Soul · Pop · Jazz
Untere Straße 18

Fiat-Gewalt der Arbeiter als Kampfmittel

aus: potere operaio nr.8, 13.nov.69

Alle haben gesagt, daß die Gewaltanwendung in Mirafiori, in Rivalta, im Lingotto, bei der Stura AG und bei Lancia irrational, daß sie verantwortungslos gewesen sei. Aber dann muß man die Herren von der Presse fragen, im Bezug auf was die Gewalt bei Fiat und anderswo irrational ist und wem gegenüber sie verantwortet werden muß. Es muß gesagt werden, daß die Zerstörung der schmutzigen Essenwärmer der Kantine und das "Einweichen" der Fließbänder eine erste Antwort war, eine notwendig stürmische Antwort auf die Repressalien der Unternehmer gegen den befristeten Streik und auf die Nicht-Bezahlung von Arbeitsstunden, die wegen unterbrochener Produktion ausfallen mußten, eine Antwort auf den schmutzigen Versuch der Gewerkschaften (besonders der CGIL), die Kantine bei Fiat zu "institutionalisieren", um die acht-stündige Schicht für die Siebziger-Jahre zu erhalten; eine Antwort auf die bestialische Ausbeutung, die die Sklaventreiber bei Fiat in der Nachkriegsdemokratie Hunderttausenden von Arbeitern an den Fließbändern auferlegt haben. Aber das ist noch nicht alles. Die Gewalt der Arbeiter in den letzten Wochen, vor allem in Mailand und Turin, zeigt eine entscheidende Wandlung im Lohnkampf: die Radikalisierung der Auseinandersetzung, die Anwendung schärfster Formen des Streiks, die massive Initiative der Arbeiter, die die Gewerkschaften dauernd unter Druck setzen, eröffnen den Weg in eine neue Phase, in der die Momente der Organisation der Autonomie und Selbstbestimmung der Arbeiter gefunden werden. Dies ist der Schlüssel zu den letzten Ereignissen, und vor allem für die Gewaltanwendung von Seiten der Arbeiter, als Mittel, bestimmte Erfolge mit möglichst geringem Aufwand zu erreichen, um eine kräfteschonende Taktik im Klassenkampf zu entwickeln, die diesem Kontinuität und Intensität erlauben, wo und wann es notwendig ist.

Gewalt der Arbeiter also als Kampfinstrument für die Durchsetzung eines entsprechenden Erfolges und nicht als Verzweiflungsakt. Wenn das stimmt, zeigen die "Verwüstungen" größeren oder kleineren Ausmaßes in Mirafiori, Rivalta etc. ein Verhalten, das dem fortgeschrittensten Selbstbewußtsein der ARbeiter entspricht und ein homogenes Klassenbewußtsein verrät, statt von "Extremisten" gemacht zu sein, wie Unternehmer, Regierung und all die Schmierfinken des Kapitals in den letzten Tagen in ihren Zeitungen faselten. Und noch weniger sind sie "marginale und unbedeutende Vorfälle", (wie die Gewerkschaft glauben machen will) "die nicht im geringsten den Willen der Arbeiter, so schnell wie möglich einen menschlichen und anständigen Kontrakt abzuschließen, beeinträchtigen." Die Geschehnisse, so wie sie waren, beweisen genau das Gegenteil.

Beginnen wir mit Dienstag, 28.1o.

In Mirafiori, in Lingotto und in anderen Fiat-Zweigwerken wurde in den Werkstätten ein auf 3Stunden befristeter Streik durchgeführt, in Rivalta dagegen ein 8-stündiger Ausstand. Die Arbeiter hatten Züge durch die Fabrik und Versammlungen organisiert; die am Kampf interessierten Werkstätten hatten die Arbeit niedergelegt und der Arbeitsstopp verursachte, wegen des Mangels an weiterlaufenden Fabrikaten die fortschreitende Paralysierung fast der ganzen Produktion. In den Versammlungen diskutierten die Arbeiter die Möglichkeit eines massenhaften Auszugs in Form eines Marsches zum Automobilsalonfür den nächsten Tag, um sich mit den Arbeitern anderer Zweigwerke und anderer Fabriken zu vereinigen und um so die Gelegenheit als Termin für ein Massentreffen zu nutzen, die Angriffsziele zu vereinheitlichen und die geplante Isolation zu durchbrechen, durch die die Gewerkschaft den Kampf zu ersticken versuchte. Die Gewerkschaftsfunktionäre versuchten - soweit sie zum Reden kamen - die Bedeutung eines Massentreffens der Arbeiter herunterzuspielen, oder doch den Marsch - falls er stattfände - im Rahmen einer friedlichen und legalen Demonstration zu halten und so einen Spaziergang zum Valentino daraus zu machen; und ja nicht alle zusammen, die von Lancia an einem Tag, die von Fiat am nächsten und so fort, damit der Autosalon möglichst offengehalten bliebe.

Inzwischen läßt die Direktion von Fiat eine Mitteilung zirkulieren, daß die Stunden zwischen dem befristeten Streik der einen Schicht und dem der nächsten, unproduktiv wegen des Fehlens der Fabrikate , nicht bezahlt würden. Diese Nachricht verbreitet sich sofort unter den Arbeitern und die gespannte Stimmung läßt die Versammlung augenblicklich für Fortsetzung des Streiks bis zum Ende der Schicht entscheiden. Wenn Agnelli provoziert und harte Kampfformen gegen die Arbeiter anzuwenden versucht, werden die Arbeiter die Produktion vollkommen blockieren und der Mittwoch wird der Übergang zur Radikalisierung in allen anderen Fabriken sein, gerade dadurch, daß man den Salon als Massentreffpunkt aller Arbeiter benutzt. So organisierte sich bis Schichtende der Auszug aus der Fabrik für den nächsten Tag.

Der Treffpunkt aller Züge aus den Motor- und den Karosseriewerkstätten wird für Mittwoch 8.30Uhr am Tor 5, d.h. vor dem Verwaltungsgebäude, festgesetzt. Am Mittwochmorgen kommen die Arbeiter in die Fabrik und fangen nicht an zu arbeiten. Die von den Karosseriewerkstätten kommen in Massen zum Bürogebäude, beginnen den Zug zu organisieren und bringen die Angestellten dazu schnell die Büros zu verlassen. Die Polizei stellt sich inzwischen in dichtgedrängten Abteilungen vor dem Tor auf. Es wird 8.30 Uhr, die Zeit der Verabredung, und man wartet auf die Arbeiter aus den Motorwerkstätten, die noch nicht da sind. Die Gewerkschaftsfunktionäre sind inzwischen ungeheuer beschäftigt, sie verteilen ein Flugblatt mit dem Inhalt, ein Massenauszug aus der Fabrik könne Unfälle verursachen, leiten die Züge aus der Motorwerkstatt auf den falschen Weg und versuchen mit allen Mitteln (durch Flugblatt, Einschüchterung und "Überzeugung") die Arbeiter von Fiat Mirafiori Nord von denen aus dem Werk Süd zu trennen. Das geht lange Zeit hindurch; schließlich kehren die Karosseriearbeiter wieder in die Hallen zurück und beginnen die Meßinstrumente der

Ausbeutung in der Fabrik ausser Funktion zu setzen, um das Fortlaufen der Bänder zu verhindern, um dann die Aufmerksamkeit auf die Kantinen zu konzentrieren, die der Unternehmer organisiert, um die achtstündige Schicht zu verfestigen. (Durch das Klima bedingt, ist durchgehende Arbeit ohne längere Pause in Italien ungebräuchlich. Mahlzeit und Ruhepause werden als natürliches Bedürfnis angesehen.)

Dasselbe geschieht im Stura-Werk in Lingotto, wo einer den die Presse als Abteilungsleiter, Ingenieur bezeichnet, Schläge abkriegt, und im Zentralwerk. Inzwischen haben die Arbeiter von Lancia den Salon zusammen mit vielen Kollegen aus Borgo San Paolo und einer großen Gruppe Oberschüler erreicht. Andere Züge aus kleineren Fabriken werden von den Gewerkschaften in die absurdesten Richtungen geführt. Das den ganzen Morgen lang. In Rivalta dagegen blieb der Streik 8 Stunden auf den Betrieb konzentriert. Eins der Probleme der 12 000 von Rivalta ist die Vereinigung der beiden Blöcke, zwischen denen nur die hochliegende Förderbahn die Verbindung herstellt; ein Block hat 4 Tore, der andere nur eins, dort sind verhältnismäßig wenige, ziemlich isolierte Arbeiter. Die, die aus der Hauptabteilung kommen, gehen nach dem ersten Treffen in ihrem Block in den frühen Morgenstunden in den anderen Teil des Werks hinüber; um sich mit den "Isolierten" zu vereinigen, müssen sie das Tor sprengen, zusammen halten sie vor der Fabrik eine Versammliung ab, stoppen die Busse, die die Kollegen von Comiana nach dem Werk Mérafiori bringen sollen. "Damit der Streik gelingt, müssen wir die Transporte blockieren," antworteten die Arbeiter schon im vorigen Jahr auf die Fragen der Studenten. Die neue Taktik war jetzt zu versuchen, die Straßenblockade Meter um Meter auszudehnen, bis sie schließlich ins nächste Arbeiterviertel, Orbassano vordrang. Das ging bis zum frühen Nachmittag.

Am nächsten Tag, Donnerstag, entlässt die Direktion die ersten 70 Arbeiter, alle aus Mérafiori, Rivalta, Lingotto und dem Stura-Werk und zeigt sie an. Die Gewerkschaft benutzt die Gelegenheit, um die Rede auf die Legalität des Streiks zu bringen.

Freitags kommt ein Flugblatt heraus mit dem eindeutigen Ziel, die Arbeiter von der Initiative zum Kampf abzubringen, mit der Entschuldigung, es sei Zahltag und unter dem Vorwand, vor den drei Festtagen zu streiken führe zum Verlust des Lohnes für diese drei Tage. Die entlassenen Arbeiter kommen in die Fabrik zurück und legen in Halle 54 die Fließbänder des Modells 124 und 850 still. Nach einer Stunde überreichen die Abteilungsleiter diesen Genossen einen Brief der Direktion mit der Ankündigung der Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

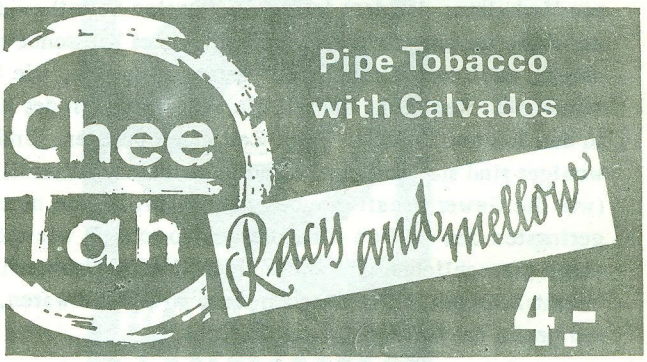
Nach den arbeitsfreien Tagen: Donnerstag, dem 6., proklamiert die Gewerkschaft einen nicht angekündigten Streik von drei Stunden. In den Versammlungen in den Werkstätten konzentriert sich die Diskussion auf die Kampfziele, darauf, wie man eine Zersplitterung der Kräfte vermeiden kann.

Die Gewerkschaft bereitet den Demonstrationszug vor, der von Mérafiori zum Autosalon gehen soll. In der Motorenabteilung liegt das Hauptinteresse darin, sich bei dieser Gelegenheit mit den Kollegen aus den anderen Fabriken zu solidarisieren.

Nicht wenige Arbeiter wollen den legalen Spaziergang in den Beginn des Kampfes für die Rückkehr der entlassenen Genossen an ihren Arbeitsplatz umwandeln. An diesem Punkt will die Gewerkschaft die Initiative der Arbeiter auf die "legalen" Institutionen umleiten: Vom Kampf auf die Verhandlung, wobei sie vor den Arbeitern außerdem auf das Verdienst hinweisen, 15 Gewerkschaftler unter den "Hausfriedensbrechern" zu haben: Emilio Pugno bei Fiat in Turin, wie Bruno Trentin bei Fatme in Rom. Inzwischen versucht der Unternehmer die Karte möglicher Versetzungen auszuspielen.

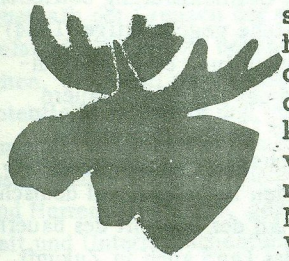
Kommen wir zu Freitag, dem 7. November.

Die Gewerkschaft bereitet eine Demonstration zur RAI (italienischer Rundfunk) in einigen Fabriken in Borgo S. Paolo vor (unter anderem bei Lancia), während die Demonstration von Mirafiori zum Automobilsalon gehen soll. Um 8 Uhr morgens konzentrieren sich die Arbeiter massenhaft vor dem Verwaltungsgebäude in Mirafiori: etwa siebentausend. Die Arbeiter aus den Motorwerkstätten sind stark beteiligt, während die Kollegen vom Karosseriebau nur in beschränkter Zahl gekommen sind. Der Zug wird in aller Hast organisiert. Die Gewerkschaft hat Angst, daß ihr die Sache aus der Hand gleitet. Zwischen den entlassenen Arbeitern, die den Zug anführen und die Parolen ausgaben, und dem Rest bilden die Gewerkschaftsfunktionäre die Sicherheitsgürtel und unterbinden mit ihrem Pappschilderwald nach Möglichkeit den Kontakt. Von Zeit zu Zeit legen sie einen anderen Gang ein, um sich von den "Hitzköpfen" zu trennen, die immer an der Spitze laufen. Es gelingt ihnen nicht. Sie gehen zur Provokation über; die üblichen "Werkgorillas" versuchen, mit den Studenten und den entlassenen Arbeiter Krach anzufangen. Doch weil sie sich über den Ausgang nicht sicher sind , hören sie auf, auch deshalb, weil die Parolen der Arbeiter hinter ihrem Rücken nicht anders lauten als die der Genossen.



Dokumente zur Kontinuität des Faschismus im deutschen Gelehrtenstand

1. Über die Einheit von Historiker und Offizier bei CONZE



Seitdem haben sich die noch überlebenden alten „Elche", soweit sie aus der Gefangenschaft heimkehren konnten, jeder für sich und auf sich allein gestellt, in die harten Nachkriegsjahre hineinfinden müssen, die für die Ostpreußen unter ihnen nicht die Rückkehr in die Heimat, sondern das Elend des Vertriebenendaseins brachten. Es konnte nicht ausbleiben, daß sie mit Bitterkeit an die Jahre zurückdachten, in denen durch die verhängnisvolle Politik des einst verehrten „Führers" Millionen dem Vernichtungswillen der Feinde preisgegeben wurden, Deutschlands Macht in den Staub sank und die unvergessene Heimat zwischen Weichsel und Memel verlorenging. Die alten Soldaten wissen, daß Hitler sie mißbraucht hat; sie wissen aber auch, daß sie im Osten gegen einen Gegner gestanden haben, der heute wieder auf der Lauer liegt, um neue Sklaven zu gewinnen. Die Mannestugenden, durch die die Elch-Division zusammenhielt, sind uns darum heute nötiger denn je. Wenn wir dies bedenken, dann ist die Geschichte der 291. Inf.Div. für die alten „Elche" nicht ein Blatt schmerzlicher Erinnerung voller Bitterkeit, sondern Ansporn zur Bewährung unter neuen Bedingungen, in denen die Lebenden ihrer toten Kameraden sich würdig erweisen müssen.

Schlußworte des "alten Elchs" Werner Conze in seiner "Geschichte der 291. Infanterie-Division. 1940 - 1945" (Die Deutschen Divisionen, Band 8), Bad Nauheim 1953, S. 79.

"Daß die Macht des Staates einige Tage lang in Heidelberg sichtbar gegenwärtig war und allein durch diese Präsenz schweren Ausschreitungen vorgebeugt worden ist, das kam einer Art von politischem Elementarunterricht für die Bürger der Stadt und der Universität gleich..."
Werner Conze am 26. 1. 69 (Polizeirede)

"All dies und vieles damit Verbundene"
Werner Conze am 20. 11. 69

Werner Conze, der vor einem Jahr bei der Rektorwahl gegen Baldinger mit Pauken und Trompeten durchgefallen war, weil er als Liberaler und als Kanditat der Studenten galt, hat das angestrebte Amt in diesem Sommer als Kanditat der reaktionären Professorenmehrheit ereicht. Qualifiziert hatte er sich mittlerweile durch eine Rundfunkrede im Januar, die ihn als einen entschlossenen Polizeistrategen ausgewiesen, und dem verschreckten Kathederkleinbürgertum als Antiguerillaspezialisten empfohlen hatte.

Die offen ausgebrochene Krise der bürgerlichen Wissenschaft ließ ein konstitutives Moment seiner biographischen Identität hervortreten, das "in zwei Jahrzehnten relativ glücklicher Friedlichkeit und fast unheimlicher Spannungslosigkeit ", in denen "ein allgemein übereinstimmendes Interesse bestand... das Wachstum der Wirtschaft ... nicht zu stören..." (Conze, Polizeirede), durch den Habitus des bürgerlich unpolitischen Gelehrten verdeckt worden war, dessen persönliche und wissenschaftliche Integrität ihm selbst so unbezweifelbar war, daß er sie stolz wie ein Wappen mit sich herumführte. Seit etwa einem Jahr marschiert der Weltkriegs II-Hauptmann Conze im Stechschritt Amok und verleiht mit jedem Marschtritt seiner Ansicht Ausdruck, daß es zur Befriedung der Universität keiner stillen Gelehrten sondern erprobter Offiziere bedarf. Sein Militarismus tritt wie schon einmal wieder mühelos an die Stelle des "wertfreien" Gelehrten, weil beide Spielarten dieses deutschen Professors sich derselben gesellschaftlichen Beziehung verdanken: dem als Dienst an übergeordneten Wesenheiten wie Staat, Kultur und Wissenschaft verbrämten Klassenkampf der Bourgeoisie. Der Offizier tritt in dem Moment an die Stelle des Historikers, der die bestehende Herrschaft als die notwendige beschreibt, indem es gilt, zur Erhaltung dieser Herrschaft selbst Geschichte zu machen. Um der im Anschluß als Dokument veröffentlichten Rede des "Übergangsrektors", der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, "die Grundordnung... ins Leben zu überführen" (Heidelberger Tageblatt, 22.7.69) und damit das Stichwort für spätere Historiker fallen läßt, den adäquaten Hintergrund zu geben, soll Conzes Geschichte seiner eigenen Division nach den Kategorien des Selbstverständnisses dieses historischen Werkes beschrieben werden.

Kreuzzug gegen den Bolschewismus

Conze bringt es fertig, die Geschichte einer 2. Weltkriegs-Division zu schreiben, ohne ein Wort über den Nationalsozialismus zu verlieren. Dieser ist lediglich in Gestalt des Führers bzw. seiner Befehle dann anwesend, wenn irgendwelche Befehle sich vom militärtechnischen Ge-

sichtspunkt aus als falsch herausgestellt und die Division in Schwierigkeiten gebracht haben:

> "Das "Stalingrad" im kleineren Umfang war die traurige Folge Hitlerscher Kriegführung gewesen. Trotz des noch meist ungebrochenen Vertrauens zum "Führer" blieb ein bitterer Nachgeschmack bei den Kämpfern der Front zurück, die den Sinn des Kampfes bejahten, weil sie den Gegner und seine Absichten kannten." (S. 50)

Hitler hat also den Kampf gegen die "Bolschewiken" (51) schlecht organisiert und ist damit den Frontkämpfern in den Rücken gefallen. Diese sind aber autonom in der Lage, den "Sinn des Kampfes zu bejahen." Die Division steht zwar tief in der Sowjetunion, hat dort aber offenbar keine eigenen Absichten, sondern reagiert nur auf die des "Gegners". Da Conze wohl kaum zuzutrauen ist, daß er der Meinung ist, die deutschen Truppen seien zufällig in der Sowjetunion gewesen, und hätten aus der Erfahrung, daß die sowjetischen Truppen sich gegen die einmarschierenden Deutschen verteidigen, die ihrem Kampf den Sinn stiftende gegnerische Absicht gewonnen, läßt sich die Stelle nur so interpretieren, daß der deutsche Überfall auf die Sowjetunion ein politisch richtiger, aber technisch fehlerhaft durchgeführter und darum gescheiterter Präventivkrieg gewesen ist. Denn auch 1953 weiß Conze zusammen mit seinen Kameraden, daß der Gegner von damals "heute wieder auf der Lauer liegt, um neue Sklaven zu gewinnen" (s. Eingangszitat; Unterstreichung von uns). Da hatten "die alten Elche" also schon recht daran getan, den Sklavenmarkt des deutschen Kapitals durch einen Präventivschlag gegen seine Zerstörung durch den Sozialismus zu sichern, als sie sich damals aus letztlich defensiven Gründen in der Sowjetunion befanden. Wer aus so edlen Motiven in einem Land zu Gast gewesen ist, kann auch nur mit Abscheu darüber berichten, daß militärische Führer "1949 nach Verurteilung zu 25 Jahren Zwangsarbeit in bolschewistischer Gefangenschaft gestorben" oder von den "lettischen Bolschewiken ... in bestialischer Weise ... gehängt" worden sind.

Befrei ung deutschen Kulturbodens

> "So wurde die Elchdivison zum Teil in raschen Märschen, zum Teil in Säuberungskämpfen durch Westkurland vorgeführt... und dann in Riga selbst versammelt. Die Ruhe war erquickend nach der Hitze der Kämpfe und der langen Märsche. Noch immer herrschte Jubel und Freude unter den Letten der befreiten Hauptstadt, deren altes deutsches Stadtbild durch die bolschewistischen Zerstörungen kurz vor dem Abzug schwer entstellt worden war."(23)

Conze hat zu dem Raum, den er als Soldat unter die Stiefel nimmt, eine besondere Beziehung. Seine wissenschaftlichen Publikationen sind bis dahin ausschließlich der historischen Fundierung deutscher Kulturleistung jenseits der östlichen Reichsgrenzen gewidmet gewesen. Seine Dissertation (Hirschenhof. Die Geschichte einer deutschen Sprachinsel in Livland. Berlin 1934) hatte er in folgenden sozialen Bezugsrahmen gestellt: "Die Aufgabe des Deutschtums im Nordosten, im baltischen Gebiet, ist anderer Art (nämlich: als im Südosten) gewesen. Hier waren die Deutschen als Oberschicht Subjekt einer politischen Gestaltung, Träger einer Herrschaft, sozial und politisch. Dadurch wurde das Land zum deutschen Kulturboden. Aber der tragende Grund deutschen Volksbodens fehlte."(S.11). Erst als "die lettische Revolution ... erbarmungslos deutlich" gemacht habe, "daß die soziale und politische Entwicklung in den Ostseeprovinzen in einem umstürzenden Versuch mitten darin stand" sei eine bewußte Germanisierung betrieben worden. (S.12). Die vordringliche gegenwärtige (1934) Aufgabe sieht Conze in der Herstellung einer gemeinsamen Front der deutschen und der lettischen Bauern gegen den gemeinsamen Feind: "Es sind sehr reale, weit über das eigentlich Wirtschaftliche hinausgehende, gemeinsame Interessen, die den lettischen und deutschen Bauern des Landes verbinden. An der Zukunft des Bauerntums entscheidet es sich, ob das Land auch in Zukunft für die deutsche und lettische Kultur gehalten werden kann, oder ob es dem Osten verfallen wird" (Schlußworte, S.135). Ähnlich ist in Conzes Habilitationsschrift (Agrarverfassung und Bevölkerung in Litauen und Weißrussland. 1. Teil: Die Hufenverfassung im ehemaligen Großfürstentum Littauen. Deutschland und der Osten Bd. 15, Leipzig 1940) sein Interesse davon geleitet, daß es sich bei dem ehemaligen Großfürstentum Litauen um ein Gebiet handelt, das "seit dem 16. Jahrhundert einheitlich von der HUfenverfassung nach deutschem Vorbild erfaßt wurde, und damit im Gegensatz zum russischen Osten in die deutsch-mitteleuropäische Ordnung eintrat. "(S.2).

Dabei, der grundlegenden Kategorie seiner Habilschrift - "Dieser Lebensraum ist weit mehr als eine bloße Fläche, eine natürliche Gegebenheit, sondern bildet sich, dehnt sich aus oder geht zurück je nach der Fähigkeit und dem Willen eines Volkes, natürlich gegebene Landschaften durch Arbeit und Kampf sich anzueignen, zu ordnen, zu erfüllen und zu behaupten" (S. 1) - im Dienst an ihr zum Übertritt aus den Winkeln der Ostforschung in die politische Wirklichkeit zu verhelfen, erweist sich Conze als hervorragender Kenner der historischen Geographie. Überall, wo die Woge deutscher Kultur das Land irgendwie beleckt hat, egal wann und von wo, ist es mit der Legitimation, dort zu sein, doch gar nicht so schlecht bestellt:

"Die Grenze des alten Ordenslandes war erreicht. Von der hohen Herrmansfeste ging der Krieg weit in das flache waldige Land im Osten, in dem eine andere Welt begann. Estland mit seinen blau-schwarz-weißen Fahnen und den fröhlich offenen Menschen, die den Abzug der Bolschewiken aus tiefem Herzen als Befreiung empfunden hatten, blieb zurück; das eigentliche Rußland, fremd und unbekannt, lag vor den Soldaten der Elchdivision. Der Sommer ging zu Ende. Wann würde das Ziel Leningrad erreicht sein? Würde dann das erwartete glückliche Ende des Krieges herannahen?" (S.26; Beim Vormarsch).

"Die Division bemühte sich, soweit es möglich war, unnötige Härten gegenüber derleidenden ukrainischen Bevölkerung zu vermeiden, besonders seit mit dem Überschreiten des Zbrucz ein Land erreicht wurde,

das früher zu Österreichisch-Galizien und dann zu Polen gehört hatte, und in dem unter der Führung der tapferen Geistlichen der griechisch-uniierten Kirche der Widerstandswille gegen den Bolschewismus stark war. In den schweren Tagen der Bewegung im Kessel waren über 30 Gefangene von der Division mitgeführt worden, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt worden wäre, wie es einer voreiligen Kesselpsychose vielleicht entsprochen hätte." (S. 70; Beim Rückzug).

Innerhalb der Grenzen des reklamierten Kulturraums sind Gefangene anders zu behandeln als draußen. Sie sind Menschen, die, weil sie als potentielle Bolschewistenhasser potentielle Deutsche und umgekehrt sind, erst so recht Anspruch auf menschliche Behandlung haben. Das typisch faschistische Syndrom von völkischer Kultur, Deutschtum und Herrenmenschtum, gegen Bolschewismus, Kulturlosigkeit und Untermenschentum tritt bei Conze lediglich dadurch variiert auf, daß historisch-geographische Reminiszenzen mit grotesker Selbstverständlichkeit zur Legitimation des Eroberungskrieges herangezogen werden. Dominant bleibt aber der Kampf gegen den Sozialismus im Inneren und nach außen gegen die Sowjetunion. Denjenigen, die sich darin bewähren, wie die "tapferen Finnen" (7) wird ebenfalls zugebilligt, durch die Einsprengsel ihrer Kultur den ansonsten kulturfremden Raum zu kontrastieren:

"Gespenstig ragten die stehengebliebenen Schornsteine aus den in Asche zerfallenen Holzhäuser heraus. Sie waren in den teilweise noch finnisch sprechenden Dörfern Ingermanlands oft groß und sauber und wiesen Schnitzwerk edler Volkskunst auf".(S.28)

Dagegen eine andere Beschreibung zerstörter Dörfer:

"Die Dörfer an der Rollbahn, z.B. der "stark eisenhaltige Luftkurort Tregubowo" , lagen im Gebiet der Hauptkampflinie, verschwanden damit völlig von der Bildfläche und lieferten aus ihren Ruinen gutes Baumaterial für die Stellung." (S. 42)

Hier im "eigentlichen Rußland", einer "anderen Welt" (26; s. Zitat oben), kann uriger Landserhumor sich ausbreiten. Hier sind die Häuser nicht Ausdruck menschlicher Kultur, sondern finden ihre eigentliche Bestimmung erst darin, dem Kulturmissionar Conze Baumaterial für seine Stellung zu liefern.

Noch 1969 hat Conze die Zerschlagung des Hitlerfaschismus auf dem Gebiet der DDR so interpretiert, daß den Menschen dort ein "Absinken auf östliches Lebensniveau ... zugemutet worden " ist. (Konsequenz einer Notlösung, 23.5.69)

Soldatentum

Nach dem bisher Dargestellten wird es niemanden wundern, daß Conzes Division am Anfang vor Kampfgeilheit aus den Nähten platzte:

"Zwar lag sie am 10. Mai, als der deutsche Angriff auf Holland und Belgien begann, noch immer in Arys (Ostpr. Truppenübungsplatz), und das Tempo der ersten Tage des dritten Blitzfeldzuges ließ viele Soldaten der Division daran zweifeln, ob der Truppenübungsplatz noch rechtzeitig mit dem Schlachtfeld würde vertauscht werden können." (8)

"Doch schnell ging diese " saure-Gurken-Zeit" zu Ende" (17)

"Der Krieg erschöpfte sich im Wachdienst" (30).

Die Soldaten deutscher Kultur müssen vor der Schädigung durch die westliche Zivilisation bewahrt werden.

"Nicht lange konnte sich die Division des französischen Sommers freuen. Die Annehmlichkeiten und die Gefahren des Etappenlebens in Frankreich blieben ihr erspart. Sie befand sich unter den ersten Verbänden, die schon im Sommer 1940 in den von Truppen entblößten Osten zurückverlegt wurden." (S. 16)

Partisanen

Wer als Befreier in die Sowjetunion zieht, vermag verständlicherweise nicht zu begreifen, wieso diejenigen, die er doch vom Bolschewismus befreien will, ihn in Form des Partisanenkrieges bekämpfen. Daran muß die Mißchtung der soldatischen Tugenden durch Teile der Befreier die Schuld tragen:

"Es waren klare, noch heiße Sommertage, als die Züge in Kiew einrollten, um die "Elche" in das weite Land der ukrainischen Schwarzerde mit den blühenden Sonnenblumen und Maisfeldern zu bringen. Als das Vorkommando eintraf, machte die ukrainische Hauptstadt noch einen friedlichen Eindruck mit allem Wohlleben der Kriegsschmarotzer; wenige Tage darauf, flohen sie in überstürzter Hast und beluden die kostbaren Lkw, die bei der Truppe fehlten, mit Möbeln und anderem persönlichem Gepäck, um - meist in weiblicher Begleitung - nach Westen abzufahren. Die Soldaten der Division, die solche Bilder nicht kannten, waren verbittert und ahnten den Zusammenhang dieser Erscheinungen mit der Tatsache, daß das Gebiet zwischen Front und Heimat weithin partisanendurchsetzt war und die hofffnungsfrohe Zuneigung der vom Bolschewismus befreiten Menschen längst in stumpfe Gleichgültikeit oder gar in Haß umgeschlagen war." (53)

Die Perspektive, aus der Conze den Frieden als Schmarotzer des Krieges erkennt, ist die desjenigen, der den nationalsozialistischen Krieg seiner mangelnden Effizienz wegen kritisiert. Wäre der Führer nicht militärisch inkompetent und seine zivilen Gefolgsleute korrupt gewesen, der Krieg wäre nicht nur gewonnen worden, sondern die tiefe Moralität der Truppe würde die Bevölkerung der Sowjetunion auch dahin gebracht haben, das Hakenkreuz auf sich zu nehmen. Die "Seuche" der Partisanen ("partisanenverseuchte Gebiete"; 43,62) aber konnten die Conzes nicht mehr ausrotten; Erfolgsmeldungen wie die folgenden aus den ersten Wochen des Krieges mochten fortan nur noch zum Arsenal ihrer Wunschträume gehören:

"29.6. - 13.7.41: Säuberung und Befriedung von Kurland." (Gefechtsbezeichnungen der 291. Infanterie-Division; Anlage 9, Divisionsgeschichte S. 109)

"Sie ergaben sich in den nächsten Tagen bei den Säuberungskämpfen in Kurland". (22)

"Am folgenden Tag wurden Hafen und Stadt gesäubert. Die erste Schlacht war siegreich geschlagen. Oberst Lohmeyer erhielt das Ritterkreuz." (22)

sichtspunkt aus als falsch herausgestellt und die Division in Schwierigkeiten gebracht haben:

> "Das "Stalingrad" im kleineren Umfang war die traurige Folge Hitlerscher Kriegführung gewesen. Trotz des noch meist ungebrochenen Vertrauens zum "Führer" blieb ein bitterer Nachgeschmack bei den Kämpfern der Front zurück, die den Sinn des Kampfes bejahten, weil sie den Gegner und seine Absichten kannten." (S. 50)

Hitler hat also den Kampf gegen die "Bolschewiken" (51) schlecht organisiert und ist damit den Frontkämpfern in den Rücken gefallen. Diese sind aber autonom in der Lage, den "Sinn des Kampfes zu bejahen." Die Division steht zwar tief in der Sowjetunion, hat dort aber offenbar keine eigenen Absichten, sondern reagiert nur auf die des "Gegners". Da Conze wohl kaum zuzutrauen ist, daß er der Meinung ist, die deutschen Truppen seien zufällig in der Sowjetunion gewesen, und hätten aus der Erfahrung, daß die sowjetischen Truppen sich gegen die einmarschierenden Deutschen verteidigen, die ihrem Kampf den Sinn stiftende gegnerische Absicht gewonnen, läßt sich die Stelle nur so interpretieren, daß der deutsche Überfall auf die Sowjetunion ein politisch richtiger, aber technisch fehlerhaft durchgeführter und darum gescheiterter Präventivkrieg gewesen ist. Denn auch 1953 weiß Conze zusammen mit seinen Kameraden, daß der Gegner von damals "heute wieder auf der Lauer liegt, um neue Sklaven zu gewinnen" (s. Eingangszitat; Unterstreichung von uns). Da hatten "die alten Elche" also schon recht daran getan, den Sklavenmarkt des deutschen Kapitals durch einen Präventivschlag gegen seine Zerstörung durch den Sozialismus zu sichern, als sie sich damals aus letztlich defensiven Gründen in der Sowjetunion befanden. Wer aus so edlen Motiven in einem Land zu Gast gewesen ist, kann auch nur mit Abscheu darüber berichten, daß militärische Führer "1949 nach Verurteilung zu 25 Jahren Zwangsarbeit in bolschewistischer Gefangenschaft gestorben" oder von den "lettischen Bolschewiken ... in bestialischer Weise ... gehängt" worden sind.

Befrei ung deutschen Kulturbodens

> 'So wurde die Elchdivison zum Teil in raschen Märschen, zum Teil in Säuberungskämpfen durch Westkurland vorgeführt... und dann in Riga selbst versammelt. Die Ruhe war erquickend nach der Hitze der Kämpfe und der langen Märsche. Noch immer herrschte Jubel und Freude unter den Letten der befreiten Hauptstadt, deren altes deutsches Stadtbild durch die bolschewistischen Zerstörungen kurz vor dem Abzug schwer entstellt worden war."(23)

Conze hat zu dem Raum, den er als Soldat unter die Stiefel nimmt, eine besondere Beziehung. Seine wissenschaftlichen Publikationen sind bis dahin ausschließlich der historischen Fundierung deutscher Kulturleistung jenseits der östlichen Reichsgrenzen gewidmet gewesen. Seine Dissertation (Hirschenhof. Die Geschichte einer deutschen Sprachinsel in Livland. Berlin 1934) hatte er in folgenden sozialen Bezugsrahmen gestellt: "Die Aufgabe des Deutschtums im Nordosten, im baltischen Gebiet, ist anderer Art (nämlich: als im Südosten) gewesen. Hier waren die Deutschen als Oberschicht Subjekt einer politischen Gestaltung, Träger einer Herrschaft, sozial und politisch. Dadurch wurde das Land zum deutschen Kulturboden. Aber der tragende Grund deutschen Volksbodens fehlte."(S.11). Erst als "die lettische Revolution ... erbarmungslos deutlich" gemacht habe, "daß die soziale und politische Entwicklung in den Ostseeprovinzen in einem umstürzenden Versuch mitten darin stand" sei eine bewußte Germanisierung betrieben worden. (S.12). Die vordringliche gegenwärtige (1934) Aufgabe sieht Conze in der Herstellung einer gemeinsamen Front der deutschen und der lettischen Bauern gegen den gemeinsamen Feind: "Es sind sehr reale, weit über das eigentlich Wirtschaftliche hinausgehende, gemeinsame Interessen, die den lettischen und deutschen Bauern des Landes verbinden. An der Zukunft des Bauerntums entscheidet es sich, ob das Land auch in Zukunft für die deutsche und lettische Kultur gehalten werden kann, oder ob es dem Osten verfallen wird" (Schlußworte, S.135). Ähnlich ist in Conzes Habilitationsschrift (Agrarverfassung und Bevölkerung in Litauen und Weißrussland. 1. Teil: Die Hufenverfassung im ehemaligen Großfürstentum Littauen. Deutschland und der Osten Bd. 15, Leipzig 1940) sein Interesse davon geleitet, daß es sich bei dem ehemaligen Großfürstentum Litauen um ein Gebiet handelt, das "seit dem 16. Jahrhundert einheitlich von der HUfenverfassung nach deutschem Vorbild erfaßt wurde, und damit im Gegensatz zum russischen Osten in die deutsch-mitteleuropäische Ordnung eintrat. "(S.2).

Dabei, der grundlegenden Kategorie seiner Habilschrift - "Dieser Lebensraum ist weit mehr als eine bloße Fläche, eine natürliche Gegebenheit, sondern bildet sich, dehnt sich aus oder geht zurück je nach der Fähigkeit und dem Willen eines Volkes, natürlich gegebene Landschaften durch Arbeit und Kampf sich anzueignen, zu ordnen, zu erfüllen und zu behaupten" (S. 1) - im Dienst an ihr zum Übertritt aus den Winkeln der Ostforschung in die politische Wirklichkeit zu verhelfen, erweist sich Conze als hervorragender Kenner der historischen Geographie. Überall, wo die Woge deutscher Kultur das Land irgendwie beleckt hat, egal wann und von wo, ist es mit der Legitimation, dort zu sein, doch gar nicht so schlecht bestellt:

"Die Grenze des alten Ordenslandes war erreicht. Von der hohen Herrmansfeste ging der Krieg weit in das flache waldige Land im Osten, in dem eine andere Welt begann. Estland mit seinen blau-schwarz-weißen Fahnen und den fröhlich offenen Menschen, die den Abzug der Bolschewiken aus tiefem Herzen als Befreiung empfunden hatten, blieb zurück; das eigentliche Rußland, fremd und unbekannt, lag vor den Soldaten der Elchdivision. Der Sommer ging zu Ende, Wann würde das Ziel Leningrad erreicht sein? Würde dann das erwartete glückliche Ende des Krieges herannahen?" (S.26; Beim Vormarsch).

"Die Division bemühte sich, soweit es möglich war, unnötige Härten gegenüber derleidenden ukrainischen Bevölkerung zu vermeiden, besonders seit mit dem Überschreiten des Zbrucz ein Land erreicht wurde,

das früher zu Österreichisch-Galizien und dann zu Polen gehört hatte, und in dem unter der Führung der tapferen Geistlichen der griechisch-uniierten Kirche der Widerstandswille gegen den Bolschewismus stark war. in den schweren Tagen der Bewegung im Kessel waren über 30 Gefangene von der Division mitgeführt worden, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt worden wäre, wie es einer voreiligen Kesselpsychose vielleicht entsprochen hätte." (S. 70; Beim Rückzug).

Innerhalb der Grenzen des reklamierten Kulturraums sind Gefangene anders zu behandeln als draußen. Sie sind Menschen, die, weil sie als potentielle Bolschewistenhasser potentielle Deutsche und umgekehrt sind, erst so recht Anspruch auf menschliche Behandlung haben. Das typisch faschistische Syndrom von völkischer Kultur, Deutschtum und Herrenmenschtum, gegen Bolschewismus, Kulturlosigkeit und Untermenschentum tritt bei Conze lediglich dadurch variiert auf, daß historisch-geographische Reminiszenzen mit grotesker Selbstverständlichkeit zur Legitimation des Eroberungskrieges herangezogen werden. Dominant bleibt aber der Kampf gegen den Sozialismus im Inneren und nach außen gegen die Sowjetunion. Denjenigen, die sich darin bewähren, wie die "tapferen Finnen" (7) wird ebenfalls zugebilligt, durch die Einsprengsel ihrer Kultur den ansonsten kulturfremden Raum zu kontrastieren:

"Gespenstig ragten die stehengebliebenen Schornsteine aus den in Asche zerfallenen Holzhäuser heraus. Sie waren in den teilweise noch finnisch sprechenden Dörfern Ingermanlands oft groß und sauber und wiesen Schnitzwerk edler Volkskunst auf".(S.28)

Dagegen eine andere Beschreibung zerstörter Dörfer:

"Die Dörfer an der Rollbahn, z.B. der "stark eisenhaltige Luftkurort Tregubowo" , lagen im Gebiet der Hauptkampflinie, verschwanden damit völlig von der Bildfläche und lieferten aus ihren Ruinen gutes Baumaterial für die Stellung." (S. 42)

Hier im "eigentlichen Rußland", einer "anderen Welt" (26; s. Zitat oben), kann uriger Landserhumor sich ausbreiten. Hier sind die Häuser nicht Ausdruck menschlicher Kultur, sondern finden ihre eigentliche Bestimmung erst darin, dem Kulturmissionar Conze Baumaterial für seine Stellung zu liefern.

Noch 1969 hat Conze die Zerschlagung des Hitlerfaschismus auf dem Gebiet der DDR so interpretiert, daß den Menschen dort ein "Absinken auf östliches Lebensniveau ... zugemutet worden " ist. (Konsequenz einer Notlösung, 23.5.69)

Soldatentum

Nach dem bisher Dargestellten wird es niemanden wundern, daß Conzes Division am Anfang vor Kampfgeilheit aus den Nähten platzte:

"Zwar lag sie am 10. Mai, als der deutsche Angriff auf Holland und Belgien begann, noch immer in Arys (Ostpr. Truppenübungsplatz), und das Tempo der ersten Tage des dritten Blitzfeldzuges ließ viele Soldaten der Division daran zweifeln, ob der Truppenübungsplatz noch rechtzeitig mit dem Schlachtfeld würde vertauscht werden können." (8)

"Doch schnell ging diese " saure-Gurken-Zeit" zu Ende" (17)

"Der Krieg erschöpfte sich im Wachdienst" (30).

Die Soldaten deutscher Kultur müssen vor der Schädigung durch die westliche Zivilisation bewahrt werden.

"Nicht lange konnte sich die Division des französischen Sommers freuen. Die Annehmlichkeiten und die Gefahren des Etappenlebens in Frankreich blieben ihr erspart. Sie befand sich unter den ersten Verbänden, die schon im Sommer 1940 in den von Truppen entblößten Osten zurückverlegt wurden." (S. 16)

Partisanen

Wer als Befreier in die Sowjetunion zieht, vermag verständlicherweise nicht zu begreifen, wieso diejenigen, die er doch vom Bolschewismus befreien will, ihn in Form des Partisanenkrieges bekämpfen. Daran muß die Mißchtung der soldatischen Tugenden durch Teile der Befreier die Schuld tragen:

"Es waren klare, noch heiße Sommertage, als die Züge in Kiew einrollten, um die "Elche" in das weite Land der ukrainischen Schwarzerde mit den blühenden Sonnenblumen und Maisfeldern zu bringen. Als das Vorkommando eintraf, machte die ukrainische Hauptstadt noch einen friedlichen Eindruck mit allem Wohlleben der Kriegsschmarotzer; wenige Tage darauf, flohen sie in überstürzter Hast und beluden die kostbaren Lkw, die bei der Truppe fehlten, mit Möbeln und anderem persönlichem Gepäck, um - meist in weiblicher Begleitung - nach Westen abzufahren. Die Soldaten der Division, die solche Bilder nicht kannten, waren verbittert und ahnten den Zusammenhang dieser Erscheinungen mit der Tatsache, daß das Gebiet zwischen Front und Heimat weithin partisanendurchsetzt war und die hofffnungsfrohe Zuneigung der vom Bolschewismus befreiten Menschen längst in stumpfe Gleichgültikeit oder gar in Haß umgeschlagen war." (53)

Die Perspektive, aus der Conze den Frieden als Schmarotzer des Krieges erkennt, ist die desjenigen, der den nationalsozialistischen Krieg seiner mangelnden Effizienz wegen kritisiert. Wäre der Führer nicht militärisch inkompetent und seine zivilen Gefolgsleute korrupt gewesen, der Krieg wäre nicht nur gewonnen worden, sondern die tiefe Moralität der Truppe würde die Bevölkerung der Sowjetunion auch dahin gebracht haben, das Hakenkreuz auf sich zu nehmen. Die "Seuche" der Partisanen ("partisanenverseuchte Gebiete"; 43,62) aber konnten die Conzes nicht mehr ausrotten; Erfolgsmeldungen wie die folgenden aus den ersten Wochen des Krieges mochten fortan nur noch zum Arsenal ihrer Wunschträume gehören:

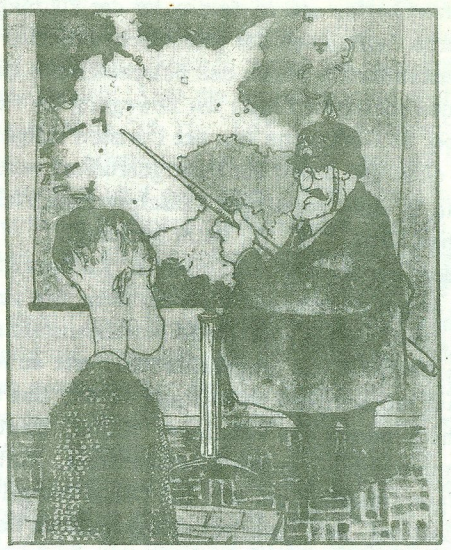
"29.6. - 13.7.41: Säuberung und Befriedung von Kurland." (Gefechtsbezeichnungen der 291. Infanterie-Division; Anlage 9, Divisionsgeschichte S. 109)

"Sie ergaben sich in den nächsten Tagen bei den Säuberungskämpfen in Kurland". (22)

"Am folgenden Tag wurden Hafen und Stadt gesäubert. Die erste Schlacht war siegreich geschlagen. Oberst Lohmeyer erhielt das Ritterkreuz." (22)

Conze und die Aufklärung

Conzes Rede, gegen das Licht der Divisionsgeschichte gehalten, verbreitet Einsichten über die Lebendigkeit des Faschismus im Bewußtsein der herrschenden Klasse. Da "fröhlich offene Menschen", deren Anblick in Estland dem deutschen Offizier bestätigt, Befreier zu sein, dem Rektor Conze unter den Studenten allenfalls später in seinen Memoiren begegnen, die Studenten ihn vielmehr massenhaft mit Eiern bewerfen, Resolutionen gegen die Unverschämtheiten des Rektorats beschließen, GO und Ordnungsrecht durch Urabstimmungen ablehnen und die GO-Wahlen boykottieren, also kurz, sie sich die Bedingungen geschaffen haben, ihrem politischen Willen Ausdruck zu verleihen, muß Conze Zustimmung dort suchen, wo er sie noch erhoffen kann: bei einem Publikum, unter dem die Bildzeitung ein weit höheres Ansehen genießt, als die Schriften des Aufklärers Kant. Aber ein Historiker kann über Rundfunkwellen seinen Kant sogar dem Bildleserparlament verkaufen, weil , wie er ihn versteht, weiß, daß dieses bereits besitzt, was Kant den Gelehrten unter den Untertanen des preußischen Königs und der protestantischen Kirche erst erstreiten wollte und was einem Universitätsrektor und der Masse der Studenten heute immer noch beschnitten wird: die "Freiheit im öffentlichen Gebrauch der Vernunft".
Sich nach der von bekannten Garanten der Meinungsfreiheit in Westdeutschland freigehaltenen Meinung richtend, weiß Conze von "Terroraktionen" des "durch Universitätsfremde und Auswärtige verstärkten SDS", von "Einschüchterung und Verhetzung der beteiligten Studenten" durch "Terrorgruppen", von "von außen kommenden Störern", von "Schlagwortimpfungen" und der "durch Agitprop-Parolen verseuchten Atmosphäre" zu erzählen. Weil mehr Eier flogen, als der SDS Mitglieder und Anhänger haben darf, mußte dieser Verstärkung von auswärts geholt haben und weil



„Was, Müller, haben Sie an der Methode meines Geschichtsunterrichtes auszusetzen?"

die Studenten diesem "terroristischen Treiben" nicht gewehrt haben, muß ihnen der "öffentliche Gebrauch der Vernunft" verordnet werden. Die Disqualifizierung der Studenten als "Unmündige", die sich von einer Handvoll "Regisseuren" lenken lassen, kehrt den emanzipativen Sinn, den die Kantsche Forderung seinerzeit hatte, indem sie versuchte, Meinungsfreiheit für die Gelehrten gegenüber den Herrschaftsapparaten von Monarchie und Kirche institutionell festzumachen, ins genaue Gegenteil um. Mit dem Ordnungsrecht in der einen, dem Strafgesetzbuch in der anderen Hand, Kant zitierend, hinter sich die Polizei nähert sich Conze den Studenten als Befreier vom SDS. Immer noch ist es deutscher Kulturboden, der befreit werden muß. Die alten Elche kommen nicht zur Ruhe.

Fr 5.12. The Cherry Blossom-Time

Fr 12.12. Carl Rüdiger Inc. Quartett Berlin

Fr 19.12. THE GURU GURU GROOVE

Do 25.& Fr 26.12. Gerd Dudek-Ed Kröger Quartett

Mi 31.12. Große Silvester Party mit vielen Überraschungen

Jeden Samstag, Sonntag, Montag Dienstag, und Mittwoch Tanz mit unserer Stereo-Discothek und modernsten Lightshow.

CAVE 54

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e. V.
Heidelberg, Krämergasse 2 Tel. 06221/27840

Werden Sie Mitglied im ältesten Studenten Jazz- Club Deutschlands

Ansprache des Rektors der Universität Prof. Dr. Werner Conze im Süddeutschen Rundfunk Heidelberg am 20. Nov. 1969

Freiheit im öffentlichen Gebrauch der Vernunft

Vor einer Woche wurde der Rektor der Universität Heidelberg von dem durch Universitätsfremde und Auswärtige verstärkten SDS gewaltsam daran verhindert, zu den Studenten der Universität zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren. Da die Terroraktion gut geprobt und das Aufgebot stark war, meinten die Studenten, die unorganisiert um der Sache selbst willen gekommen waren, trotz vielfach ausgestoßener Proteste hilflos zu sein, so daß die Veranstaltung nach erheblichem Lärm-, Eier- und Tomatenaufwand abgebrochen wurde. Die Erbärmlichkeit des vom SDS-AStA begünstigten und bejahten Vorgehens näher zu charakterisieren, erübrigt sich. Die Mitglieder der Universität und die Öffentlichkeit außerhalb der Universität fragen allgemein, warum denn die Regisseure dieser Unmündigkeitsdemonstration das Gespräch des Rektors mit den Studenten fürchten und warum sie zu dem jämmerlichen Aushilfsmittel gegriffen haben, die Studenten von der unmittelbaren Verbindung mit dem Rektor auszusperren. Es blieb aber an jenem Abend nicht nur dabei, daß die Kommunikation und Information zwischen Universitätsmitgliedern unterbunden wurde, sondern es wurde anschließend in einem Hörsaal mit den üblichen Versammlungsmethoden des SDS eine sog. Resolution durchgebracht, in der zynisch Straffreiheit für alle bisher verübten strafbaren Handlungen als Voraussetzung dafür gefordert wurde, daß mit dem Rektorat überhaupt gesprochen werden könne. Der AStA veröffentlichte die Resolution am folgenden Tage und identifizierte sich mit ihr. Mit diesem Umdrehen des Spießes sollte wiederum von der eigenen Schwäche abgelenkt werden: nämlich nichts anderes mehr zu vermögen als durch "Argumente der Sprachlosigkeit", wie es in einem kritischen Flugblatt hieß, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu mißachten. Darüber hinaus wurde angekündigt, die im Dezember neu entstehenden Repräsentativgremien der Universität nicht nur zu boykottieren, sondern auch "vom außen wirksam zu bekämpfen". Das ist eine unverblümte Drohung derjenigen, die die Kette der Störungen und Verhinderungen der Lehrveranstaltungen sowie die Terroraktion gegen Rektor und Studenten in der Neuen Aula unter ihrer Regie haben laufen lassen.

Es ist daher an der Zeit, ängstliche Verschleierungen oder leichtfertige Verharmlosungen hinter sich zu lassen und harte Tatsachen beim Namen zu nennen.

Wollen wir dies tun, so muß vorab jedoch daran erinnert werden, daß die Unruhe an unseren Universitäten allgemein - abgesehen von der Frage, wieweit sie ins Kriminelle und Absurde umgeschlagen ist - ihre verständlichen und weithin berechtigten Ursachen gehabt hat und noch hat.

Mangelhaft entwickelte Planung im Bundesmaßstab, rasch steigender Aufwandsbedarf für Lehr- und Forschungseinrichtungen, reformbedürftige, im ganzen noch nicht wirksam reformierte Studien- und Prüfungsordnungen, ein vielfach gestörtes Verhältnis von Studium und Berufszielsetzung, eine allzu zögernde Verbesserung des Förderungswesens, übermäßig hohe Anteile des Studiumsabbruchs vor dem Abschlußexamen vor allem in geisteswissenschaftlichen Fächern, die Tendenz zu unmäßiger Verlängerung des Studiums bei vielfach nur unzulänglich ausgenutzter Studienplatzkapazität in vorlesungsfreien Zeiten, Überfüllung und Sperrung des Zugangs in sog. Massenfächern, unvermeidliche Überlastung der Ordinarien trotz der entlastenden raschen Vermehrung der Stellen für Assistenten und Räte, daraus folgend die drängende Frage einer funktional gedachten Strukturreform des Lehrkörpers im ganzen, d.h. einschließlich der Assistenten.

Diese Häufung der unmittelbar vordringlichen Probleme wenigstens angedeutet zu haben, war notwendig, um die konfliktreiche innere Lage der Universitäten, in besonders zugespitzter Weise auch der Universität Heidelberg, in ihrem sie bedingenden Zusammenhang sehen und verstehen zu können. Wir kommen heute nicht umhin anzuerkennen, daß alle soeben angedeuteten Fragen miteinander in Wechselwirkung stehen, daß sie daher nicht jeweils nur isoliert im Teilbereich gelöst werden können und daß sie über die einzelnen Universitäten und Länder hinaus eine möglichst umfassende Bundesrahmenkompetenz sowie eine Planung im westdeutschen Zusammenhang herausfordern. Gleichwohl oder gerade deswegen muß die Universität jedoch den ihr garantierten Freiheitsraum zu eigener Gestaltung in einem großräumigen Bildungs- und Forschungssystem nicht nur bewahren - bloße Autonomieverteidigung führt nicht voran -, sondern reformierend und planend selbständig ausbauen.

Dies aber setzt eine Verfassungsänderung der Universität voraus, da zu solch selbsttätiger Fortbildung die trotz ihrer Vermehrung klein gewordene Professorenschaft nicht mehr allein tragfähig ist. Ebenso wie die anderen Universitäten des Landes hat die Universität Heidelberg aufgrund des baden-württembergischen Hochschul-

gesetzes nunmehr eine solche, von ihr selbst ausgearbeitete Verfassung erhalten, in der die Verantwortung auf alle Gruppen der Universität ausgeweitet und damit die Voraussetzung dafür geschaffen worden ist, daß die Last für die Selbstverwaltung unter modernen Bedingungen auf einen breiteren Trägerkreis verteilt werden kann.
Breiterer Trägerkreis - das heißt Verantwortlichkeit aller Mitglieder der Universität, also nicht wie bisher allein oder fast allein der Professoren, sondern des gesamten Lehrkörpers im weitesten Sinne und der Studenten. Daß diese Verantwortlichkeit nur in Repräsentativorganen und mit differenzierten Kompetenzen je nach Aufgabe und Qualifikation angemessen verwirklicht werden kann, versteht sich von der Aufgabe her, die der Universität mit der Ausübung und Verwaltung von Forschung und Lehre gestellt ist. Daß solche funktionsgerechte Demokratisierung durch eine zweckmäßig reformierte Zentralverwaltung voll wirksam gemacht werden muß, ist ebenfalls unumgänglich geboten. Beides - repräsentativ verfaßte Gesamtverantwortung und Verwaltungsreform - ist durch die neue Grundordnung ermöglicht worden.

Die Lösungen, die die Grundordnung im einzelnen dafür gefunden hat, scheinen vielen als gefährlich weitgehend den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auftrag der Universität zu bedrohen. Andere sehen sie dagegen als unzulänglich im Hinblick auf weiterreichende Demokratisierungsvorstellungen an. Doch eine breite tragende Mitte der Universitätsmitglieder aller Gruppen steht insofern auf dem Boden der Grundordnung, als sie unbeschadet aller Einzelkritik die neue Verfassung als gegeben angenommen hat und bereit ist, auf diesem Boden aktiv mitzuarbeiten. Jenseits der Gegner sowohl als auch der Träger der neuen Ordnung steht allerdings die vermutlich allzu große Zahl derjenigen, die nur Nutznießer, aber nicht Mitgestalter der sich selbst verwaltenden Körperschaft sein wollen. Sich öffentlicher Tätigkeit zu enthalten und zeitraubende Mitarbeit in der Selbstverwaltung zu scheuen, liegt für den akademischen Bürger aller Stufen stets nahe, da Forschen, Lehren und Lernen viel Zeit und einen hohen Grad von Muße erfordern. So ist korporationspolitische Abstinenz verständlich. Aber sie ist heute lebensbedrohend. Arbeit in der Selbstverwaltung ist von jeher nur Arbeit auf Zeit gewesen. Das wird auch unter den Bedingungen der neuen Verfassung so bleiben. Zeitweise sich durch Amtsübernahme aktiv in den Dienst der Universität stellen, ist eine selbstverständliche Pflicht der jetzt zu Ende gehenden Professorenkorporation gewesen. Es ist hinkünftig die Pflicht aller Universitätsmitglieder; diese Pflicht wird allerdings auch in der Zukunft in den höheren Qualifikationsstufen des akademischen Körpers für den einzelnen unausweichlicher sein, als in den Anfängerstufen, d.h. bei Studenten und z.T. auch bei Assistenten mit ihren großen Zahlen. Doch selbst den an akademische Mitverantwortung bisher noch kaum gewöhnten, zahlreichen Studenten wird von nun an viel auferlegt sein. Wenn mit gut 400 Studenten gerechnet werden muß, die jeweils für ein Jahr in den Gremien von der Fachgruppenkonferenz bis zum Großen Senat mitarbeiten werden, so ist das ein beträchtlicher Anteil an Verantwortungswilligen, denen eine weit höhere Zahl von studentischen Wählern zugeordnet sein wird. Alle Gruppen der Universität außer den Professoren, die bisher die Verantwortung trugen, übernehmen also von diesem Winter an mit neuen Rechten erhebliche Pflichten und damit Lasten für ihre Körperschaft. Und dies nicht in einer Normalzeit, in der das bei der großen Zahl der Universitätsmitglieder nicht allzu stark ins Gewicht fallen mag, sondern im Moment akuter Krise und andrängender Reformaufgaben. Dazu kommt in Heidelberg seit mehreren Semestern die Belastung durch eine politische Unruhe, die ähnliche Erscheinungen an anderen westdeutschen Universitäten übersteigt. Sie wird in diesem Semester des Übergangs in die neue Verfassung von denen, die ein revolutionstaktisches Interesse daran haben, von neuem geschürt. Das erfordert von allen Mitgliedern der Universität, besonders aber von denen, die bereit sind, in den neuen Gremien mitzuarbeiten, eine zusätzlich erhöhte Bereitschaft zu aktiv bewährter Verantwortung.

Schon zu Beginn des Semesters wurde gesagt, daß es in diesem Winter zunächst und vor allem darauf ankomme, die Universität funktionsfähig zu erhalten. Was heißt das praktisch? Allererst selbstverständlich, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitsbedingungen in den Instituten und Hörsälen nicht gefährdet werden. Es ist ein klarer, bereits praktizierter und vom Senat der Universität gebilligter Grundsatz, daß die Lehrkräfte eines Faches ihre Unterrichtstätigkeit einstellen, wenn Terrorgruppen unter Einschüchterung und Verhetzung der beteiligten Studenten eine Lehrveranstaltung des Faches erheblich stören oder verhindern. Konflikte, die dabei auftreten, werden in der Regel von den Studenten des Faches selbst, möglichst durch gemeinsame Beratung mit den Lehrkräften, wie sie ohnedies in Kürze in den neuen Fachgruppenkonferenzen gegeben sein wird, unter Ausschluß der von außen kommenden Störer, gelöst werden können. Daß der Lehrbetrieb grundsätzlich studentischer Kritik unterliegen sollte, ist von Einsichtigen schon früher nicht bestritten worden und entspricht ausdrücklich dem Sinn der Grundordnung.

Die Universität funktionsfähig erhalten, ist jedoch ein Grundsatz, der nicht nur auf Lehrveranstaltungen bezogen ist. Er bezieht sich nicht minder auf die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane, speziell der zahlreichen Fachgruppenkonferenzen, Fakultätskonferenzen und die beiden Senate, die alle noch im Laufe des Dezembers oder spätestens unmittelbar nach der Weihnachtspause gebildet sein sollen. Hier kommt es nicht minder

auf die tätige Verantwortung der Universitätsmitglieder an, dafür zu sorgen, daß der Selbstverwaltung unter der neuen Verfassung die Achtung erwiesen wird, die für ein gedeihliches Arbeiten der Konferenzen und Senate vorausgesetzt werden muß.

Daß alle Mitglieder der Universität verpflichtet sind, die Aufgabe der Universität zu fördern, und sie es sich demgemäß versagen müssen, die Ausübung und Verwaltung von Forschung und Lehre an der Universität zu stören oder gar mit Gewalt zu verhindern, ist ein selbstverständlicher Grundsatz des Körperschaftsrechts. Er ist aber auch ausdrücklich in der Grundordnung und im Hochschulgesetz - dort im § 55 - festgehalten. Es heißt an dieser Stelle:
"Alle Mitglieder der Universität sind verpflichtet, an der Erfüllung der Aufgaben ihrer Universität mitzuwirken. Sie haben insbesondere die Ordnung der Universität zu wahren und . . . an ihrer Weiterentwicklung mitzuarbeiten."
Es ist klar, daß nur, wenn dieser Grundsatz befolgt oder wenigstens nicht ausdrücklich in Wort und Tat mißachtet wird, die Umwandlung der Universitätsstruktur in den nächsten Wochen planmäßig vor sich gehen kann. Die neue Verfassung ist zwar im Wortlaut schon rechtskräftig, tatsächlich aber noch nicht anwendbar. Wird dieser Zwischenzustand der Labilität zwischen alter und neuer Ordnung verlängert, so ist die Funktionsfähigkeit und damit die Arbeit der Universität in diesem Winter ernstlich gefährdet. Die Mitglieder der Universität Heidelberg und die an der Fortbildung der Universität heute mit Recht rege interessierte Öffentlichkeit ringsum müssen sich darüber klar sein, wieviel davon abhängt, daß die neuen Universitätsgremien in den nächsten Wochen so schnell und wirksam wie möglich ins Leben treten können. Die wirkliche Lage an der Universität ist dadurch bezeichnet, daß der bevorstehende Start nicht nur durch die Passivität der Desinteressierten bedrohlich ist, sondern vor allem durch sog. Aktionen und, wie es in der Eigenaussage heißt, durch planmäßig "destruktive Wühlarbeit" derjenigen bedroht ist, denen nicht an der Universitätsreform, sondern an der Instrumentalisierung der Universität für allgemein revolutionäre Ziele gelegen ist. SDS und AStA haben sich zum Ziel gesetzt, nicht nur die Wahlen zu boykottieren und mit ihren Schlagwortimpfungen möglichst viele Studenten zu bewegen, auf ihr Wahlrecht zu verzichten und sich auf solche Weise mit der Passivpartei der Nichtwähler zu vereinigen; sie kündigten darüberhinaus, wie bereits erwähnt, ausdrücklich an, daß die neuen Gremien von außen wirksam bekämpft werden würden. Welche Methoden dabei angewandt zu werden pflegen, haben die Bürger der Universität und die Bürger der Stadt Heidelberg zur Genüge erfahren. Es ist zu fragen, ob und wielange dem terroristischen Treiben noch passiv zugesehen werden soll. Durch diese Frage soll nicht etwa auf die Schutzpflicht des Staates angespielt werden. Daß dieser Schutz in Anspruch genommen werden muß, wenn die Schwelle überschritten ist, die den Einsatz erfordert, ist so selbstverständlich, daß es nicht erwähnt zu werden braucht. Vielmehr geht es bei dieser Frage um etwas anderes: nämlich um den im Gang befindlichen Klärungsprozeß innerhalb der Universität, besonders der Studentenschaft, sowie um praktische Konsequenzen aus den bereits gewonnenen Einsichten. Warum, so frage ich, wird die Universität auch jetzt noch trotz des Abscheus der großen Mehrheit ihrer Mitglieder von einer ständig im beweglichen Einsatz stehenden Kampfgruppe je nach deren revolutionstaktischen Bedürfnissen in ihrer Arbeit behindert und in ihrer hochschulgemäßen Lebensweise gestört, ohne daß der potentielle Abscheu aktualisiert wird? Wir leben in einer politisch verfaßten Gesellschaft mit vielberufener demokratischer Freiheit, die auf die Initiative ihrer Bürger angewiesen ist. Sollte es tatsächlich unter freien Menschen fortgesetzt hingenommen werden, daß folgender taktisch berechneter Dreischritt immer wieder Erfolge aufweisen kann: nämlich methodisch geübte Angsteinflößung durch Terrormittel verschiedener Art auf der einen Seite, gedankenloses Aussprechen von Argumenten der Trägheit oder Furcht auf der anderen Seite, mit der Folge, daß der von den Taktikern der Destruktion gewünschte Effekt der Lähmung des Handelns bei der großen Masse der Betroffenen, nicht zuletzt der Studenten, eintritt. Scheuen wir uns doch nicht, solche einfachen Grundwahrheiten schlicht beim Namen zu nennen und damit die Nebelwand zu durchbrechen, die durch eine robuste Schlagwortsprache aufgebaut wird, in welcher diejenigen, auf die sie wirken soll, wahrlich beleidigend tief eingeschätzt werden. Wenn ich solche in ihrer Simplizität erschreckenden, aber unbestreitbaren Zusammenhänge ins Bewußtsein hebe, so nehme ich damit in Kauf, von manchen, die ich als Gesprächspartner hochschätzen würde, als zu hart mißverstanden zu werden.

Damit ist das gegenwärtige Hauptproblem unserer Universität berührt: wie sind die Hindernisse des absichtlichen und mehr noch des unbewußten und kümmerlich artikulierten Mißtrauens zu überwinden, das sich aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen, die eingangs skizziert wurden, aufgrund von Versäumnissen aller Seiten nicht zuletzt auch der Professoren, hat bilden können und nun in einer durch Agitprop-Parolen verseuchten Atmosphäre des Nicht-mehr-Hörenwollens ins Groteske gesteigert worden ist. Wenn wir diese Hindernisse überwinden wollen, gilt es mehr denn je, verdummende Losungen, wie z.B. "Diskussion mit Professoren hat keinen Zweck" oder "Diskussion mit Conze ist Betrug", abzutun, der Resignation zu entsagen und schlicht, gewissermaßen von vorn anfangend, mit einander zu sprechen. Das haben wir offenbar weitgehend gerade in der Zeit verlernt, in der bis zum Überdruß vom Diskutieren die Rede war und Diskussionen schließlich unter Nötigungsdruck gestellt oder neuerdings sogar verhindert werden. Denkende Menschen, zu denen akademische Bürger e

definitione zu zählen sind, lehnen all diesen Mißbrauch sog. Diskussion ab und haben das Bedürfnis, durch wirkliches Miteinander-Sprechen aus der Wüste, in die wir geraten sind, wieder hinauszufinden und dabei das jeweilige Gegenüber nicht vom Image aus anzusehen, das ihm aufgedrückt wird, sondern die Person zu achten und sich selbst vom arroganten Unfehlbarkeitsanspruch fernzuhalten.

Es genügt aber nicht, sich in private Zirkel zu flüchten. Wir müssen die drängenden Fragen auch öffentlich aufgreifen. Es wäre über vieles zu sprechen - so z.B. über den Umgang mit Menschen, die Achtung vor dem Mitmenschen oder auch - sehr alt, aber fordernd ausgedrückt, - über die Liebe zum Nächsten, auf die Gefahr hin, daß das mit Hohngelächter beantwortet wird. Es sollte vordringlich - nicht ohne Bereitschaft zu gründlicher und nicht einseitiger Information - über heikle Fragen, wie z.B. über den Numerus clausus, über Ordnungsrecht, über Gleichheits- und Leistungsprinzip, über Universitätsstruktur und studentische Mitbestimmung miteinander gesprochen werden. Der Rektor war und ist, freilich nur auf dem Boden allerseits anerkannter Fairneß, dazu bereit. Auch über den Begriff und die Wirklichkeit der sog. Ordnung wäre offen zu reden. Viele von uns, besonders in der jungen Generation, haben ein gestörtes Verhältnis zur gesellschaftlichen Ordnung und sehen diese im Wiederspruch zu fortschrittlicher Bewegung. Ich verkenne nicht das verhängnisvolle, noch immer nachwirkende Erbe der revolutionären Epoche Europas, in der Gesetz und Ordnung immer wieder gegen Freiheitsforderungen und soziale Bewegung gestanden haben. Es ist auch historisch evident, daß Hitler seine Schrankenherrschaft u.a. deswegen hat aufrichten können, weil er die Rolle des Retters der Ordnung gegen die Demokratie demagogisch zu spielen wußte. Er hatte freilich nur deswegen damit Erfolg, weil es die angegriffene Demokratie an Selbstsicherheit fehlen ließ und nur zur Defensive fähig war. Ich erinnere aber auch an das andere Verhängnis, daß nämlich gerade in sozialistischen Verfassungen seit 1917 immer wieder "Ordnung" aufgerichtet worden ist, bei der die Freiheit des Menschen begraben wurde.

All dies und vieles damit Verbundene sind es wert, in einer sich selbst kritisch begreifenden Universität, für die Eier und Tomaten nie Argumente sein können, stets von neuem besprochen und durchdacht zu werden - innerhalb und außerhalb der Lehrveranstaltungen. Die Auseinandersetzung um die politischen Grundfragen in ihrem Bezug zu unserer Lebenswirklichkeit an der Universität beginnt immer wieder und setzt auch stets von neuem an, nicht allein weil die Bedingungen, unter denen wir stehen, sich wandeln, sondern weil jährlich immer neue Jahrgänge von Studenten zur Universität kommen. Inmitten dieses ständigen Flusses sollte das Gespräch mit den Lehrern wieder gesucht werden, sofern diese Lehrer zugleich dabei auch Lernende und Hörende sein zu wollen bereit sind.

Die neue Grundordnung zwingt die bisher nicht genügend verbundenen und daher seit dem zunehmenden Massenzustrom immer schlechter übereinander unterrichteten Gruppen institutionell an die gemeinsamen Tische. Die Wahlen zu den neuen Gremien werden der erste Beitrag dazu sein, eine fruchtbare Beziehung - nicht nur in Harmonie, sondern auch im Konflikt - miteinander in einer neuen und ausbaufähigen Verfassung zu suchen.

Haben wir ein Interesse daran, diese Beziehung zu unterbinden, damit den Weg zur Reform abzuschneiden, in Mißtrauenskomplexen zu verharren und die Universität als solche aufs Spiel zu setzen?

"Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" Das bezeichnete Kant als das Wesen de Aufklärung. Müssen wir dahinter zurücksinken? Zu dieser Aufklärung, so fährt Kant fort, "wird nichts anderes erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen . . . Der öffentliche Gebrauch seiner Vernunft muß jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zustande bringen."

Das wurde vor bald 200 Jahren in schöner Hoffnung geschrieben!

Konditorei-Café Scheu
Hauptstr. 137 · Telefon 2 11 03
Bekannt für vorzügliche Konditoreiwaren
Spezialität: stets frische Pralinen eig. Herstellung

Rote Schüler Presse
10 Pf
erhältlich bei J. Burkhards
Rotem Buchladen
Rote Schüler Presse

2. KARRIERE EINES RECHTSWAHRERS

Im vergangenen Monat wurde in Heidelberg der Tübinger Soziologieprofessor Tenbruck von Studenten ausgesperrt. Tenbruck hatte sich für eine Vertretungsprofessur u. a. dadurch qualifiziert, daß er einen "Lagebericht" über die Studentenunruhen für Herrn Dyckerhoff, Vorstandsvorsitzender der Dyckerhoff AG, lieferte. (Abgedruckt in Rotes Forum 4/69; inzwischen verleugnet Tenbruck den Auftraggeber und behauptet, er kenne ihn gar nicht; wir haben aber das Dokument von Mitgliedern einer Betriebsbasisgruppe direkt aus dem Büro Dyckerhoffs erhalten) Obwohl die Institutskonferenz der Soziologen drei Vorschläge unterbreitete, sorgte der Ordinarius für Soziologie und Ethnologie W.E. Mühlmann, von dem einige Zeilen weiter noch die Rede sein wird, für die Wahl Tenbrucks. Damit war zweierlei klar gemacht:
a) wie man sich für ehrenvolle Ämter qualifiziert und
b) wie gering studentische konstruktive Kritik geachtet ist.

Tenbruck ist inzwischen, wie im Roten Forum 5/69 prophezeit, abgetreten.

Der Rektor der Universität Heidelberg, der Historiker Conze, setzte die studentische Forderung "Tenbruck raus" mit "Juden raus" gleich. Daraus ist zu entnehmen, daß die Repräsentanten des Professorenstandes in der Phase der Bedrohung ihrer Privilegien durch die kapitalistische Universitätsreform einerseits und die Kritik der linken Studenten andererseits ein faschistisches Potential enthüllen. Ihre Deklassierung zu Kleinbürgern, die sich jetzt nachhinkend auch institutionell ausdrückt, läßt die Bildungsbürger als solche erscheinen, die immer schon im Stillen dachten, daß "Bild" so unrecht gar nicht habe.

Conzes "Tenbruck raus = Juden raus" zeigt außerdem, daß die großen Ideologien des Humanismus und des deutschen Idealismus endgültig zu Makulatur geworden sind, nachdem schon der Historiker Treitschke, ein führender Ideologe des Bismarck-Reiches, die "Politik" des Aristoteles zum "Stahlbad des klassischen Alterthums" (H.v.T., Politik, 2 Bde, 1897 ff.)instrumentalisiert hatte. Der Rückgriff Treitschkes aufs Alterthum zeigte bereits das Vorwärts ins Stahlbad des 1. Weltkriegs an. Treitschke denunzierte ausdrücklich die bürgerliche Gesellschaft als antagonistisch und folgerte daraus, daß nur "im Heere allein ... sich alle Söhne des Vaterlandes geeint (fühlen)". (a.a.O., 2. Bd., S. 356) Insofern wahrt Conze als Staats- und Polizeistratege die Kontinuität.

Aber andererseits, und das ist besonders gefährlich an der genannten Gleichsetzung, knüpft er zugleich an der jüngsten deutschen Vergangenheit an. Es soll suggeriert werden, die linken Studenten seien die SA von heute und Tenbruck und Dyckerhoff, die Vertreter der herrschenden Klasse, die verfolgte jüdische Minderheit: " Die Wut auf die Demonstranten läßt alle Sicherungen der inzwischen gelernten "demokratischen Selbstkontrolle" durchbrennen. Die Wut schmilzt alle Unterschiede weg, auch die zwischen verfemter Vergangenheit und rechtgläubiger Gegenwart. Für den Augenblick der Gewaltandrohung stellt sich die alte Volksgemeinschaft der Verfolgung wieder her, gegen neue Opfer gerichtet erscheint sie als Schutz der Demokratie. In der Demokratie der Wut aber wird dieverdrängte Gewalt befriedigt,indem sie freigelassen wird, wird die verfemte Vergangenheit "aufgearbeitet", indem man sich zu ihr bekennt. Diese "Vergangenheitsbewältigung", will sie die Wut des Augenblicks überdauern, kommt nicht ohne Rechtfertigung aus. Die Gewalt wird der demonstrierenden Minderheit nicht einfach im zynisch offenen Rückgriff auf faschistische Säuberungsmethoden angedroht. Die Ausmerzung, die man für die Demonstranten herbeiwünscht, hat man zwar unterm Faschismus gelernt, nun aber droht man mit dem Gelernten antifaschistisch. Denn gegen die Demonstranten stellt man sich nur, weil man dem Wiederauferstehen der faschistischen Vergangenheit vorbeugen will. Die oppositionelle Minderheit wird der SA gleichgesetzt, ihre Demonstrationen dem SA-Terror. Indem man auf die Demonstranten als SA-Leute einschlägt, wird man den SA-Mann los, der man einmal war, und kann es doch bleiben. "(Kursbuch 12, S. 136 f.) Aber die neuen Faschisten werden die alte SA nicht los, der unverbesserliche Bodensatz der kompromittierten Bourgeoisie kommt nicht mit und besteht auf der historischen Wahrheit. "Als ehemaliger alter SA-Führer verwahre ich mich schärfstens im Namen meiner Kameraden gegen ihren Artikel "Linke SA" im "Schwarzwälder Boten". Wir weisen es zurück, mit den Teufels, Dutschkes und anderen ungewaschenen, verkommenen LSD-Schluckern in einen Topf geworfen zu werden. Die SA war der Aufstand der Anständigen gegen den damals auf allen Gebieten zutage getretenen Zerfall. Während die frommen Bürger zu träge und zu feige waren, hat die SA allein den Kampf gegen Verseuchung und Dekadenz aufgenommen. Diese schlichten Dinge werden total verdreht und vernebelt. " (Leserbrief von Hugo Gleiter aus Horb am Neckar an den "Schwarzwälder Boten" zit. nach SPIEGEL, 22.1.68, S. 114)

Im Folgenden dokumentieren wir die Tätigkeit eines SS-Führers, der sich in dem genannten Zusammenhang noch nicht zu Wort gemeldet hat, obwohl er als Ordinarius an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg lehrt. Um dem Verdacht vorzubeugen, daß es um Individuen und nicht vielmehr um einen Stand ginge, möchten wir daran erinnern, daß die Medizinische Fakultät sich hinter den emeritierten Chirurgen K.H. Bauer stellte, als dessen "wissenschaftliche" Tätigkeit als Euthanasie-Befürworter im Dritten Reich aufgedeckt wurde. Ebenfalls lehrt der oben erwähnte W.E. Mühlmann immer noch an der Philosophischen Fakultät, (inzwischen liess er sich schnell emeritieren, weil er sich in seinem Institut bedroht fühlte), obwohl er schon 1963, als es noch keine politische

definitione zu zählen sind, lehnen all diesen Mißbrauch sog. Diskussion ab und haben das Bedürfnis, durch wirkliches Miteinander-Sprechen aus der Wüste, in die wir geraten sind, wieder hinauszufinden und dabei das jeweilige Gegenüber nicht vom Image aus anzusehen, das ihm aufgedrückt wird, sondern die Person zu achten und sich selbst vom arroganten Unfehlbarkeitsanspruch fernzuhalten.

Es genügt aber nicht, sich in private Zirkel zu flüchten. Wir müssen die drängenden Fragen auch öffentlich aufgreifen. Es wäre über vieles zu sprechen - so z.B. über den Umgang mit Menschen, die Achtung vor dem Mitmenschen oder auch - sehr alt, aber fordernd ausgedrückt, - über die Liebe zum Nächsten, auf die Gefahr hin, daß das mit Hohngelächter beantwortet wird. Es sollte vordringlich - nicht ohne Bereitschaft zu gründlicher und nicht einseitiger Information - über heikle Fragen, wie z.B. über den Numerus clausus, über Ordnungsrecht, über Gleichheits- und Leistungsprinzip, über Universitätsstruktur und studentische Mitbestimmung miteinander gesprochen werden. Der Rektor war und ist, freilich nur auf dem Boden allerseits anerkannter Fairneß, dazu bereit. Auch über den Begriff und die Wirklichkeit der sog. Ordnung wäre offen zu reden. Viele von uns, besonders in der jungen Generation, haben ein gestörtes Verhältnis zur gesellschaftlichen Ordnung und sehen diese im Wiederspruch zu fortschrittlicher Bewegung. Ich verkenne nicht das verhängnisvolle, noch immer nachwirkende Erbe der revolutionären Epoche Europas, in der Gesetz und Ordnung immer wieder gegen Freiheitsforderungen und soziale Bewegung gestanden haben. Es ist auch historisch evident, daß Hitler seine Schrankenherrschaft u.a. deswegen hat aufrichten können, weil er die Rolle des Retters der Ordnung gegen die Demokratie demagogisch zu spielen wußte. Er hatte freilich nur deswegen damit Erfolg, weil es die angegriffene Demokratie an Selbstsicherheit fehlen ließ und nur zur Defensive fähig war. Ich erinnere aber auch an das andere Verhängnis, daß nämlich gerade in sozialistischen Verfassungen seit 1917 immer wieder "Ordnung" aufgerichtet worden ist, bei der die Freiheit des Menschen begraben wurde.

All dies und vieles damit Verbundene sind es wert, in einer sich selbst kritisch begreifenden Universität, für die Eier und Tomaten nie Argumente sein können, stets von neuem besprochen und durchdacht zu werden - innerhalb und außerhalb der Lehrveranstaltungen. Die Auseinandersetzung um die politischen Grundfragen in ihrem Bezug zu unserer Lebenswirklichkeit an der Universität beginnt immer wieder und setzt auch stets von neuem an, nicht allein weil die Bedingungen, unter denen wir stehen, sich wandeln, sondern weil jährlich immer neue Jahrgänge von Studenten zur Universität kommen. Inmitten dieses ständigen Flusses sollte das Gespräch mit den Lehrern wieder gesucht werden, sofern diese Lehrer zugleich dabei auch Lernende und Hörende sein zu wollen bereit sind.

Die neue Grundordnung zwingt die bisher nicht genügend verbundenen und daher seit dem zunehmenden Massenzustrom immer schlechter übereinander unterrichteten Gruppen institutionell an die gemeinsamen Tische. Die Wahlen zu den neuen Gremien werden der erste Beitrag dazu sein, eine fruchtbare Beziehung - nicht nur in Harmonie, sondern auch im Konflikt - miteinander in einer neuen und ausbaufähigen Verfassung zu suchen.

Haben wir ein Interesse daran, diese Beziehung zu unterbinden, damit den Weg zur Reform abzuschneiden, in Mißtrauenskomplexen zu verharren und die Universität als solche aufs Spiel zu setzen?

"Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" Das bezeichnete Kant als das Wesen de Aufklärung. Müssen wir dahinter zurücksinken? Zu dieser Aufklärung, so fährt Kant fort, "wird nichts anderes erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen . . . Der öffentliche Gebrauch seiner Vernunft muß jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zustande bringen."

Das wurde vor bald 200 Jahren in schöner Hoffnung geschrieben!

Konditorei-Café Scheu
Hauptstr. 137 · Telefon 2 11 03
Bekannt für vorzügliche Konditoreiwaren
Spezialität: stets frische Pralinen eig. Herstellung

Rote Schüler Presse
10 Pf
erhältlich bei J. Burkhards
Rotem Buchladen
Rote Schüler Presse

2. KARRIERE EINES RECHTSWAHRERS

Im vergangenen Monat wurde in Heidelberg der Tübinger Soziologieprofessor Tenbruck von Studenten ausgesperrt. Tenbruck hatte sich für eine Vertretungsprofessur u. a. dadurch qualifiziert, daß er einen "Lagebericht" über die Studentenunruhen für Herrn Dyckerhoff, Vorstandsvorsitzender der Dyckerhoff AG, lieferte. (Abgedruckt in Rotes Forum 4/69; inzwischen verleugnet Tenbruck den Auftraggeber und behauptet, er kenne ihn gar nicht; wir haben aber das Dokument von Mitgliedern einer Betriebsbasisgruppe direkt aus dem Büro Dyckerhoffs erhalten) Obwohl die Institutskonferenz der Soziologen drei Vorschläge unterbreitete, sorgte der Ordinarius für Soziologie und Ethnologie W.E. Mühlmann, von dem einige Zeilen weiter noch die Rede sein wird, für die Wahl Tenbrucks. Damit war zweierlei klar gemacht:
a) wie man sich für ehrenvolle Ämter qualifiziert und
b) wie gering studentische konstruktive Kritik geachtet ist.

Tenbruck ist inzwischen, wie im Roten Forum 5/69 prophezeit, abgetreten.

Der Rektor der Universität Heidelberg, der Historiker Conze, setzte die studentische Forderung "Tenbruck raus" mit "Juden raus" gleich. Daraus ist zu entnehmen, daß die Repräsentanten des Professorenstandes in der Phase der Bedrohung ihrer Privilegien durch die kapitalistische Universitätsreform einerseits und die Kritik der linken Studenten andererseits ein faschistisches Potential enthüllen. Ihre Deklassierung zu Kleinbürgern, die sich jetzt nachhinkend auch institutionell ausdrückt, läßt die Bildungsbürger als solche erscheinen, die immer schon im Stillen dachten, daß "Bild" so unrecht gar nicht habe.

Conzes "Tenbruck raus = Juden raus" zeigt außerdem, daß die großen Ideologien des Humanismus und des deutschen Idealismus endgültig zu Makulatur geworden sind, nachdem schon der Historiker Treitschke, ein führender Ideologe des Bismarck-Reiches, die "Politik" des Aristoteles zum "Stahlbad des klassischen Alterthums" (H.v.T., Politik, 2 Bde, 1897 ff.)instrumentalisiert hatte. Der Rückgriff Treitschkes aufs Alterthum zeigte bereits das Vorwärts ins Stahlbad des 1. Weltkriegs an. Treitschke denunzierte ausdrücklich die bürgerliche Gesellschaft als antagonistisch und folgerte daraus, daß nur "im Heere allein ... sich alle Söhne des Vaterlandes geeint (fühlen)". (a.a.O., 2. Bd., S. 356) Insofern wahrt Conze als Staats- und Polizeistratege die Kontinuität.

Aber andererseits, und das ist besonders gefährlich an der genannten Gleichsetzung, knüpft er zugleich an der jüngsten deutschen Vergangenheit an. Es soll suggeriert werden, die linken Studenten seien die SA von heute und Tenbruck und Dyckerhoff, die Vertreter der herrschenden Klasse, die verfolgte jüdische Minderheit: " Die Wut auf die Demonstranten läßt alle Sicherungen der inzwischen gelernten "demokratischen Selbstkontrolle" durchbrennen. Die Wut schmilzt alle Unterschiede weg, auch die zwischen verfemter Vergangenheit und rechtgläubiger Gegenwart. Für den Augenblick der Gewaltandrohung stellt sich die alte Volksgemeinschaft der Verfolgung wieder her, gegen neue Opfer gerichtet erscheint sie als Schutz der Demokratie. In der Demokratie der Wut aber wird die verdrängte Gewalt befriedigt,indem sie freigelassen wird, wird die verfemte Vergangenheit "aufgearbeitet", indem man sich zu ihr bekennt. Diese "Vergangenheitsbewältigung", will sie die Wut des Augenblicks überdauern, kommt nicht ohne Rechtfertigung aus. Die Gewalt wird der demonstrierenden Minderheit nicht einfach im zynisch offenen Rückgriff auf faschistische Säuberungsmethoden angedroht. Die Ausmerzung, die man für die Demonstranten herbeiwünscht, hat man zwar unterm Faschismus gelernt, nun aber droht man mit dem Gelernten antifaschistisch. Denn gegen die Demonstranten stellt man sich nur, weil man dem Wiederauferstehen der faschistischen Vergangenheit vorbeugen will. Die oppositionelle Minderheit wird der SA gleichgesetzt, ihre Demonstrationen dem SA-Terror. Indem man auf die Demonstranten als SA-Leute einschlägt, wird man den SA-Mann los, der man einmal war, und kann es doch bleiben."(Kursbuch 12, S. 136 f.) Aber die neuen Faschisten werden die alte SA nicht los, der unverbesserliche Bodensatz der kompromittierten Bourgeoisie kommt nicht mit und besteht auf der historischen Wahrheit. "Als ehemaliger alter SA-Führer verwahre ich mich schärfstens im Namen meiner Kameraden gegen ihren Artikel "Linke SA" im "Schwarzwälder Boten". Wir weisen es zurück, mit den Teufels, Dutschkes und anderen ungewaschenen, verkommenen LSD-Schluckern in einen Topf geworfen zu werden. Die SA war der Aufstand der Anständigen gegen den damals auf allen Gebieten zutage getretenen Zerfall. Während die frommen Bürger zu träge und zu feige waren, hat die SA allein den Kampf gegen Verseuchung und Dekadenz aufgenommen. Diese schlichten Dinge werden total verdreht und vernebelt. " (Leserbrief von Hugo Gleiter aus Horb am Neckar an den "Schwarzwälder Boten" zit. nach SPIEGEL, 22.1.68, S. 114)

Im Folgenden dokumentieren wir die Tätigkeit eines SS-Führers, der sich in dem genannten Zusammenhang noch nicht zu Wort gemeldet hat, obwohl er als Ordinarius an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg lehrt. Um dem Verdacht vorzubeugen, daß es um Individuen und nicht vielmehr um einen Stand ginge, möchten wir daran erinnern, daß die Medizinische Fakultät sich hinter den emeritierten Chirurgen K.H. Bauer stellte, als dessen "wissenschaftliche" Tätigkeit als Euthanasie-Befürworter im Dritten Reich aufgedeckt wurde. Ebenfalls lehrt der oben erwähnte W.E. Mühlmann immer noch an der Philosophischen Fakultät, (inzwischen liess er sich schnell emeritieren, weil er sich in seinem Institut bedroht fühlte), obwohl er schon 1963, als es noch keine politische

Studentenbewegung gab, als übler Rassenideologe der Nazis entlarvt wurde. " . . . Wenn ein ganzes Volk leidet, verliert der "Klassenkampf" seinen Sinn . . . Die neue Form des kollektiven Selbstgefühls ist die des deutschen Arbeiters schlechthin, die alle in sich begreift, die zu Einsatz und Leistung gewillt sind.
Das ist der Sinn der Rede, die der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler am "Tage der Arbeit" (1. Mai) an das Volk hielt ... Es ist das für den Miterlebenden nicht zu verkennen, daß der leidenschaftliche Wille des Nationalsozialismus bereits einen ungeheuren psychologischen Auftrieb geschaffen hat ... Es ist ein Triumph der subjektiven Einstellung über die objektive Not, des Glaubens über die Skepsis. Es ist zunächst einmal alles Gefühl und Wille. Nicht umsonst sagt der große Willensstärker des deutschen Volkes, Hitler, seinem Volke immer wieder, daß es sich durch seinen Willen wieder hocharbeiten müsse.
Innerhalb des deutschen Bürgertums hat leider auch die Schicht der Intellektuellen gegenüber dem Nationalsozialismus bis zu einem gewissen Grade versagt ... Man hielt alles für "künstlich", für bloße "Propaganda", man fand das Niveau mancher Zeitungen der Bewegung niedrig und stolperte über ästhetische Details - ein Mißverständnis, das beinahe einen Mangel an Vitalität ausdrückt. Es läßt sich leider nicht leugnen, daß viele Intellektuelle abseits standen, während bereits seit Jahren im Lande die Sehnsucht wuchs ... Der Wunsch und Wille zum Anderswerden, zum absolut Neuen, läßt sich in der Tat dann am besten verstehen, wenn man das Verhalten von Völkern mit lebendiger religiöser und mythischer Schicht in den großen "Passagen" vergleicht. Ich denke etwa an die Menschenopfer, welche die alten Mexikaner nach Ablauf eines Sonnenjahres darbrachten. ... Durch das Opfer geschah die Erneuerung der Welt, wurde der Hereinbruch des Chaos verhütet. ... Darum ließ Hitler beim Beginn seiner Rede am "Tage der Arbeit" (1. Mai) die politische Erneuerung des deutschen Volkes zusammenklingen mit dem Gedanken an die Erneuerung der Welt im Frühling: Es ist die Natur, die sich erneuert. " (W.E. Mühlmann, in:"Soziologus", 2/33, Juni 1933; zit. nach Forum Academicum 5/63) Auch Mühlmann ist einer, der die Kontinuität wahrt, und zwar als offener Antisemit. In einem Leserbrief an die "Zeit" vom 4. 10. 63 klärte er das ganze auf: "Ausländische Studenten jüdischer Abkunft kommen manchmal zu uns, um mit dünnen Manuskripten auf billige Art an einer deutschen Universität zu promovieren. Wenn sie damit kein Glück haben, klagen sie über "Antisemitismus". (a.a.O.)
Mühlmann hat seine Vergangenheit abgeschüttelt und ist derselbe geblieben. Als am 12. November 69, auf der Sitzung der Phil. Fak. der "Fall" Tenbruck zur Sprache kam, fragte einer der anwesenden Vertreter des Professorenstands, ob denn Tenbruck "eine Vergangenheit" habe. Man hat eine Vergangenheit wie eine Sache. Wenn es opportun ist, steckt man sie weg.
Mit unserer Dokumentation über die Vergangenheit Hefermehls - heute ein vom Kapital hochdotierter Wirtschaftsjurist - setzen wir unsere Entlarvungspolitik fort und zeigen, daß verschütt gegangene Vergangenheiten wieder gefunden werden können. In ihrer verdinglichten Form als Vergangenheit, die man hat, konserviert sich das ausgezeichnet.

Pers. iur.

Juristische Fakultät

Ordentliche Professoren:

Hefermehl Wolfgang, Dr. iur., Honorarprofessor an der Wirtschaftshochschule Mannheim, (6904) Ziegelhausen, Karl=Christ=Straße 9, F. 50731. — Arbeits=recht, Bürgerliches Recht, Handels= und Wirtschaftsrecht.

Hefermehl, Wolfgang, Dr.
geboren am 18.9.1906

Heute: Seit 1961 Ordinarius für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Heidelberg (Wer ist Wer, Bd. XV, S. 697).

Vor 1945: Oberlandesgerichtsrat im Reichsjustizministerium; Persönlicher Referent des Chefs des Stabshauptamtes des Reichskommisars für die Festigung deutschen Volkstums und Leiter des Verbindungsstabes Berlin der "Dienststelle SS - Obergruppenführer Greifelt" (Stabshauptamt des RKfdFdV); SS-Hauptsturmführer.

Mitgliedschaft und Funktionen in NS-Organisationen:

1.5. 1933	NSDAP (Nr. 2894027)
1933	SS-Sturmmann
spätestens ab 1942-45	SS-Hauptsturmführer der Allgemeinen SS, Mitglied des NSRB; Leiter der Rechtsseminare des NSRB
40	über "Das Recht im Kriege" (1941)

Beruflicher Werdegang vor 1945:

13.10.1934	Große juristische Staatsprüfung
12.11.1934	Einberufung als Gerichtsassessor (Anwärter für den höheren Dienst) in das Reichsjustizministerium
April 1937	Planmäßige Anstellung als Gerichtsassessor im RJM
24.11.1937	Ernennung zum Landgerichtsrat im RJM
Feb. 1942	Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat im RJM
ab März 1942 bis 1945	Persönlicher Referent des SS-Obergruppenführers Greifelt in dessen Eigenschaft als Chef des Stabshauptamtes des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ("Dienststelle Greifelt"); SS-Hauptsturmführer der Allgemeinen SS, Leiter der Verbindungsstelle Berlin des Stabshauptamtes.

Zur Tätigkeit im Reichsjustizministerium

1. Der Geschäftsverteilungsplan des Reichsjustizministeriums vom April 1936 weist den Ger. Ass. H. als Mitarbeiter der von Min. Rat Quassowski geleiteten Abteilung V (Handelsrecht, Verkehrsrecht, Völkerrecht, Öffentl. Recht) aus. H. spezielles Arbeitsgebiet war zu dieser Zeit der Komplex "Erneuerung des Aktienrechts".

   Der GVP (Abt. V) des RJM - Stand Januar 1941 - weist H. als Leiter des Referats 5 aus, zu dem u.a. folgende Arbeitsgebiete gehörten:

   " 5. Hefermehl, LGR
   1) Wirtschaftsrecht, namentlich:
   Gewerberecht, Handwerksrecht,
   Kartellrecht,
   Preisrecht, Marktregelung,
   Vierjahresplan,
   Organisation der Wirtschaft,
   Reichswirtschaftsgericht,
   Judengesetzgebung

   2) Behandlung des feindlichen Vermögens,
   sowie Behandlung des norwegischen,
   niederländischen und belgischen Vermögens.

2. Als Referent für "Judengesetzgebung" im RJM war H. maßgeblich an der Ausarbeitung und Durchführung der sogen. "wirtschaftlichen Entjudungsgesetze" beteiligt.
   Am 21.1.1939 übersandte das Reichswirtschaftsministerium (Abt. III J 2 1/1541/39) als federführendes Ressort den für die "Durchführung der wirtschaftlichen Entjudungsgesetze" zuständigen Referenten der anderen beteiligten Ressorts, u.a. auch dem "Herrn Reichsminister der Justiz, z. HD. von Herrn Landgerichtsrat Hefermehl" durch Schnellbrief den zur Verabschiedung anstehenden Erlass (Entwurf) zur "Durchführung der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dez. 1938" - RGBl I S. 1709 - zur Stellungnahme (Mitbearbeitung).

   Der Erlass erging am 6.2.1939 als

   "Erster Durchführungserlass des Reichswirtschaftsministers zugleich im Namen des Stellvertreters des Führers, des Reichsministers des Inneren, des Reichsministers der Justiz, Des Reichsministers der Finanzen, des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsforstministers und des Reichskommissars für die Preisbildung - vom 6. Feb. 1939 III/ Ja 1/2082/39 - zur Durchführung der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 - RGBl. I S 1709 -."

   Weiteren Aufschluss über die Tätigkeit H. als "Arisierungsreferent" im RJM gibt eine vom Reichsfinanzministerium am 8.12.1941 gefertigte

   "Niederschrift über die Besprechung am 4. Dez. 1941 über einige Fragen der Verwaltung und Verwertung von Vermögen, die aufgrund der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz dem Reich verfallen sind.

   Anwesend: DRR Dr. Bilfinger)
   RR Suhr) Gestapo
   OLGR Hefermehl
   (Reichsjustizministerium)
   Rechtsanw. Dr. Ristow
   vom Reichskommissar f.d. Feindvermögen)
   Min. Rat Dr. Maedel
   RR Dr. Schwarzat
   (Reichsfinanzministerium)."

Gegenstand dieser Besprechung war die Beratung eines Erlassentwurfs des RSHA vom 27.11.1941 über die "Verwaltung und Verwertung" des auf Grund der 11. DVO zum Reichsbürgergesetz (Ausbürgerung der im Ausland lebenden Juden) dem"Reich verfallenen Vermögens". Die Sachbearbeiter der beteiligten Ressorts - darunter H. - hatten in der Besprechung "gegen die Fassung keine Bedenken zu erheben".
Inder Besprechung wurde ferner "Einigkeit unter allen Beteiligten" über folgende Fragen erzielt:

"1. Der Feindkommissar gibt alle Vermögen (im Ausland lebender ausgebürgerter deutscher Juden - d.V.) an den Oberfinanzpräsidenten Berlin ab, in denen nach Aktenlage klar ist, dass es sich um Vermögen von Juden handelt, bei denen die Voraussetzungen der Par. 1 und 2 der VO gegeben sind.
.....

3. Vermögen von Juden, die vor Inkrafttreten der VO eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, unterliegt weiterhin der Verwaltung durch den Feindkommissar.

4. Juden, die ihren Aufenthalt in Palästina haben, wurden bisher als ausländische Juden behandelt. Ihr Vermögen unterliegt der Verwaltung des Feindkommissars. Es soll in Zukunft nicht mehr unterstellt werden, dass diese Juden die palästinensische Staatsangehörigkeit erworben haben. Die Vermögen werden deshalb vom Feindkommissar zur Verwaltung und Verwertung an den Oberfinanzpräsidenten Berlin abgegeben werden...

7. Zwangsversteigerungsverfahren über Grundstücke, die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits eröffnet sind, gehen weiter. Der Erlös tritt an die Stelle des Grundstücks. ...

10. In Baden, in Stettin und in der Saarpfalz sind schon früher Juden evakuiert worden. Das Vermögen dieser Juden ist nach Par. 3 der Verordnung dem Reich verfallen. Die Verwaltung des Vermögens lag bisher dem Generalbevollmächtigten beim Reichsführer SS ob. Die Verwaltung soll sobald als möglich auf die zuständigen Oberfinanzpräsidenten übergehen."

3. Neben der maßgeblichen Mitwirkung H. bei dem Zustandekommen und der Durchführung der sogen. "wirtschaftlichen Entjudungsgesetze" war H. für den Zuständigkeitsbereich des Reichsjustizministeriums auch der verantwortliche Referent für alle Fragen der "Behandlung des Feindvermögens" und des Vermögens der besetzten Westgebiete.
Als die zuständigen Ressorts unter Federführung des Reichsverkehrsministeriums (Min. Dir. Admiral Coupette) Anfang 1942 durch die Wirtschaftsabteilung beim Militärbefehlshaber in Frankreich darangingen, einen kommissarischen deutschen Verwalter für die Suez-Kanal-Gesellschaft einzusetzen, war H. einer der eifrigsten Fürsprecher für diesen Schritt.
Der zuständige Sachbearbeiter im Auswärtigen Amt, Gesandter Martius, machte darüber am 27.1.1942 folgenden Vermerk:

> "Reichsjustizmin., LGR. Hefermehl,
> teilt mit, dass trotzdem die Gesellschaft ihren juristischen Sitz in Ägypten hat, ohne weiteres die für Frankreich (von der Wirtschaftsabteilung des Mil. Befh. - d.V.) erlassene Verordnung der Einsetzung des Verwalters anwendbar seien, da sich in Frankreich Vermögenswerte, Grundstücke und Verwaltungsämter befinden."

Die Einsetzung des Kommissars erfolgte im Sommer 1942.

4. Neben seiner Tätigkeit im RJM war H. "Fachlicher Leiter" der von Januar bis Mai 1941 in Berlin vom "Arbeitswerk zur Förderung des Berufseinsatzes der deutschen Rechtswahrer im NSRB" durchgeführten Rechtsseminare über den Themenkomplex "Das Recht im Kriege". Die Seminare umfassten Vortragsreihen über "Vollstreckungsrecht, Mietrecht, Vertragshilfe und Strafrecht."

Zur Tätigkeit im Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums

1. Die Tätigkeit H. im Reichsjustizministerium endete unmittelbar nach seiner Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat im Feb. 1942. Ab Anfang März arbeitete H. im Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums, und zwar als Persönlicher Referent des Chefs des Stabshauptamtes, SS-Ogruf. und General der Polizei Greifelt.
H. hatte den Rang eines SS-Hauptsturmführers der Allgemeinen SS inne. Als Persönlicher Referent Greifelts gehörte H. zu den sogen. "Schlüsselkräften" des Stabshauptamtes und ist im entscheidenden Maße mitverantwortlich für die verbrecherische "Germanisierungspolitk" der SS.

Über den verbrecherischen Charakter der Aufgaben und der Tätigkeit des Stabshauptamtes machte der Anklagevertreter der USA im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, Major Warren F. Farr, am 20.12.1945 folgende Ausführungen:

"Der letzte, aber wesentliche Teil der Verschwörung, in dem die SS eine führende Rolle spielte, muß noch erwähnt werden. Die dauernde Besiedlung der eroberten Länder, die Zerstörung ihrer nationalen Existenz und die dauernde Ausdehnung der deutschen Grenzen waren grundlegende Ziele in den Plänen der Verschwörer.

Der Gerichtshof hat vor ein oder zwei Tagen Beweismaterial erhalten, wie diese Ziele durch Zwangsevakuierung und Umsiedlung der Bewohner eroberter Gebiete, durch Beschlagnahme ihres Eigentums, durch Entnationalisierung und Umerziehung deutschstämmiger Personen und durch die Besiedlung der eroberten Gebiete mit Deutschen verwirklicht wurde.

Die SS war folgerichtig die Stelle, die dieses Programm zu formulieren und durchzuführen hatte. Ich habe bereits zahlreiche Erklärungen Himmlers, nach denen die SS dazu erzogen wurde, die Rolle der Aristokratie im neuen Europa zu spielen, in das Protokoll verlesen. Er setzte diese Lehren in die Praxis um, als er am 7. Oktober 1939 zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ernannt wurde...

Um die Pläne für das Programm der Evakuierung und Umsiedlung zu fassen und durchzuführen, wurde eine neue Abteilung in der Obersten SS-Führung geschaffen: Das Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums...

Die Aufgaben dieses Amtes sind im Organisationsbuch der NSDAP von 1943, unserem Dokument 2640-PS, umrissen....:

> Dem Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums liegt im Reich und in den unter der Oberhoheit des Reiches stehenden Gebieten die gesamte Siedlungs- und Aufbauplanung und deren Durchführung ob, einschliesslich aller mit der Siedlung zusammenhängenden Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen, insbesondere der Menscheneinsatz zu Zwecke der Siedlung.

Das Siedlungsprogramm hatte zwei Hauptziele: erstens die Vernichtung der besiegten Völker durch Ausrottung, Deportation und Beschlagnahme ihres Eigentums, zweitens Ansiedlung von Volksdeutschen auf dem neuerworbenen Land.

Die Vernichtungsaktionen, die von der SS ausgeführt wurden... trugen teilweise dazu bei, die eroberten Gebiete von Personen zu befreien, die für den Nazi-Plan als gefährlich angesehen wurden. Aber nicht jeder Unerwünschte konnte liquidiert werden. Massendeportationen erfüllten den doppelten Zweck, Arbeitskräfte zu gewinnen und das Land für deutsche Siedler freizumachen...

→

politische buchhandlung

ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung
lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften

schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

Das Evakuierungs- und Umsiedlungsprogramm forderte die Errichtung weiterer Verschleppungsdienststellen. Ich zitiere aus unserem Dokument 2163-PS, dem nationalsozialistischen Jahrbuch für 1941...:

"Der Reichsführer SS hatte seit längerer Zeit in der Volksdeutschen Mittelstelle (VM) unter der Leitung des SS-Obergruppenführers Lorenz eine Dienststelle zur Verfügung, der die Behandlung volksdeutscher Fragen und der Erhebung erforderlicher Unterlagen oblag. Neben der VM wurden die Einwandererzentralstelle (EWZ) beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD der SS (unter Leitung des SS-Sturmbannführers Dr. Sandberger) und der Ansiedlungsstab beim Reichskommissar geschaffen, die im Zusammenwirken mit der NSV und der Reichsbahn die Rückwanderung der Volksdeutschen in Angriff nahm."

Ich lege nunmehr als Beweismaterial die Eidesstattliche Erklärung des SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS und Polizei, Otto Hoffman, vor. Es ist unser Dokument L - 49, Beweisstück US-473. Hoffman war bis zum Jahre 1943 Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS ... Ich werde den Absatz 2 dieser Erklärung verlesen:

"Die Exekutive, d.h. die Durchführung aller sogenannten Umsiedlungsaktionen, d.h. die Verschikkung der polnischen, jüdischen und nichtdeutschblütigen Ansiedler einer für die Verdeutschung bestimmten, in Polen gelegenen Gegend, ist in den Händen des Reichssicherheits-Hauptamtes (Heydrich und später Kaltenbrunner seit Ende 1942) gelegen. Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes hatte auch die Aufsicht und den Befehl über die sogen. Einwanderungszentrale (EWZ), die die nach Deutschland zurückgekehrten Auslandsdeutschen klassifiziert und auf die einzelnen von ihm schon freigemachten Höfe verwiesen hat, innegehabt. Dies letztere geschah im Einvernehmen mit dem Stabsoberhaupt des Reichsführers-SS."

Im Stabshauptamt waren 1942 mehr als 1800 Personen beschäftigt. Laut Organisations- und Geschäftsverteilungsplan des Stabshauptamtes des RKfdFdV vom 1.8.1942, in dem SS-H'Stf. und OLGR Hefermehl als Persönlicher Referent des Stabshauptamtschefs Greifelt ausgewiesen wird, gliederte sich das mit den Befugnissen einer Ministerialinstanz ausgestattete Stabshauptamt in drei Amtsgruppen, und zwar:

Amtsgruppe A

mit den Ämtern: Zentralamt
Amt I (Umsiedlung und Volkstum)
Amt II Arbeitseinsatz

Amtsgruppe B

mit den Ämtern: Amt III (Wirtschaft)
Amt IV (Landwirtschaft)
Amt V (Finanzwirtschaft)

Amtsgruppe C

mit den Ämtern: Amt VI (Planung)
Amt VII (Bauten)
Amt VIII (Zentralbodenamt).

Dieser zentralen Dienststelle des RKfdFdV unterstanden die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand GmbH(DUT) und eine Reihe anderer Dienststellen und Einrichtungen, insbes. in Polen.

2. Der dokumentarisch zu belegende Tätigkeitszeitraum H. beim Stabshauptamt des RKfdFdV reicht von Anfang März 1942 bis Ende September 1944.
Aus einer vom Stabshauptamt gefertigten Aufzeichnung geht hervor, daß der OLGR und SS-H'Stuf. Hefermehl am 10.3.1942 als Vertreter des Stabshauptamtes des RKfdFdV an einer mit Vertretern des rumänischen Kolonisationsministeriums durchgeführten "Besprechung im Stabshauptamt betr. Rückkehr von fremdstämmigen Umsiedlern nach Rumänien" teilnahm. Es handelte sich dabei um ca. 5000 "blutsrumänische" Umsiedler, und zwar größtenteils um Mitglieder der berüchtigten "Eisernen Garde" des rumänischen Faschistenführers Horia Sims, die durch die EWZ und das Stabshauptamt in Polen angesiedelt worden waren und aus politischen Gründen nach Bessarabien bzw. in das Buchenland zurückgeführt werden sollten.

Das zeitlich letzte ermittelte Dokument über H. Tätigkeit beim Stabshauptamt ist ein Schreiben des RFSS, Pers.Stab, Tgb.Nr. 40/46/44g vom 21.9.44 betr. "Arbeitsvereinfachung im Stabshauptamt und Freimachung von Arbeitskräften für Truppe und Rüstung" an den Chef des Stabshauptamtes, Obergruf. Greifelt, in Schweiklberg, Post Vilshofen/Ndb.
In dem Schreiben heißt es:

"Die mit Schreiben vom 31.8.44 übersandte Aufstellung über die Personalverhältnisse des Stabshauptamtes hat dem RFSS vorgelegen. Der RFSS hat entschieden, daß von den 6 Schlüsselkräften
SS-H'Stuf. (F) Götz, geb. 20.7.09
SS-H'Stuf. Wirsich, geb. 9.1.00
und SS-U'Stuf. von Bohlen geb. 16.9.06
für die Truppen so schnell wie möglich freizugeben sind. Dr. Fiedler soll das Aufgabengebiet von SS-H'Stuf. Wirsich mit übernehmen. SS-H'Stuf. Hefermehl kann Ihnen vorerst noch zur Vfg. gestellt bleiben. Von einer Aufhebung der Uk-Stellung des SS-Uscha Gausling soll vorerst auch noch Abstand genommen werden.
Der RFSS ist sich darüber im klaren, daß Ihnen durch den Abzug der 3 SS-Führer die Arbeit sehr erschwert wird. Er nimmt aber an, daß es Ihnen und den verbleibenden Kräften auf jeden Fall möglich ist, die Arbeit, soweit sie in der gegenwärtigen Kriegssituation geleistet werden muß, weiter zu führen ...

Heil Hitler
R. Brandt
SS-Standartenführer".

Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Stabshauptamt im Zuge der durchgeführten Ausweichverlagerungen bereits in Schweiklberg b. Vilshofen/Niederbayern. In Berlin war lediglich ein Verbindungsstab des Stabshauptamtes verblieben, dessen Leiter H. unter Beibehaltung seiner bisherigen Funktion als Persönlicher Referent Greifelts war.

So heißt es z.B. in einem vom RMdI herausgegebenen "Anschriftenverzeichnis der Obersten Reichsbehörden, Stand: 1.Aug. 1944" unter lfd. Nr. 36:
"Reichsführer - SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums - Stabshauptamt - Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 140/142
Verbindungsmann für die verlegte Dienststelle:
SS-Hauptsturmführer Oberlandesgerichtsrat
Hefermehl"

Über seine Doppelfunktion als Pers. Referent Greifelts und Leiter des Verbindungsstabes in Berlin gibt ferner Aufschluß eine vom Stabshauptamt an den RFSS eingereichte

"Liste des verbleibenden männlichen Personalbestandes im Stabshauptamt und Dienststelle Berlin nach dem Stand vom 31. Aug. 1944", in der unter lfd. Nr. 3 (unter Nr. 1 ist der Chef des Stabshauptamtes, Ogruf. Greifelt und unter Nr. 2 dessen Stellvertreter SS.Brigadeführer Creutz genannt) aufgeführt ist:

"3. Hefermehl, Wolfgang — SS-Hauptsturmführer
SS-Sturmm. der W-SS
geb. 18.9.06 kv.
Persönlicher Referent und Leiter des Verbindungsstabes Berlin; vom Reichsführer - SS Unabkömmlichkeitsbescheinigung lt. Führerbefehl am 27.11.43 erteilt."

Die Uk-Stellung H. wurde Anfang September 1944 von Himmler persönlich nochmals verlängert. Das geht hervor aus der Meldung des Chefs des Stabshauptamtes des RKdFdV, Greifelt, an den RFSS vom 31. 8.1944 "über die Ergebnisse des im Stabshauptamt (ohne Außenstellen) durchgeführten Personalabbaues zwecks Freimachung von Arbeitskräften für Truppe und Rüstung."
Dort heißt es unter Punkt 2, Ziff. G.:

"G) Die genannten Zahlen des noch vorhandenen Personals ergeben, daß das Stabshauptamt jetzt nur noch einen Führungsstab darstellt zur Lenkung und Beaufsichtigung der noch anfallenden Arbeiten wie sie in der hiesigen Anordnung vom 10.Aug. 1944 (siehe 1. Meldung vom 22. Aug. 1944) festgelegt wurde.

Insbesondere darf um Belassung folgender 6 Schlüsselkräfte gebeten werden:

a) ...

d) SS-Sturmmann Hefermehl, geb. 18.9.06 kv:
SS-Hauptsturmführer der Allgemeinen - SS.
Hefermehl ist Persönlicher Referent des Unterzeichneten und damit Leiter des Verbindungsamtes Berlin. Hefermehl hat in seiner fast zweijährigen Tätigkeit einen eingehenden Überblick und genaueste Kenntnis sämtlicher Arbeitsgebiete des Stabshauptamtes gewonnen; darüberhinaus verfügt er aus seiner früheren Tätigkeit im Reichjustizministerium über eingehende persönliche Beziehungen zu allen Ministerien und Reichsbehörden. Hefermehl ist dadurch für seine gegenwärtige Aufgabe besonders geeignet und vorläufig für den Unterzeichneten unentbehrlich."

Auf dem Eingang, der Himmler vorgelegen hatte, befindet sich neben Buchst. d) betr. Hefermehl die Randverfügung Himmlers: "vorerst ja".

Daraus ist - wenn auch dokumentarisches Material zu H. über den 21.9.1944 hinaus nicht ermittelt werden konnte - mit Sicherheit folgern, daß H. bis zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Stabshauptamt tätig gewesen ist.

RKfdFdV	=	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
NSRB	=	NS-Rechtswahrer-Bund
RJM	=	Reichsjustizministerium
LGR	=	Landgerichtsrat
DVO	=	Durchführungsverordnung
Mil. Befh.	=	Militärbefehlshaber
RMdI	=	Reichsministerium des Innern

ROTE PRESSE KORRESPONDENZ

1000 BERLIN 30, EISLEBENER STR. 14, TEL. 24 22 26

BESTELLSCHEIN:

BITTE DEUTLICH SCHREIBEN !!!!!

Ich bestelle ab ..... die wöchentlich erscheinende ROTE PRESSE KORRESPONDENZ zum monatlichen Abonnementspreis von DM 4.oo (Ausland: DM 5.oo ; Luftpostabonnementspreis Ausland: DM 6.oo zuzüglich Luftpostzuschlag.)
Der Einzelpreis beträgt DM 1.oo. Das Abonnement kann nach drei Monaten zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

NACHDRUCKE SIND NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION GESTATTET.

Den Abonnementspreis von DM 4.oo DM 5.oo (nicht zutreffendes streichen) (im Quartal DM 12.oo DM 15.oo) überweise ich im voraus auf das Konto der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ G.m.b.H. bei
Berliner Disconto Bank (Steglitz) Konto Nr. 412 / 31 88
Postscheckkonto der Bank: Berlin West 37 680

NAME : .....

WOHNORT : .....

STRASSE : .....

DATUM: .....

UNTERSCHRIFT : .....

AL-DJABHA

DIE FRONT

nr. 3/4 | Preis:
Jahr: 1969 | -.40 DM

Herausgeber : KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG PALÄSTINAS
in Aachen, Frankfurt und Heidelberg

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o AStA

SPENDENKONTO : FPDLP - Heidelberger Volksbank 5012

Doppelnummer

INHALT:

Klassenkämpfe im Libanon
Gerard Chaliand: Die palästinensische Widerstandsbewegung ist eine entscheidende Kraft geworden
Al Afif Al Achder: Zur Situation in der palästinensischen Widerstandsbewegung
ISRACA (Israelisches Aktionskomitee im Ausland): Die israelische Linke
Meier Vilner (Rakah Partei): Die Verhältnisse in Israel vor dem Juni-Krieg

---

PARTISAN

Zeitung der SAALA/Trikont -Gruppen in der BRD
erscheint ab jetzt monatlich
Adresse: Eduardo Ferreira c/o AStA-Heidelberg, Grabengasse 14; Preis 30Pf.

Themen der ersten Nummer:

1. Warum eine Organisation auf Bundesebene aller SAALA/Trikont-Gruppen und deren Programm
   Eduardo Ferreira
2. Konterrevolution in Indonesien
3. Die palästinensische Widerstandsbewegung und deren Verhältnis zur nationalen Befreiungsbewegung in den unterentwickelten Ländern (Nayef Hawatmeh)
4. Reden auf der Konferenz in Khartum, gehalten von den Führern der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Angola (Agostinho Neto), Mocambique (Eduardo Mondelane) und Guiné (Amilcar Cabral).
   Kommentar von Eduardo Ferreira
5. Pakistan - wirtschaftliche und soziale Situation

Sole D'oro
Ristorante
Italiano

Hauptstraße 172
Nähe Heiliggeistkirche
Von 11 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts
Tel. 21480

IM HOTEL PALMBRÄU HAUS:

CLUB DISCOTHEK BIS 3 UHR NACHTS

tiffany

HEIDELBERG HAUPTSTR. 187 ☎ 21952

Außerdem im Palmbräu-Haus

Le Palme

☎ 21952

Italienische Spezialitäten
von 11.30 – 3 Uhr nachts

... und man trinkt hier PALMBRÄU BIER